

er funfte
zeitsportler
letzt sich

DIE WELT

Donnerstag, 28. August 1986 - D ***

Nr. 199 - 35. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Asyl Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 6300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtigste Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1
Anzeigenredaktion Bonn (02 28) 304-10
Vertriebsabteilung Hamburg (040) 367-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 sfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p.
Italien 1500 L. Jugoslawien 800,00 Din. Luxemburg 20,00 fr. Niederlande 2,20 fl.
Norwegen 9,50 skr. Österreich 14 Sch. Portugal 150 Esc. Schweden 9,00 skr.
Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Ptas. Kanarische Inseln 185 Ptas. Türkei 750 TL.

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Heute in der WELT

Das Kind mit den zwei Müttern

Eine Frau kann ein Kind austragen, das aus der befruchteten Eizelle einer anderen Frau stammt. Der Gynäkologe "Mater semper certa" („Die Mutter ist immer gewiss“) stimmt nicht mehr. Das Recht ist auf diese Entwicklung nicht vorbereitet. Für die WELT beleuchtet Bundesjustizminister Engelhardt in einem zweiteiligen Beitrag die Rechtsprobleme der Gentechnik - damit setzt er einen Schwerpunkt für den Deutschen Juristentag, der am 9. September beginnt.



Was der Kremel durch Spionage spart

Alein im Fünfjahresplan zwischen 1976 und 1980 ist es den Geheimdiensten KGB und GRU nach eigenen Angaben gelungen, 3500 strategisch brisante Geräte aus dem Westen einzuschleusen. Die Ersparnis für sowjetische Rüstungsplaner beziffert der Kremel intern auf 2,24 Milliarden Dollar. Die Ausspähung der westlichen Computer-Industrie ist inzwischen geheimdienstliche Aufgabe Nummer eins. Seite 6

POLITIK

Umwelt: Vor dem Einbau von Wasserenthärtungsanlagen hat das Umweltbundesamt in Berlin gewarnt. Grund: Die Anlagen seien ökologisch bedenklich und könnten für die Gesundheit „unerwünschte Folgen“ haben.

Armut: Trotz eines leichten Rückgangs lebt in den USA immer noch fast ein Drittel aller Schwarzen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Der Anteil der Weißen von Amerikas insgesamt 33,1 Millionen Armen betrug dagegen unverändert 11,4 Prozent.

Kabelprojekt: Das Berliner Kabelprojekt hat die Erwartungen des Senats nicht erfüllt. Es sei vorerst nicht gelungen, eine größere Beteiligung lokaler Programmveranstalter zu erreichen.

Libyen: Das amerikanische Verteidigungsministerium hat dem US-Flugzeugträger „Forrestal“ den Auftrag erteilt, weiter vor Libyens Küste zu kreuzen. Ursprünglich sollte der Flugzeugträger Zwischenstation im israelischen Hafen Haifa machen.

Ärzte-Kongress: Mehr als 15 000 Mediziner aus dem In- und Ausland werden zur 38. Therapiewoche in Karlsruhe erwartet. Die Ärzte werden auch über die Aids-Forschung diskutieren.

WIRTSCHAFT

Schiller: Verhaltene Kritik an den wirtschaftspolitischen Beschlüssen des Nürnberger Parteitages der SPD hat ihr früherer Wirtschaftsminister Karl Schiller in einem WELT-Gespräch geübt. Das Prinzip der marktwirtschaftlichen Steuerung sei in der Partei manchen Irritationen ausgesetzt gewesen. Nach Schillers Worten ist dies jetzt überstanden. Überdies relativierte er die Nürnberger Beschlüsse: „Wer liest denn schon Programme im Einzelnen?“ (S. 11)

Börse: Die allgemeine Aufwärtsbewegung an den Aktienmärkten setzte sich fort. Der Rentenmarkt tendierte leichter. WELT-Aktienindex 287,08 (284,68). BHF-Rentenindex 107,653 (107,714). BHF-Performance-Index 107,120 (107,151). Dollar-Mittelkurs 2,0595 (2,0453) Mark. Goldpreis je Feinunze 380,10 (381,10) Dollar.



KULTUR

Museum: Ein in Europa einzigartiges Museum für Indische Kunst gibt es in Berlin. Es ist 1963 entstanden und gehört zum Verband der Staatlichen Museen Preussischer Kulturbesitz. Inzwischen hat es seine Bestände nicht nur durch Neuerwerbungen, sondern auch durch eigene Expeditionen systematisch erweitert. (S. 19)

Opernfestival: Im italienischen Pesaro werden Opernaufführungen von Weltgeltung gezeigt - beim Rossini-Festival. Dieses Jahr ist bereits die Oper „Bianca e Falliero“ eindrucksvoll aufgeführt worden. Sie zählt zu den letzten Werken Rossinis für die Mailänder Scala, die er in seiner produktivsten Zeit schrieb. (S. 19)

SPORT

Leichtathletik: Guido Kratschmer (33) ist bei der Europameisterschaft in Stuttgart nach der dritten Disziplin des Zehnkampfes (Weitsprung) verletzt ausgeschieden. Bereits in der Qualifikation des Stabhochsprungs schied der Teilnehmer aus der Bundesrepublik, Jürgen Winkler und Bernhard Zintl, aus. (S. 9)

Leichtathletik: 20 000 Zuschauer waren zum Abschiedsspiel von Klaus Fichtel ins Gelsenkirchener Parkstadion gekommen. Eine Schalker Mannschaft mit Fichtel spielte 6:6 gegen eine Internationale Auswahl. Einen Teil der Einnahme von 100 000 Mark will Fichtel den Angehörigen verunglückter Bergleute zur Verfügung stellen. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Prinze: Als verwandlungsfähiger Künstler präsentierte sich US-Popstar Prince (26) in Frankfurt beim Start seiner ersten Deutschland-Tournee. Er begeisterte 6500 Zuschauer mit seinen Talenten als Sänger und Tänzer. (S. 20)

Fahren: Ein ganz neues Fahrengefühl macht sich unter den Italienern breit, bei der Flaggenindustrie herrscht Hochstimmung. Besonders dankbar ist die Ministerpräsident Bettino Craxi, der zur neuen Freude an der Fahne wesentlich beigetragen hat. (S. 20)

Umwelt - Forschung - Technik Seite 7
Leserbriefe und Personalien Seite 7
Das Politische Buch Seite 8
Fernsehen Seite 18
Wetter: Wechselhaft und kühl Seite 20

Kohl: Beim Asyl sind wir an Grenze des Möglichen gegangen

Verhandlungen mit der „DDR“ / CSU besteht auf Grundgesetzänderung

DIETHART GOOS, Bonn
Nach dem Kabinettsbeschluss zur Eindämmung der Asylantragsflut seit die CSU bei ihrer Forderung nach einer Änderung des Grundgesetzes. CSU-Generalsekretär Gerold Tandler begrüßte den Maßnahmenkatalog, der dem Mißbrauch des Asylrechts durch Wirtschaftsfüchlinge entgegenwirken will, lediglich als einen ersten Schritt. Es müsse, so Tandler, abgewartet werden, ob die jetzt beschlossenen Schritte ausreichen. Der CSU-Politiker erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß auch der Kanzler „erst kürzlich“ für eine Ergänzung des Grundgesetzes eingetreten sei. Deutlicher wurde der bayerische Sozialminister Franz Neuhauer (CSU), der die Kabinettsbeschlüsse „nicht ausreichend“ nannte. Eine Ergänzung des Grundgesetzes sei deshalb nach wie vor erforderlich.

Demgegenüber forderte Kohl die Beendigung der Diskussion um eine Grundgesetzänderung. Mit seinen Beschlüssen habe das Kabinett die Möglichkeiten, die die Verfassung biete, ausgeschöpft. Neben den eigenen Schutzmaßnahmen ist die Bundesrepublik nach Darstellung des Kanzlers auf die Solidarität der Nachbarn angewiesen. „Durch den organisierten Transport von Wirtschaftsfüchlingen werden vor allem unsere Beziehungen zur DDR belastet. Wir bemühen uns mit Nachdruck, hier eine Änderung zu erreichen.“ Helmut Kohl war jedoch nicht bereit, Einzelheiten über die Verhandlungen mit Ost-Berlin mitzuteilen. „Wir befinden

desh eingeschränkt. Passagiere aus diesen Ländern müssen ein Transitvisum der Bundesrepublik besitzen, wenn sie bei Zwischenlandungen ihr Flugzeug verlassen wollen.“

Mit ungewöhnlicher Schärfe reagierte die SPD auf die Asyl-Beschlüsse. Die Auseinandersetzung um die Änderung des Grundgesetzes zwischen den Regierungsparteien ist nach den Worten des SPD-Abgeordneten Penner „entlarvt als ekelerregende politische Machenshaft zum Zwecke der Profilierung von CSU einseitig und FDP andererseits unter Stäbelführung des Bundeskanzlers“. Kohl trage auch die Verantwortung für die „Revitalisierung der rechtsradikalen Szene“.

Der Bundeskanzler kritisierte während seiner Pressekonferenz die Beschlüsse des Nürnberger SPD-Parteitages. Was die SPD jetzt biete, verneine den schwersten Vorwurf, den man einer politischen Partei machen könne: „Sie ist zutiefst unseriös.“ Zur Person des SPD-Kanzlerkandidaten sagte Kohl, er kenne Johannes Rau kaum.

SEITE 4:
Bonn schränkt ein

uns in wichtigen Gesprächen mit der DDR. Darüber jetzt zu sprechen, ist nicht opportun.“

Der Bundeskanzler hob besonders die Kabinettsbeschlüsse hervor, die Mißbräuche im Luftverkehr unterbinden sollen. So werden die Fluggesellschaften verpflichtet, nur solche Personen zu befördern, die über ordnungsgemäße Personaldokumente und Reisepässe verfügen. Auch wird das Transitprivileg für Reisende aus Problemstaaten, wie dem Libanon, Syrien, Ghana, Pakistan und Bangla-

SPD will die NATO „umbauen“

Parteitag beschließt Veränderung der Bündnisstrategie / Schiller im WELT-Gespräch

PETER PHILLIPS, Nürnberg
Der SPD-Bundesparteitag in Nürnberg hat gestern die Forderung nach einer Veränderung der westlichen Bündnisstrategie beschlossen und das Leitmodell einer Sicherheitspartnerschaft in der Friedens- und Sicherheitspolitik unterstrichen.

Bei der Einbringung des Antrags betonte der Vorsitzende der Parteivorstandskommission „Sicherheitspolitik“, Andreas von Bülow, daß das „Ziel all unserer Bemühungen die Selbstbehauptung unseres Heimatkontinents Europa sein muß“. Noch in diesem Jahr ündert müsse Europa eine „verlässliche Friedensordnung“ und die Voraussetzung gegeben werden, „daß Westeuropa sich zumindest konventionell mit seinen allein in der NATO zusammengefaßten 300 Millionen Einwohnern selbst verteidigen kann.“

Von Bülow nahm „die schlechten Erfahrungen mit dem Doppelbeschuß“ als Beleg dafür, daß die Erhaltung der Glaubwürdigkeit der SPD „viel wesentlicher ist als jeder

noch so wasserdicke Beschluß eines Parteitags“. Die Streitkräfte von Warschau Pakt und NATO müßten, dies sei das Ziel der sicherheitspolitischen Überlegungen der SPD, „so umgebaut werden, daß sie zur Vornevertheidigung und zur Befähigung zum raumgreifenden Angriff jedoch schon nach Art und Bewaffnung nicht geeignet sind“. Von Bülow griff in diesem Zusammenhang seine alten

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten abstützt“, also „im Hinterland eine Art Igelstruktur“ entwickle. Parteitagsbeschuß und Redebeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

rung würde die Verteidigungsausgaben prozentual auf den Stand zurückführen, die sie im letzten Etat der Regierung Schmidt gehabt hätten. Fast einstimmig machten sich die Delegierten die Forderung nach einem Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb von zehn Jahren zu eigen, wobei auch auf die Notwendigkeit eines „breiten gesellschaftlichen Konsens“ hingewiesen wurde.

Vor allem der Alarmbrief der Betriebsräte spielte eine große Rolle. Die Gewerkschaftsvorsitzende Wulf-Mathies (ÖTV) und Hermann Rappe (IG Chemie) fochten gemeinsam mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden aus NRW, Parthmann dafür, den betroffenen Arbeitnehmern realistische Arbeitsplatz-Alternativen aufzuzeigen und sich vor allem nicht allzu engebegrenzten Zeitvorgaben für den Ausstieg selbst unter Druck zu setzen. Verhaltene Kritik an den wirtschaftspolitischen Beschlüssen führte der frühere Wirtschaftsminister Schiller in einem WELT-Gespräch.

SEITEN 2, 4, 11:
Weitere Beiträge

Rogers: Die Atomwaffen umverteilen

„Wir benötigen die Zusammenarbeit der Alliierten“ / Spitze gegen Athen und Ankara

cvb/DW, Mons
NATO-Oberbefehlshaber US-General Bernard Rogers hat sich dafür ausgesprochen, die in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten Atomwaffen um die Hälfte zu verringern. In einem Interview mit dem „Stern“, das von Rogers Hauptquartier SHAPE verbreitet wurde, sagte der General jedoch: „Aber um das erreichen zu können, benötige ich die Zusammenarbeit der anderen Alliierten. Sehen Sie, es gibt da Länder in der südlichen (NATO-)Region, die nicht genügend (atomare) Gefechtsköpfe haben, um die Bedrohung abzuwehren zu können.“

Von informierter militärischer Seite verläutete dazu, daß Rogers sich indirekt auf die bisher bestehende Weigerung der Türkei und Griechenlands bezog, die die nach dem Reduzierungsschritt von Montebello 1983 erforderliche Neuverteilung der Atomwaffen von ihrem Territorium fernhalten wollen. In Montebello war beschlossen worden, das NATO-Atomwaffenarsenal auf 4600 Ge-

fechtsköpfe zu kürzen. Rogers drückte jedoch Optimismus aus, daß ihm die Neuverteilung der Atomwaffen gelinge. Auch in Großbritannien seien mehr Atomwaffen gelagert als im Verteidigungsfall notwendig. Er wolle auch diese Situation korrigieren.

Weiter sagte Rogers, von 1985 an könnten die Atomwaffen in Europa erheblich unter das 1988 zu erreichende Niveau von 4600 gesenkt werden, vorausgesetzt eine weitere Modernisierung finde statt. Er sprach von einer moderneren Version der „Lance“-Korps-Artillerie-Rakete und einer neuen Luft-Boden-Rakete für Flugzeuge. In Militärkreisen wurde zusätzlich erwähnt, daß eine Modernisierung auch unterirdische Atomversuche notwendig mache.

Rogers sprach sich auch dafür aus, an den in Westeuropa stationierten Mittelstreckenwaffen Pershing 2 und Cruise Missiles festzuhalten. Diese erübrigten es der NATO, das Territorium des Aggressors unmittelbar unter Risiko zu stellen, was die Sowjets mit uns in Westeuropa seit vielen Jahren machen“, sagte Rogers. „Wir können in Europa auf diese Option nicht verzichten, was Verhandlungen über die Anzahl nicht ausschließt.“ Rogers räumte ein deutsches Vetorecht gegen die Stationierung chemischer Kampfstoffe auf dem Boden der Bundesrepublik ein. „Ich denke, jede Nation, auch die Deutschen, haben dieses Vetorecht“, sagte der amerikanische General.

Nach seiner Ansicht kann „die Souveränität einer Nation nicht übergeben werden, wenn es um die Stationierung solcher Waffen auf ihrem Boden geht - also bei chemischen und nuklearen Waffen“.

Besorgt äußerte sich der General über die Spannungen in der westlichen Allianz. „Ich glaube nicht, daß die Europäer wirklich verstehen, wie sehr die Amerikaner das alles satt haben. Wenn heute ein Politiker in Washington den Antrag stellen würde, unsere Truppen zurückzuziehen, würde der Kongreß wahrscheinlich zustimmen“, sagte Rogers.

Demonstrationen in Estland

DW, Stockholm

In Estland haben nach Informationen von Emigranten mehrere Protestmärsche gegen Zwangsrekrutierungen für Einsätze in Tschernobyl stattgefunden. Der Direktor des Hilfszentrums für politische Gefangene in Estland, Ants Kipper, teilte gestern in Stockholm mit, einige hundert Esten hätten an den Demonstrationen Anfang August teilgenommen. In der Hauptstadt der Sowjetrepublik Estland, Tallinn (Reval), seien einige Teilnehmer festgenommen worden. Zuvor habe das Militär etwa 1000 Reservisten für die Aufräumarbeiten an dem zerstörten Reaktor in der Ukraine einberufen.

„Die Menschen sind sehr besorgt“, sagte Kipper. „Sie wissen, daß sie (an der Unglücksstelle) gefährdet sind und daß es nicht genug Schutzkleidung gibt.“ Von den Rekrutierungen seien vor allem Spezialisten wie Techniker und Lastwagenfahrer betroffen.

Honecker reist nach China

D. D. Berlin

SED-Generalsekretär Erich Honecker wird in der zweiten Oktoberhälfte die Volksrepublik China, Nordkorea und die Mongolei besuchen. Er folge einer Einladung von Staatspräsident Li Xiannian und Parteichef Hu Yaobang, teilte das chinesische Außenministerium mit. Die „DDR“ und China bemühen sich seit vier Jahren um eine Verbesserung ihrer Beziehungen. Honecker ist der erste Parteichef unter den engsten Bündnispartnern Moskaus, der nach dem chinesisch-sowjetischen Bruch 1963 nach Peking reisen wird. Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei und Bulgarien werden, wie aus osteuropäischen Kreisen verlautete, bald dem Beispiel der „DDR“ folgen.

Offen ist noch, ob der polnische Staats- und Parteichef Wojciech Jaruzelski seinen für Ende September geplanten Besuch Nordkoreas mit einer Reise nach Peking verbinden wird.

Banken erwägen Hilfe für NH

cd, Frankfurt

Die Hypothekenbanken, die einen erheblichen Teil der rund zwölf Milliarden Grundbuchlich gesicherten Forderungen an die Neue Heimat (NH) in ihren Büchern haben, sollen bis zur Gläubigerversammlung am 28. September erklären, ob sie einer Aussetzung der Tilgungen durch die NH bis Ende 1987 zustimmen. Im ersten direkten Gespräch zwischen den Hypothekenbanken und NH-Berater Manfred Meyer-Preschany spielte dem Vernehmen nach ebenso wie beim Juli-Gespräch mit den Geschäftsbanken die Forderung eine Rolle, daß die Liquidität und die Existenz der Neuen Heimat durch die Holding BGAG garantiert wird. Voraussetzung für eine Hilfszusage ist auch, daß das Ende 1986 auslaufende Stillhalteabkommen mit den übrigen Banken verlängert wird und daß die BGAG einen eigenen Sanierungsbeitrag leistet. Unter diesen Prämissen zeichnet sich Hilfsbereitschaft ab.

DER KOMMENTAR

Staatschlepperei

ENNO V. LOEWENSTERN

Ob die vom Kabinett beschlossenen Maßnahmen ausreichen, wird man sehen. Erst dann hat es einen Sinn, über eine eventuelle Änderung des Grundgesetzes zu reden. Es geht keinesfalls um eine Beschränkung des Zugzwangs wirklich Verfolgter. Ohnehin werden nur fünfzehn Prozent der Bewerber anerkannt. Da reicht eine rasche Sachbearbeitung und eine sofortige Abschlebung der Abgelehnten aus.

Verbunden, natürlich, mit angemessenen Strafen für Schlepper. Eine Fluggesellschaft, die geschlossen die Reisende ohne gültige Visa befördert, Da mutet die „Strafe“ von 2000 DM eher mild an. Warum bürdet man ihnen nicht die Gesamtkosten jedes dieser Fälle durch entsprechend hohe Strafen auf?

Was man überdies beim Stichwort Schlepper vermißt, das ist der Beschluß, Zuwanderer aus Schönefeld mit „DDR“-Transitvisum, aber ohne Einreisevisum der Bundesrepublik Deutschland, über die Zonengrenze zurückzusenden. Die Überlegung ist vorge-

tragen und begründet worden, daß die „DDR“, indem sie solche Transitvisa gewährt, Verantwortung für die so Begünstigten übernimmt. Bekäme sie ihre Transitreisenden zurück, wäre es schnell mit dem vollzogenen Schlepperbetrieb zu Ende. Aber Bonn steht ja noch in Gesprächen mit Ost-Berlin in dieser Frage. Vielleicht reicht man den speziellen Hinweis erst diskret hintür.

Der SPD-Rechtspolitiker Wilfried Penner hat dem Bundeskanzler „Schäbigkeit“ vorgeworfen. Er behauptet, daß Kohl mit dieser Frage im Wahlkampf die rechtsradikale Szene revitalisiere.

Aber den Asylantragssturm im Wahlkampf hat nicht der Kanzler erfunden. Den verdanken wir vielmehr zum großen Teil dem Sicherheitspartner der SPD in Ost-Berlin. Die Öffentlichkeit ist darüber in größte Bewegung geraten, und zwar mit guten Gründen; darüber kann Penner sich bei den SPD-Bürgermeistern vieler Städte informieren. Wenn die Bundesregierung nicht handelte, dann erst würde die rechtsradikale Szene revitalisiert.

Fluchtversuch gescheitert

hrk, Berlin

Offenbar ohne Blutvergießen endete gestern vormittag an der Stadtgrenze zwischen West-Berlin und dem „DDR“-Kreis Oranienburg der Fluchtversuch eines Zivilisten in den Westberliner Ortsteil Frohnau. Ein Anwohner auf der Westseite Berlins hörte drei Schüsse, die Grenzposten der „DDR“ abgaben. Der Augenzeuge will gesehen haben, wie kurz darauf ein Bewohner der „DDR“, der anscheinend nicht verletzt war, von den Soldaten aus dem Todesstreifen abgeführt wurde.

Bischöfe aus Polen zurück

DW, Warschau

Die Delegation der deutschen Bischöfe unter Leitung von Kardinal Hilfinger hat gestern ihren Polenbesuch beendet. Unter anderem wurde die Frage deutschsprachiger Gottesdienste in den ehemals deutschen Ostgebieten berührt. Eignigkeit herrschte darüber, daß jeder Christ das Recht hat, seinen Glauben in der Muttersprache zu bekennen. Ob ein Bedürfnis für deutschsprachige Gottesdienste vorliegt, soll die Kirche in Polen beurteilen. Seite 2: Verantwortung

Verbraucherpreise sinken weiter

DW, Wiesbaden

Die Verbraucherpreise in der Bundesrepublik Deutschland sind im August wie schon in den vier vorangegangenen Monaten gegenüber dem entsprechenden Vergleichszeitraum gesunken. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte sei in diesem Monat im Vergleich zum August 1985 um 0,4 Prozent zurückgegangen, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Von Juli auf August seien die Preise um 0,2 Prozent gesunken.

EG-Soforthilfe für Kamerun

DW, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft (EG) hat für die Opfer der Giftgaskatastrophe von Kamerun umgerechnet 315 000 Mark bereitgestellt. Eine Transportmaschine der spanischen Luftwaffe soll Medikamente, Zelte, Decken und eine Hilfsmannschaft des Roten Kreuzes nach Kamerun fliegen. Die EG-Hilfe kommt aus einem eigens für solche Fälle geschaffenen Fonds. Auch das Deutsche Rote Kreuz plant eine Hilfsaktion. Seite 20: Die Stille des Todes

Rekrutiert Kabul 10 000 Frauen?

AFF, Islamabad

Die afghanische Regierung will angeblich 10 000 Frauen für ihre Streitkräfte rekrutieren. Dies war von westlichen Diplomaten in Islamabad zu erfahren. Kabul hatte nach zahlreichen Desertionen aus der afghanischen Armee Rekrutierungen angekündigt. Unter Berufung auf Flüchtlinge aus dem Nachbarland berichteten die gleichen Quellen von der Vorbereitung einer neuen sowjetisch-afghanischen Offensive in der Provinz Logar, südlich von Kabul.

Elf Tote bei Unruhen in Soweto

DW, Johannesburg

In Südafrika sind bei den bisher schwersten Unruhen seit der Verhängung des Ausnahmezustands vor zehn Wochen nach offiziellen Angaben elf Bewohner der Schwarzeniedlung Soweto bei Johannesburg von der Polizei erschossen worden. Auslöser der Gewalttaten sind offenbar Zwangsraumungen von Wohnungen durch die Polizei, deren Mieter sich an einem Boykott der Mietzahlungen beteiligten. Seite 2: Terror und Miete

Neue-Heimat-Ausschuß erhält Geschäftsberichte

Die Klage auf Akteneinsicht bleibt aber bestehen

DIETHART GOOS, Bonn
Die gewerkschaftsrechtliche Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft (BGAG) hat sich gestern bekannt, dem Untersuchungsausschuß Neue Heimat die angeforderten Geschäftsberichte zur Verfügung zu stellen. Am Dienstag hatte der Ausschuß noch beim Frankfurter Amtsgericht die Beschlagnahme der Akten beantragt.

Wie der Ausschußvorsitzende Hans Günther Hüsich (CDU) mitteilte, bleibt der Beschlagnahmeantrag, soweit er die BGAG-Aufsichtspräsidium betrifft, bestehen. Hüsich sprach von einem positiven Signal, daß die BGAG von der Position der Verweigerung gegenüber dem Ausschuß abzurückt. Gerichtliche Auseinandersetzungen würden die Arbeit des Untersuchungsausschusses in der begrenzten Zeit bis zum Ende dieser Legislaturperiode behindern und einen weiteren Untersuchungsausschuß Neue Heimat im neuen Bundestag heraufbeschwören.

Die Klage auf Akteneinsicht bleibt aber bestehen. Die BGAG-Klage gegen den Untersuchungsausschuß vor dem Kölner Verwaltungsgericht. Die Auffassung des Gewerkschaftsunternehmens, der Untersuchungsausschuß arbeite nicht verfassungskonform und habe kein Recht, Privatunternehmen zu durchleuchten, habe sich als „rechtlicher Nonsens“ erwiesen. Wäre diese Position richtig, dann hätte es auch keinen Flick-Untersuchungsausschuß geben dürfen. „Es gibt keine Sonderrechte für die BGAG oder andere Unternehmen, wo der DGB beteiligt ist.“ Hüsich fügte hinzu: „Im konkreten Fall der Neuen Heimat wurde das Gemeinnützigkeitsrecht als Steuerprivileg mißbraucht. Der Bundestag ist durchaus befugt, diese Gesetzesverstöße aufzuklären und Konsequenzen daraus zu ziehen.“

Hüsich äußerte sich zufrieden über die bisherigen Untersuchungen. In seinen 15 Sitzungen und bei der Sichtung großer Aktenberge habe der Ausschuß „schon jetzt mehr ermittelt, als der Hamburger Untersuchungsausschuß“.

Das beste
eine gute
Versicherung
SCWAL

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwochsjäger

Von Hans Baumann

Wie nennt man einen Jäger, der in ein Revier zieht, von dem er seit langem weiß, daß es prall gefüllt ist mit den prächtigsten Böcken, und der zwar ein Gewehr, aber keine Munition mitnimmt? Man nennt ihn einen Sonntagsjäger. Wie nennt man eine Konferenz der CDU, die sich mit Energiefragen befassen will und die zeitlich mit dem Nürnberger Ausstiegsbeschluss der SPD in Bonn zusammenfällt (seit langem wissend, daß zu diesem Zeitpunkt die Konkurrenz auf dem Felde der Energiepolitik ihren Bock des Jahres schießen wird) - wie nennt man diese Konferenz, wenn sie keine gründliche Analyse des Hauff-Papiers vornimmt?

Man kann sie nicht gut Sonntagskonferenz nennen, weil sie an einem Mittwoch stattfand. Also muß man sie wohl Energieforum der CDU nennen.

Es mag ja sein, daß manche müde werden, den immer wieder neu vorgetragenen Wahlkampf-Unfug immer wieder neu zu widerlegen. Aber dies war nun einmal die klassische Gelegenheit, anzugreifen, dem Bürger deutlich zu machen, daß und wie die Energiepolitik zum Feind des Wählerfanges geworden ist. Der Bürger will nicht nur, er muß erfahren, wie sich der Ausstieg aus der Kernenergie auf die Volkswirtschaft, auf seinen Arbeitsplatz und die Arbeitsplätze seiner Kinder auswirken würde. Und was es beispielsweise unmittelbar für sein Portemonnaie bedeuten würde, wenn man ihm die Nachspeicherung abschaltete und wenn man beim Strom den Mengenrabatt abschaffte, eines der klassischen Beispiele einer marktwirtschaftlichen, am Interesse des Verbrauchers ausgerichteten Ordnung.

Natürlich wissen die Fachleute Bescheid. Aber ihre Aufgabe ist es, nicht sich selber zufriedenzustellen, sondern den Bürger zu informieren. Auf dieser Energiekonferenz wurden keine Funken geschlagen, sondern da glühten den ganzen Tag Elitäres aus dem weiten Reich der Energie vor sich hin. Wie lautet einer der wichtigsten Lehrsätze aus dem Energiebereich? „Von nichts kommt nichts“ (Robert Mayer).

Terror und Miete

Von Monika Germani

Was sich in Südafrika abspielt, scheint vielen Außenstehenden ein Aufstand der schwarzen Bevölkerung gegen die weiße Vorherrschaft zu sein. Wie das in der Wirklichkeit aussieht, kann man in Soweto studieren. Die Unruhen begannen vor zwei Jahren unter anderem mit einem Streik gegen die Mieterhöhung in den schwarzen Städten, die zum Teil rund 20 Mark betragen. Zur Taktik der „Comrades“ (Genossen), wie sie in den schwarzen Städten die Herrschaft zu übernehmen suchen, gehört das Verbot, Miete zu zahlen.

Das war einfach zu kontrollieren: Wer dem Befehl folgte, dessen Müll wurde nicht von der Stadtreinigung abgeholt. Also türmten sich Kehrichthaufen und zeigten wieder einmal, unter welcher „menschunwürdigen Bedingungen“ die Schwarzen hausen müssen. Wer seine Miete zahlte, wurde mindestens bedroht, wenn ihm nicht sogar das „Halsband“ umgelegt wurde: der benzingefüllte Reifen, der dann angezündet wird.

Inzwischen haben sich die Mietschulden in den schwarzen Städten um Johannesburg gehäuft. Im dichtbesiedelten Vaalgebiet, im Industriegebiet des Witwatersrand waren die ausstehenden Mietschulden Anfang Juli allein auf zwölf Millionen Rand angestiegen. In einigen Gegenden sind bis zu drei Jahren Mietschulden offen. So läßt sich eine Entwicklung der schwarzen Städte nicht durchführen. Schließlich müssen Teerstraßen, Elektrizitätsanlagen und anderes bezahlt werden. Die Stadtverwaltung drohte mit Kündigung und Zwangsäumung.

Das kam den „Genossen“ wieder sehr gelegen: Vertreibung der armen unschuldigen Menschen aus ihren Elendsquartieren (Kehrichthaufen eingeschlossen). Am Dienstag ging die Polizei in Soweto gegen brennende Barrikaden vor. Bei ihrem Erscheinen wurde eine Handgranate gegen sie geworfen („unbewaffneter Kampf“), vier Polizisten verwundet. Die Polizei schob. Sieben Schwarze wurden in diesem Fall getötet. In einem weiteren Vorfall waren es vier.

Der Zulu-Chief Buthelezi bemerkte kürzlich, was sich in Südafrika abspiele, sei ein Bürgerkrieg schwarz gegen schwarz. Soweto ist ein Fallbeispiel dafür, wie eine Gruppe entschlossener Täter durch Terror einen Aufstand „macht“.

Taktlos mit Syrien

Von Rolf Götz

König Juan Carlos von Spanien wurde nach Damaskus und Syriens Präsident Assad nach Madrid eingeladen. Stolz vermeldet der spanische Außenminister diesen Erfolg seines Besuchs in Syrien. Die Syrer haben also den Spaniern gnädigst verziehen, daß diese diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen haben. Und schulterklöpfend nahmen sie zur Kenntnis, daß die PLO zum ersten Mal in Europa einen Status erreichte, der dem einer diplomatischen Mission ähnelt.

Eine Morgengabe Madriids an die radikalen Staaten Arabiens. Mehr konnte man den Palästinensern in Madrid nicht anbieten; schließlich „ist die PLO kein Staat“, wie aus dem Außenministerium zu erfahren ist. Nun, die Terroristen der PLO werden die vielen Erleichterungen wie Diplomatengepäck und eigene Fahrzeuge auch so gern wahrnehmen.

Die Freundschaftsbotschaften aus Damaskus kommen einen Tag, nachdem Hafez Assad verkündete, man werde gemeinsam mit Libyen gegen jeden Angreifer kämpfen. Gemeint ist die 6. US-Flotte, die unter anderem in der Großen Syrte die Freiheit der Meere verteidigt, auch im europäischen Interesse. Und gemeint ist die Entschlossenheit der USA, dem Terrorismus entgegenzutreten; auch das im Interesse Europas. Daß die USA lieber friedliche Wege gehen, haben sie mit ihrem guten Verhältnis zu Algerien bewiesen, einem Land, das auch zum sozialistischen Lager zählt und mit der Unterstützung der Polisario-Rebellen in der Westsahara durchaus die Interessen des Westens durchkreuzt.

Niemand hat etwas gegen eine kluge, auch „besonders freundschaftliche“ Kontaktpflege Spaniens mit den arabischen Ländern. Aber wenn Madrid in dem Augenblick die „arabische Sache“ für „gerecht“ erklärt, in dem der arabische Exponent der sowjetischen Politik im Mittelmeerraum, Hafez Assad, gegen die USA Front macht und mit seinem libyschen Tête-à-tête den Nahostkonflikt auszuweiten sucht - offensichtlich auch das im sowjetischen Einverständnis -, dann fragt man sich: Wie verhält sich das zur Mitgliedschaft im europäisch-amerikanischen Bündnisystem?



KLAUS BOHLE

Wie viele Divisionen hat er?

Von Herbert Kremp

Der außenpolitische Teil der oppositionellen Regierungserklärung der Johannes Rau in Nürnberg abgab, ist der deutungsreichste. Die kurze Passage (zweieinhalb von achtzehn Seiten), die er dem Schicksalsthema widmet, steckt voller voluntaristischer Begriffe, deren Umfang nach dem Gesetz der Logik ebenso weit ist wie ihr Inhalt gering.

Was meint Rau mit einer europäischen Friedensordnung, für die er in einer melodramatischen Wendung Olof Palme zum Zeugen aufruft? Sie soll die Machtblöcke übergreifen und schließlich überwinden - gut, aber was heißt das? Wie will ein Bundeskanzler Rau zum Beispiel den Warschauer Pakt, einen der Machtblöcke, der während nicht auf freiwilligem Zusammenschluß beruht, auflösen? Durch gutes Zureden, durch Vorleistungen, durch geistverändernde Vision? Über das Wie, über das, was an die Stelle der Blöcke treten soll, über die Rolle, und die Verfassung Deutschlands und der osteuropäischen Staaten erfahren wir nichts. Warum läßt Rau Prediger-Blasen steigen, die vor Leere schillern?

Der Kanzler-Kandidat etabliert sich in einer schwierigen Partei. Die SPD hat Helmut Schmidt wegen der Nachrüstungspolitik fallengelassen - das ist die historische Wahrheit. Ein Teil der Partei und einige ihrer namhaften Vertreter wollen die Organisation der westlichen Allianz verlassen. Der Anti-Amerikanismus ist in Wortprotokollen belegt (Beispiel: Berliner SPD-Parteitag vom 22.-24. Juni 1986). Der Sowjet-Kommunismus wird nicht mehr sorgfältig analysiert, seine Gefahren werden nicht beim Namen genannt, sondern in die Spirale des Schweigens abgedrängt. Außenpolitik ist zu Friedens- und Abrüstungspolitik geschrumpft. Für Südafrika und Nicaragua (für alles, was fern liegt) engagiert man sich mehr als für Deutschland, dem Rau ganze vier Schreibmaschinenseiten widmet.

Der Kandidat bewegt sich in aufgewickelter Gelände. Er bekennt sich als „Freund Amerikas“, muß aber hinzufügen, dort gebe es für Erbengüter keinen Rabatt, sondern nur subtile Verachtung. Und er zitiert einen Satz aus dem Leitartikel der Partei, der konditional verschönert ist: „Die Bundesrepublik Deutschland findet das ihr erreichbare Maß an Sicherheit im



Womit er sich nicht abfinden will: Rau (mit Ehefrau) auf dem Roten Platz. FOTO: SVEN SIMON

Atlantischen Bündnis, wenn sie ihre eigenen Sicherheitsinteressen dort einbringen und durchsetzen kann, auch ihr Interesse an gemeinsamer Sicherheit.“

Es ist unverkennbar, daß Rau vorsichtig von Brandt in Richtung Schmidt zurückrudert. Der angebliche oder tatsächliche Freund Amerikas will sich in der Außenpolitik nicht ideologisch emengen lassen. Während des Wahlkampfes mag ihm dies halbwegs gelingen, der Kanzler Rau jedoch wäre sofort wieder in der Gemengelage des am Ende isolierten Helmut Schmidt. Schon jetzt macht er der tiefverwandten Partei Konzessionen, zu denen Schmidt nie bereit gewesen wäre. Dem mächtigen linken Flügel kommt er durch die Forderung eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa als Vorstufe zu einem atomwaffenfreien Europa entgegen.

Ein solcher „Korridor“ (wie breit wäre er denn?) ist sicherheitspolitisch unsinnig. Die amerikanischen Atomwaffen wären in jedem Fall vom Kontinent verbannt - in Frankreich sind sie nicht stationiert, Belgien und die Niederlande würden nicht mehr stationieren - während die sowjetischen Atomraketen aller Art aus der Position östlich von Polen den Kontinent weiter überschatten würden. Es gibt keinen sichereren Weg zum Ende des Atlantikpakts und zur endgültigen Suprematie der Sowjetunion als diesen Plan. Europa gleiche in diesem Fall der Stadt Hiroshima - sie war bekanntlich atomwaffenfrei. Macht uns diese (uralte) Idee sicherer?

Für den Anfang („unverzüglich“) fordert Rau von den USA und der Sowjetunion Aufstellungsstopp und Beduzierung der Raketen auf den Stand von 1979. Er setzt dabei nicht auf die Symmetrie der Potentiale. Um sie bemühen sich die Amerikaner in Genf. Das Wort Symmetrie kommt bei Johannes Rau nicht vor. Der Kandidat denkt nicht präzise. 1979 war das atomare Gleichgewicht in Europa durch die sowjetische Vorrüstung (SS 20) derartig gestört, daß die Sicherheitslogik zur amerikanischen Nachrüstung mit modernen Pershing 2 und Cruise Missiles führen mußte. Als im Dezember 1979 der sogenannte Doppelbeschuß verabschiedet wurde, hatten die Sowjets bereits 120 SS 20-Raketen installiert.

Will Rau diesen Zustand eindeutiger sowjetischer Überlegenheit wiederherstellen? Mächtige uns das sicherer und freier? Kann sich der Kandidat nicht denken, daß der amerikanische Kongreß angesichts einer solchen Unsicherheitslage jeden Präsidenten zwingen würde, die praktisch entwerteten US-Truppen vom Kontinent abzurufen? Weiß er nicht, welche Diskussion in Washington schon im Gange ist, oder will er sie vielleicht sogar klammheimlich fördern? Als Bundeskanzler, sagt Rau, werde er sich nicht einfach mit der Ergebnislosigkeit von Verhandlungen zwischen den Weltmächten abfinden. Das klingt gewaltig und sehr gelungen. Aquidistant. Wie viele Divisionen hat Herr Rau, um die Weltmächte zu ihrem Glück zu zwingen?

Oh Atomwaffen, chemische Waffen, SDI - in der Sicherheitspolitik zeigt sich Johannes Rau überfordert. Die Analyse ist unzureichend, es fehlt offenbar an Wissen und Gedankenscharfe. Als Populist reißt er Sätze aneinander, von denen er annimmt, daß sie manchen Leuten gefallen. Zu Ende geht die Lauf der außenpolitische Teil seines Regierungsprogramms auf die sicherheitspolitische Neutralisierung der Bundesrepublik (und damit Westeuropas) zugunsten der Kontinental-Weltmacht: „Sowjetunion hinaus. Was damit gewonnen werden soll, steht in den roten Sternen.“

Polen und die Verantwortung der Katholiken

Höfner erinnert an die Menschenrechte, Glomp hält sich zurück / Von Gernot Facius

Von seiner Sommerresidenz Castellandolfo aus erinnert der Papst die Generale in Warschau an die „Aktualität“ der 1980 getroffenen Übereinkommen zwischen der „Solidarität“ und der Regierung. Er nennt sie ein Beispiel des „nationalen Geistes, die sozialen und moralischen Probleme des Landes im Dialog zu lösen.“ Und im politischen Wallfahrtsort Tschestochau sagt fast zur selben Stunde Kardinal Höfner unter dem Beifall von 150 000 Gläubigen, die Katholiken müßten sich „ihrer großen Verantwortung“ für eine friedliche Zukunft des alten Kontinents bewusst sein: „Ganz Europa, von Gibraltar bis zum Ural, muß ein neues christliches Antlitz bekommen.“ In deutlicher Anspielung auf „Solidarität“ weist er auf die „Mißachtung der elementaren Menschenrechte in vielen Teilen der Welt“ hin.

Sein polnischer Amtsbruder Kardinal Jozef Glomp betont am selben Ort die Notwendigkeit einer „moralischen Wiedergeburt“. Aber er spricht verschwommener von den gesellschaftlichen Übeln Dro-

gen, Alkohol, Gewalt und Prostitution. Ein Hinweis auf die „Solidarität“ kommt bei ihm nicht vor. Ist das mit der Hoffnung auf Fortsetzung des „Dialogs“ mit Jaruzelski zu erklären?

Die „Pilgerfahrt“ deutscher Bischöfe nach Polen hat nicht alle Zweifel am Kurs des polnischen Primas überwinden können; vielleicht erhält man mehr Klarheit, wenn sich die Oberhirten aus beiden Ländern künftig jährlich treffen. Höfner und seine Mitbrüder hatten bereits am Tag ihrer Ankunft, abweichend vom offiziellen Programm, das Grab des Märtyrerpriesters Popieluszko besucht.

Das war mehr als eine Verneigung vor dem Toten, hatte doch Glomp mehrmals von einem „Kult“ um Popieluszko gesprochen. Zur Erinnerung: Der Primas hätte den „politischen Priester“ gern in einen entlegenen Winkel versetzt. Doch am Wohlwollen des Papstes für Popieluszko scheiterte damals der Versetzungsplan. In Tschestochau, im August 1984, leugnete Glomp die Existenz einer starken deutschen Minderheit in Polen und wandte sich gegen das deutsche Staatsbürgerrecht: „Das Recht eines Landes kann seine Normen nicht auf die Bürger eines zweiten Landes anwenden, wenn es Recht sein will und keine auf politisches Spiel ausgerichtete Mission.“ Die Kirche in Polen wolle Ausländern Gebete in der eigenen Sprache ermöglichen. Aber, so fürh der Kardinal fort, ohne die Polonisierungsbemühungen Warschaus zu erwähnen: die Kirche könne nicht mit gutem Gewissen Andachten in einer fremden Sprache für Leute organisieren, „die diese Sprache nicht kennen und erst im Gebet lernen wollen“.

Der Empörung über diese harte Aussage folgte die Einsetzung einer gemeinsamen deutsch-polnischen Seelsorge in Warschauer Machbereich erörterte. Jetzt sagt Höfner, in der gesamten Weltkirche bestehe Einigkeit darüber, daß das Wort Gottes jedem Gläubigen möglichst in seiner Muttersprache verkündet werden solle. Sache der jeweiligen

IM GESPRÄCH Humberto Ortega

Comandante als General

Von Werner Thomas

Es gibt wieder Generale in Nicaragua. Sieben Jahre nach der Machtübernahme der „Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront“ (FSLN) haben die Comandantes orthodoxe militärische Dienstgrade eingeführt. Humberto Ortega, der Verteidigungsminister und Bruder des Präsidenten, wurde zum ranghöchsten Offizier der „Sandinistischen Volksarmee“ (EPS) befördert - Heeresgeneral. Der letzte General Nicaraguas hieß Anastasio Somoza.

Der jüngere Ortega, 37 Jahre alt, ist, was die wenigsten wissen, der mächtigste FSLN-Führer. Er wirkt, wie der drei Jahre ältere Bruder Daniel, steif und schüchtern. Humberto jedoch genöß schon immer den Ruf, der klügere Kopf und bessere Taktiker zu sein. Ein Diplomat in Managua sagte: „Ohne Humberto wäre Daniel nie Präsident geworden.“

Humberto Ortega tauchte mit siebzehn Jahren in den Untergrund ab. Er gehörte zu den engsten Vertrauten des einflussreichsten FSLN-Gründers, Carlos Fonseca, der drei Jahre vor dem Triumph der Sandinisten bei einem Gefecht ums Leben kam. Fonseca schärfte das ideologische Bewußtsein seines Adepten und dessen Bewunderung für Castro. „Fidel's boy“ (so nennt ihn der Ex-Sandinist Alfonso Robelo, heute Führer der bewaffneten Opposition) hielt am 25. August 1981 vor sandinistischen Militärs eine bemerkenswerte programmatische Rede mit diesen Feststellungen: „Der Sandinismus ist der konkrete Ausdruck der historischen Entwicklung des Kampfes in Nicaragua. Ohne Sandinismus können wir keine Marxisten-Leninisten sein.“

Humberto Ortega war der Chefstrategie der Endoffensive gegen die Truppen Somozas. Als Verteidigungsminister und Befehlshaber der „sandinistischen Volksarmee“ konnte er seinem Bruder Daniel Flankenschutz bei dessen steller politischer Karriere geben. Die Bäckersöhne aus der Provinzstadt La Libertad (sie



Den Bruder ausbooten? Humberto (links), Daniel Ortega FOTO: DPA

hatten noch einen anderen Bruder, Camilo, der bei Masaya fiel) bremsen gemeinsam die Ambitionen des Innenministers Tomas Borge (85), des einzigen noch lebenden Gründungsmitglieds der FSLN.

Der neue General kommandiert die größten Streitkräfte Mittelamerikas. Die „sandinistische Volksarmee“ umfaßt 120 000 Soldaten und Reservisten (Somozas Nationalgarde zählte zuletzt 9000 Mann), mit modernsten Ostblockwaffen ausgerüstet, von 3000 kubanischen Experten beraten. Humberto Ortega verkündete bereits einen „strategischen Sieg“ über die „Contras“, die in Zukunft freilich wieder mit militärischer Unterstützung der USA operieren. Die Guerillaführer prophezeien eine Eskalation ihres Kampfes und nennen 1987 als „entscheidendes Jahr“.

In Managua kursieren Gerüchte, Humberto Ortega, von Anfang an Mitglied des sandinistischen Politbüros „Direccion Nacional“, wolle seine militärische Karriere durch eine politische ergänzen. Bruder Daniel soll nur eine Präsidentschaftsperiode amtiert. Der nächste Präsident könnte der andere Ortega sein, der General, falls er den „strategischen Sieg“ nicht zu früh verkündet hat.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der SPD-Parteitag mit Johannes Rau steht im Mittelpunkt der Kommentare

THE TIMES

Auf der Linken gibt es eine kompromißlose Opposition gegen alles Nukleare, von US-Sprengstoffen bis hin zu Atomkraftwerken. Die Linke unterstützt auch die Forderung nach höheren öffentlichen Ausgaben, selbst wenn damit ein Inflationsrisiko verbunden ist... Der rechte Parteiflügel befürchtet, daß der gegenwärtige Wohlstand zu Ende gehen könnte, falls man die ordentliche Haushaltsführung aufgibt. Rau ist zwischen die radikalen und konservativen Strömungen seiner Partei geraten und fühlt sich nicht wohl dabei. Das Wahlprogramm, das er gestern vorgelegt hat, trägt das Risiko, daß es keine der beiden Seiten begünstigt. Es geht gerade weit genug nach links, um zwei-felnde Christdemokraten abzuschrecken. (London)

WIESBADENER KURIER

Die Mehrheitsfrage bleibt der Pferdefuß des Rau-Konzepts. Nichts hat der Kandidat dazu beigetragen, den Verdacht zu zerstreuen, nach der Wahl werde auf völlig geänderter Grundlage dann doch mit den Grünen verhandelt.

OFFENBACH-POST

Rau zelebrierte Rau. Der grobe Umriß seines offenkundig schon fertig in der Schublade liegenden Regierungs-

programms beinhaltete auffällig oft Redewendungen wie „rückgängig machen“ (Veränderung des § 116 Arbeitsförderungsgezet), „wieder einführen“ (Schüler-BAFEG), „abschaffen“ (ungerechte Kinderfreibeträge), „reformieren“ (Familien-Lastenamtgleich). Wie er damit aber die am Montag noch von Willy Brandt angepeilten Wähler der Mitte erreichen will, bleibt Raus Geheimnis.

Frankfurter Rundschau

Nach diesem Auftritt ist auch klar, wo die SPD im Wahlkampf die Schwerpunkte setzen wird: Auf die Wirtschaftsfragen und die sozialen Themen, auf den Versuch also, die amtierende Regierung von Wählern abzukoppeln, die bei den Spar- und Umschichtungsmaßnahmen der Bonner Koalition Einbußen erlitten haben. Ihnen bietet sich die SPD in einem breiten Bündnis als Sachwalter an.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Rau erzeugt den Eindruck eines Mannes, der über den Wassern schwebt und den guten Willen schon für die beste Tat hält. An die Stelle eines bedenkliehen Klischees rückt Rau eine kühne Vision. Er möchte so etwas wie der Kanzler aller Deutschen sein, getragen zwar von seiner Partei, aber weit über sie hinausgreifend. (Kassel)

während Vergebung und bitten um Vergebung.“ Wir brauchen viel Geduld, auch in den Beziehungen der Kirchen“. Es hat Aufsehen erregt, daß es 1985 nicht gelang, das Jubiläum des Briefwechsels zu einer Aktualisierung der damaligen Botschaft zu nutzen. Natürlich spielte hier die Grenzfrage hinein. Papst Paul VI. hatte seine „Normalisierung“ eingeleitet, als er polnische Bischöfe in den Erzbischof des Deutschen Bistums einsetzte. Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Bischöfe sassen Visitatoren dieser Bischöfe verloren ihr Stimmrecht. Höfner die „Patronin der Versöhnung“ an: „Bitten wir sie alle, Polen und Deutsche, um ihre Fürsprache für den Frieden unter den Menschen und für eine dauerhafte Versöhnung unter den Völkern.“

Manchen Polen wird dies zu wenig sein. Aber, so mahnte im Spätherbst 1985 eine deutsche kirchliche Dokumentation zum 30. Jahrestag des historischen Versöhnungsbrief-Wechsels 1965 („Ge-

Alle Kraft für das Land und den Beruf - das war einmal

Japans Jugend ist ehrgeizig und lernbegierig, sie achtet die Familie und lehnt den Staat nicht ab. Doch auf der Prioritätenliste rücken Freizeit, höherer Lebensstandard und mehr Individualität nach vorne.

Von FRED de LA TROBE

Der Einstieg in die Berufslaufbahn für Japans Schul- und Universitätsabgänger vollzieht sich traditionell Anfang April. In diesem Jahr gaben 1,1 Millionen junger Menschen ihr Debüt in der Verwaltung und Industrie. Die meisten Behörden und Unternehmen beugen den Start der Neulinge mit erheblichen Begrüßungsfeiern.

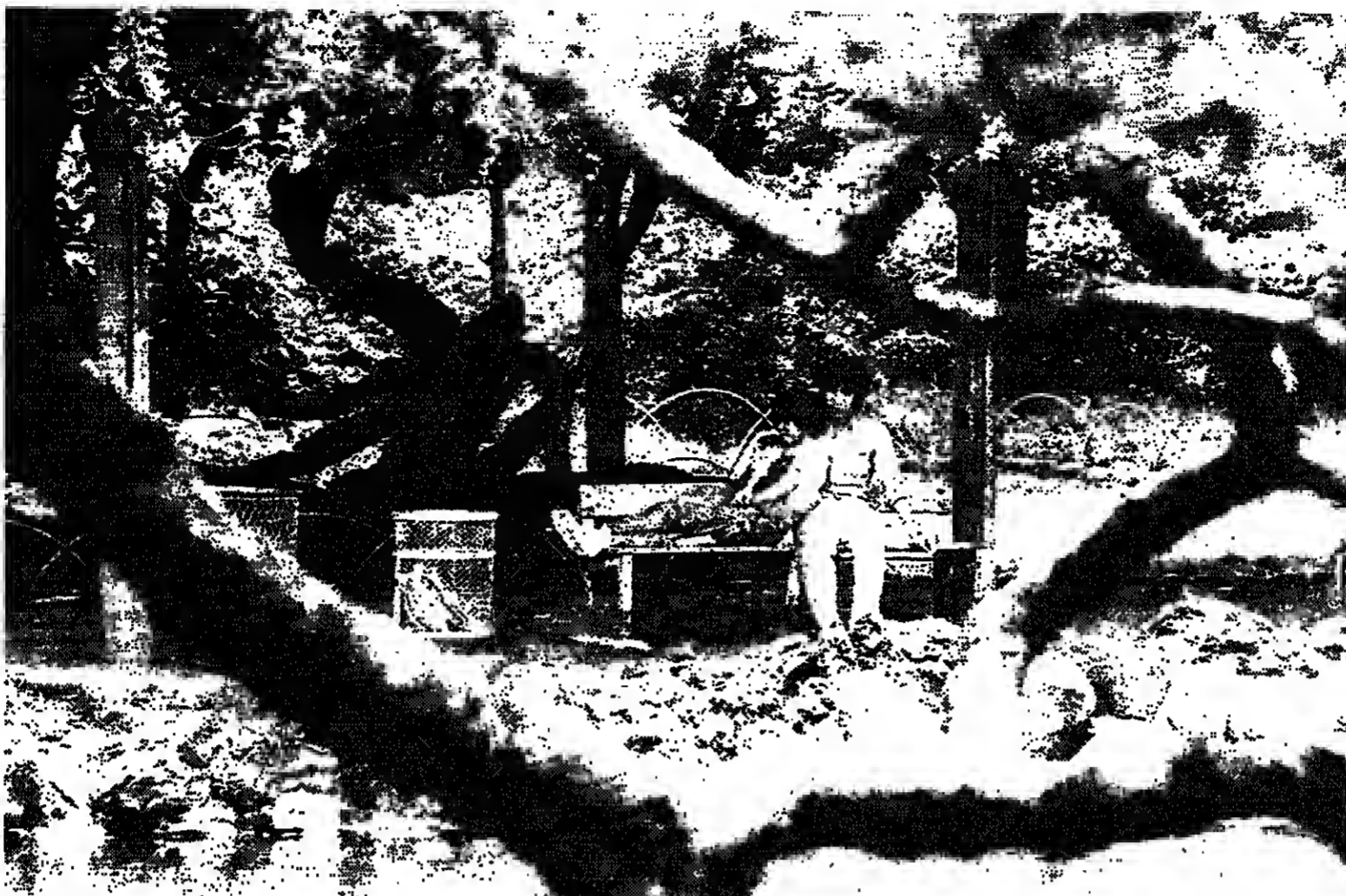
Ich hoffe, daß sie hart arbeiten werden, um der japanischen Wirtschaft zu dienen und unserer Firma zu helfen, eine bedeutende Stellung in der Welt zu erobern. Diese Worte von Yasushi Komatsu, dem Präsidenten der Sumitomo Bank an die Berufsanfänger standen für tausend ähnliche Reden aus dem gleichen Anlaß im ganzen Land.

Für den Japaner ist die Schulbildung das wichtigste Sprungbrett in die Karriere. Der Wettbewerb um die besten Ausbildungsplätze ist oft übersteigert scharf und läßt dem einzelnen wenig Freizeit. Der Ehrgeiz der Eltern ist groß, die eigenen Kinder auf möglichst guten Schulen unterzubringen. Denn das steigert die Berufschancen und ebnet den Weg zu Einfluß und Sicherheit.

Unter Japans Jugendlichen durchlaufen 99,9 Prozent die neunjährige Pflichtschulzeit. Danach rücken 95 Prozent weiter bis zum Abschluß der Oberschule nach drei weiteren Jahren. Nach der Oberschule entscheiden sich noch 39 Prozent der Abgänger zum in der Regel vierjährigen Universitätsstudium.

Die Auslese für die Karriere beginnt mit den Aufnahmeprüfungen, die um so schwieriger ausfallen, je höher das Prestige der Hochschule ist. Gegenwärtig gibt es in Japan 2,2 Millionen Studenten, die an nicht weniger als 1024 Universitäten und Colleges studieren.

Besonders stark ist der Andrang auf die vier berühmtesten und am schwersten zugänglichen Universitäten Tokio, Kyoto, Hitotsubashi und Hokkaido sowie auf die renommierten privaten Anstalten Keio, Waseda und Sophia. Regierungsstellen und



Zu zweit im Park: 90 Prozent der jungen Japaner sagen, sei seien „recht zufrieden und glücklich“

FOTO: WOLFGANG STECHÉ

Industrieunternehmen bevorzugen bei der Einstellung von Neulingen Absolventen der Star-Universitäten.

Das Abgangszeugnis einer Elitehochschule ebnet die Wege und führt auf den Rolltreppen der Karriere nach oben. So sind die Vorstände der Großfirmen und die Führungskräfte in den Behörden Abgänger der Spitzenuniversitäten.

Elite-Universitäten garantieren die Karriere

Da bei der Einstellung von neuem Personal so großer Nachdruck auf die Schul- und Universitätslaufbahn gelegt wird, gehen nur wenige Jugendliche nach der neunjährigen Pflichtschulzeit sofort in den Job. Und auch der Anteil der auf die Hochschule ziehenden Oberschüler ist in Japan groß. Wer das Abgangszeugnis einer renommierten Universität vorweisen kann, braucht sich über seine Karriere und Berufsaussichten keine Sorgen zu machen. Wer nur die Mittelschulreife mitbringt, wird sich meist mit einer unsicheren Arbeitsstelle in einem Kleinbetrieb ohne viel Aufstiegschancen begnügen müssen.

Das Lebensgefühl der jüngeren Japaner von 18 bis 25 Jahren unterscheidet sich beträchtlich von dem ihrer Eltern, die für den wirtschaftlichen Aufstieg ihres Landes seit den sechziger Jahren verantwortlich sind. Unter dieser älteren Generation ist zwar die auf der konfuzianischen Moral aufbauende Ethik der Vorkriegszeit - sie betonte die Treue zu den Herrschenden, Ehrlichkeit, Mut und Bescheidenheit - schon beträchtlich aufgeweicht. Die Älteren klagen oft, daß die heutige Jugend egoistisch und materialistisch sei und keine klaren Lebensziele habe. Es sei dies eine „gleichgültige Generation“, die sich ihrer Arbeitsgemeinschaft und der Gesellschaft nur noch lose zugehörig fühle.

Laut einem von der Regierung Ende 1985 veröffentlichten „Weißbuch über die Jugend“ erklärten 90 Prozent, sie seien mit ihrem Los recht zufrieden und auch ganz glücklich. Dabei spielen die steigenden Einkommen, der erhöhte Lebensstandard und die Zunahme der Freizeit wichtige Rollen. Die meisten jungen Leute bevorzugen auch den leichten Weg, um etwas zu erledigen. Es fehlt ihnen an Geduld und Ausdauer und sie versuchen, ihre Wünsche ohne große Anstrengungen zu verwirklichen. Gleichzeitig ist ein Niedergang der Arbeitsmoral zu verzeichnen.

1958 war noch jeder zweite unter 24 Jahren bereit, „alle Kräfte für den Staat und die Firma einzusetzen“, im letzten Jahr waren es nur noch sechs Prozent. Auch eine kürzliche Umfrage der staatlichen Rundfunkgesellschaft NHK deutet auf Wechsel im Verhaltensmuster der reiferen Jugend hin. 70 Prozent erklärten, sie ließen sich nicht gern von anderen Befehlen geben, und 71 Prozent meinten, sie wollten ein möglichst sorgenfreies Leben führen. 51 Prozent äußerten, sie würden alles auf sich zukommen lassen und sich erst dann entscheiden, wenn es nötig sei.

Die Personalchefs japanischer Firmen haben festgestellt, daß ein neuer Typ junger Stellungsuchender an ihre Türen klopft. Er ist praktischer und ungewohnter als sein Vorgänger in den siebziger Jahren. Vor allem

ist er auch alles andere als ein Ausbund an Bescheidenheit, sondern macht seine Gehaltsansprüche mit Sicherheit geltend. Damit hat der westliche Individualismus auch in Japan den Fuß schon in der Tür.

Auch das Konsumverhalten der jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren ist ganz anders als das ihrer Eltern und stark von dem Drang geprägt, die Persönlichkeit des einzelnen auszudrücken. Waren die Japaner in der Vorkriegszeit noch dazu angehalten, ihren Eltern und Herrschern zu gehorchen und in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Gesellschaft zu handeln, so ist das „Lebensgefühl“ der Jugend zunehmend individualistisch.

Nach der alten konfuzianischen Ethik gründete sich das Leben des Volkes auf der Familie. Deren Grundlage war die ehrfürchtige Liebe des Kindes und die gültige Liebe der Eltern. Das Kind verhängte die Fortdauer der Familie, die von den Vorfahren begründet wurde und ewig fortbestehen sollte. Trotz des Wandels der letzten Jahrzehnte - der Übergang zur Kleinfamilie, Landflucht und Industrialisierung, verschärfter Bildungswettbewerb, Materialismus und Verflachung der zwischenmenschlichen Beziehungen - sind die Familienbande aber immer noch verhältnismäßig fest.

Bei Problemen hilft der Rat der Mutter

Aus einer Umfrage der staatlichen Management- und Koordinationsagentur Mitte letzten Jahres geht hervor, daß knapp 90 Prozent der jungen Menschen zwischen 15 und 23 Jahren keine oder nur sehr wenige Probleme beim Zusammenleben mit ihren Familien hatten. Im Falle von persönlichen Schwierigkeiten fragten 37 Prozent ihre Mütter und 19 Prozent ihre Väter um Rat. 26 Prozent erklärten sich bereit, für ihre Eltern im hohen Alter zu sorgen.

Etwas mehr als 90 Prozent aller Japaner heiraten. Das häufigste Alter für Eheschließungen ist bei Männern 29 und bei Frauen 25 Jahre. 85 Prozent aller Ehen basieren - so ergibt eine Umfrage - auf „Liebesheiraten“. Dabei sind allerdings Eheschließungen mitgerechnet, bei denen die ersten Kontakte von der Familie arrangiert waren. Der Rest entfällt auf vermittelte Ehen.

Da immer mehr junge Frauen in den Arbeitsprozeß eingegliedert sind, wird das Kinderkriegen einge-

schränkt oder aufgeschoben. Nur noch knapp ein Drittel aller jungen Frauen waren der Meinung, daß ihr Platz vorrangig zu Hause sei. Die Scheidungsziffer ist in den letzten Jahren gestiegen, sie lag 1985 bei 13,9, das war allerdings erst etwa ein Viertel derer in den USA.

Sport, Spiel und Reisen gehören laut dem letzten „Weißbuch“ von 1983 des japanischen Freizeit-Entwicklungs-Zentrums zu den beliebtesten Hobbies und Freizeitbeschäftigungen junger Japaner.

Reisen, Discos und Botanische Gärten

In der Reihenfolge der Beliebtheit handelte es sich um Inlandsreisen, Autotouren, Karten- und Brettspiele, Besuche von Bars, Discos oder Nachtclubs, Wandern, Schwimmen, Besuche von Zoos, botanischen Gärten und Museen, Gartenarbeit, Besuche von Vergnügungsparks, Anhören von Musik, Fernsehen, Lesen von Comics, Besuch von Spielhallen, Kinobesuch, Tennis, Kegeln, Stricken oder Wehen, Jogging, Aerobic, Besuch von Sportveranstaltungen und Besuch von Messen oder Ausstellungen.

Nur ein verschwindend kleiner Teil der japanischen reiferen Jugend läßt etwas von gewalttätiger Auflehnung gegen das Establishment. Das politische Engagement der breiten Mehrheit ist schwach. Auch das Nationalgefühl ist längst nicht mehr so stark ausgeprägt wie in Vorkriegszeiten. Laut der Untersuchung der Management- und Koordinationsagentur erweisen nur 64 Prozent dem Sonnenbanner, der japanischen Nationalflagge, Achtung. Und nur 16 Prozent erklärten, daß sie sich mit aller Kraft für die Interessen ihres Landes einsetzen würden. Andererseits verurteilten 77 Prozent die Praktik, bei Wahlen Stimmen mit Geld zu kaufen.

Die jungen Japaner sehen sich innerhalb ihrer Umgebung mit passabler Zufriedenheit. Laut „Weißbuch über die Jugend“ ist die Mehrheit der Jugendlichen gefühlsmäßig auf Harmonie und Vermeidung von Konflikten ausgerichtet. Während sich 60 Prozent mit ihrer Arbeit und über ihre Firma recht zufrieden äußerten, erklärten sich 55 Prozent mit der bestehenden Gesellschaft im Einklang. 45 Prozent kritisierten die japanische Gesellschaft, weil das, was sie für richtig und gerecht hielten, nicht verwirklicht sei.

Es folgt: Die Jugend in der Sowjetunion

Ein Egozentriker verteilt seine Zensuren

Viele Jahre saß Klaus Bölling als Regierungssprecher „innen“. Was er „von außen“ betrachtet, ist enttäuschend. Eine Buchreportage.

Von PETER PHILIPPS

Am Buchstand in den Wandelgängen des Nürnberger SPD-Parteitag regte sich ein Delegierter auf: Ein 340 Seiten starkes Buch, in wenigen Exemplaren dort, leicht übersehbar gestapelt, war für ihn zum Stein des Anstoßes geworden; es habe auf diesem Rau-Parteitag nichts zu suchen. Denn diesem Werk waren Vorabdrucke vorausgeschickt, hatten öffentlich den Schluß der Partei mit dem Kanzlerkandidaten gestört.

Es ging dem Genossen um Klaus Böllings „Bonn von außen betrachtet“ (Deutsche Verlags-Anstalt, 28 Mark). Der Autor selbst war - aus Angst vor verbaler Prügel? - erstmals auf einem Parteikongreß nicht anwesend. Nur sein Werk und die darin auch enthaltenen Sottisen über den „guten Menschen aus Wuppertal“ ist in Nürnberg präsent.

Die Aufregung des Sozialdemokraten vor dem Buchstand war überflüssig. Denn neben einigen nachdenkenswertem Betrachtungen wird es vor allem durchgezogen von einer breiten Spur aus Larmoyanz eines unter Lieb- und Bedeutungsverlust Leidenden; aus nachträglicher Rechtfertigung früheren Tuns und der Zurschaustellung, über welche intimen Herrschaftswissen er verfügt hat. Es sind weniger Betrachtungen von außen als eine breitangelegte Apologie für sich selbst und den letzten sozialdemokratischen Bundeskanzler.

„Ich habe selber lange genug im Glashauss gesessen“, formuliert der Autor da in ungebrochener Eitelkeit, „habe mich immer bemüht, nicht zu oft den vorgestanzten Redensarten aufzusitzen, aber dem ist schwer zu entkommen.“ Wen interessiert dies heute noch? Wahrscheinlich nicht einmal den „Lieben H.“, wenn es ihn denn geben sollte, der als Adressat der in Briefform gehaltenen Bölling-Gedanken herhalten muß.

Daß der ehemalige Regierungssprecher und Journalist ein intelligenter und eleganter Formulierer ist, ist nicht zu bestreiten. Daß er einer der besten Regierungssprecher in Bonn war, ebenso wenig. Doch dies streift noch keine hinreichenden Voraussetzungen für ein gutes Buch. Der Leser muß das wirklich Lesbare suchen, ausbleiben, wie der Goldgräber das gelbe Metall aus dem Flußsand.

Zumindest überraschend ist das, was da von einem Immer-nach-Sozialdemokraten über Franz Josef Strauß zu Papier gebracht worden ist: „Dieser Republik (wird) etwas wichtiges vorenthalten geblieben sein, wenn Strauß eines Tages aus der aktiven Politik aussteige, ohne in Bonn noch einmal auf die nationale Politik in einem wichtigen Amt eingewirkt haben zu können.“ Und: „Eigentlich ist das zu bedauern“, daß das Amt des

Bundeskanzlers für Strauß „mittlerweile unerreichbar“ geworden sei. „Denn Strauß ist nun einmal einer der ganz wenigen großen, strategisch denkenden Köpfe in dieser Bundesrepublik, und ich war, bei allen kritischen Vorbehalten, immer davon überzeugt, daß er seine CSU tatsächlich als eine christlich-soziale Volkspartei begreift.“

Es ist wohl die spätestens seit Thomas Mann zum literarischen Thema gemachte Bewunderung der blutarmen, dünnhäutigen Intellektuellen für die kräftigen, selbstbewußten „Kerle“, die Bölling da die Feder führt: Schmidt über alles; ansonsten füllt nur noch Strauß seinen Ton mit Inbrunst. Kohl und Rau, mit beiden kann er nichts anfangen. Vogel, wenn auch in anderer Weise, hält er gerade noch für kanlerfähig.

Überraschendes Urteil über Zimmermann

Und noch eine Überraschung verbirgt sich in den 240 Seiten: „Da ich Innenminister Friedrich Zimmermann einigermaßen einschätzen zu können glaube, in ihm einen Gesinnungskonservativen erkenne, der in einigen wenigen Zusammenhängen sogar einer freilich begrenzten Liberalität fähig ist“, usw.

Böllings Problem, das er offenbar immer noch nicht bewältigt hat, liegt - neben mehr privaten Schwierigkeiten - vor allem darin, daß sich niemand mehr so recht für seine Meinung interessiert. So schrieb er an einen erdachten Freund, aber der Inhalt dieser „Briefe“ sagt mehr über ihn selbst als über die von ihm Beschriebenen aus. Sie werden nicht lange zur Kenntnis genommen werden.

SPD-Chef Brandt ging in Nürnberg gerade nur mit einem Halbsatz auf das „Böllern aus den Kulissen“ ein. Er ist „in sich gegangen“, hört man von seinen Freunden. Er fühlt sich mißverstanden von aller Welt, habe doch Rau nichts Böses antun wollen. Aber da stehen nun Sätze wie diese schwarz auf weiß: „Was soll ein am Scheitern dieser Republik gedanklich und mit Gefühlen anteilnehmender Bürger mit dem Rau'schen Hirtenwort Versöhnen, statt Spalten den anfangen? Die Auseinandersetzung mit dem politischen Widersacher ist nicht in der Manier eines Billy Graham zu hestrennen.“ Da hat er recht, nur als Billy Graham hätte Rau auch in Nordrhein-Westfalen keine absolute Mehrheit gewonnen. Hinter dem Mann muß ja noch mehr stecken.

Und welche Überheblichkeit spricht auch aus folgendem Abschnitt des Buches: „Bilin hat menschliche und gedankliche Substanz; ist, nach meinen Eindrücken, das Gegenteil eines Schönwetter- und Stomlinien-DEMOKRATEN.“ Und dem IG-Metall-Vorsitzenden Hans Mair fehle „das blühende Mut“, junge Delegierte auf dem Gewerkschaftstag bei ihren Angriffen auf ihn zu hremsen.

Und dann immer wieder: ich, ich, ich. Ein Egozentriker verteilt als selbsternannter Oberlehrer seine Zensuren über andere, die im Verlauf eines langen Lebens mit Leistung ihre Fähigkeiten bewiesen haben.

Klaus Bölling Bonn von außen betrachtet



Für 24 Mark ein Blick von außen nach innen. FOTO: OIE WELT



Schlange stehen für einen Spitzenjob: 2,2 Millionen Japaner studieren an 1024 Universitäten und Colleges. FOTO: OPA

„Während des Fluges ruhe ich mich aus und tanke Kraft für meine Verhandlungen. Deshalb fliege ich - wenns geht - mit FINNAIR.“

Die FINNAIR Executive Class ist die Klasse für Geschäftsreisende. Mit bequemen Sitzen und mehr Beinfreiheit in einem separaten Abteil. Mit 30 kg Freigepäck pro Person. Mit vorzüglicher Küche, Champagner und erlesenen Weinen. Mit Europe-City-Club-Lounge am Flughafen Frankfurt. Mit Executive-Schalter und -Lounge am Flughafen Helsinki. Und als besonderer Service: Check-In-Möglichkeit im Hotel Intercontinental Helsinki. Saviel mehr Komfort zum Normaltarif sollten Sie sich leisten.



Wolfgang Wiegand, Geschäftsführer, Industriewerk, Rheinböllen GmbH

NEU! Ab Helsinki jede Woche: 1x BANGKOK-SINGAPUR 2x TOKYO

TAGLICH AB FRANKFURT UND HAMBURG. NONSTOP nach HELSINKI	
FRA 09.40 - 13.10	FRA 07.00 - 08.30
HAM 14.30 - 17.20	HAM 08.00 - 08.55
FRA 21.10 - 00.40	FRA 18.05 - 19.40

Flüge nach und von Finnland im Pool mit Lufthansa

Buchungen und weitere Informationen in Ihrem Reisebüro. **FINNAIR** Komfort den Sie brauchen

Gewerkschaft gegen Idee einer Ergänzungsabgabe

ARNULF GOSCH, Bonn

Als falschen Weg zu einer wirksamen Steuerentlastung aller Steuerzahler hat die Deutsche Steuer-Gewerkschaft den steuerpolitischen Teil der Rede von SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau auf dem Nürnberger Parteitag kritisiert. So könne „soziale Gerechtigkeit“ im Steuerrecht nicht über eine Ergänzungsabgabe erreicht werden, sondern ausschließlich über einen sozialen Schnitt des Steuertarifs, meinte Gewerkschaftsvorsitzender Werner Hagedorn gestern in Bonn. Die Ergänzungsabgabe habe schon in den siebziger Jahren als Rezept zur Stärkung der Sozialstruktur des Steuerrechts versagt. Als Fremdkörper im Einkommensteuerrecht wirke sie zudem allen Bestrebungen zur Steuervereinfachung und zur größeren Transparenz des Steuerrechts entgegen.

Ebensowenig sei eine steuerfreie Investitionsrücklage als Instrument

QUICK hat Ihnen mehr zu sagen. Zum Beispiel:

AIDS-Babys in Deutschland: Zum Sterben geboren

Allein in Berlin leben 30 Babys und Kleinkinder, die mit dem AIDS-Virus infiziert sind. Und es kommen ständig neue hinzu. Sie finden kaum einen Pflegeplatz, obwohl gerade sie viel Liebe und Zuneigung brauchen. Einen Mann hat dieses Schicksal so ergriffen, daß er seinen Beruf als Kaufmann aufgab und nur noch für die todgezeichneten Kinder lebt. QUICK besucht diesen Mann und sah, mit wieviel Liebe und Geschick er sich mit seinen Pflegekindern beschäftigt. QUICK dokumentiert in Wort und Bild, wie ein Mann sich aufopfert, um verzweifelte Hilfe zu leisten.

QUICK steht für Qualität!

der Wirtschaftslenkung geeignet. Anstatt steuerliche Subventionen abzubauen, würden neue geschaffen, allerdings mit kontraproduktiven Effekten: Gefördert würden betriebswirtschaftlich unvernünftige Investitionen, befreit wäre erneut das Steuerrecht mit komplizierten Regelungen. Gangbare Wege zu einer wirksamen Steuerentlastung würden verbaut.

Weiter vermißt die Steuer-Gewerkschaft im SPD-Konzept einen Hinweis auf die Ausschöpfung der vorhandenen Steuerquellen durch eine funktionstüchtige Steuerverwaltung, die zusätzliche Manövrierermasse für eine wirksame Steuerentlastung schaffen könne. Eine Stärkung der Steuerverwaltung wäre nicht zuletzt ein besonders effektives Instrument für mehr soziale Gerechtigkeit im Steuersystem.

Unternehmer kritisieren EKD

idea, Mari

Hefige Kritik an den Sanktionsforderungen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gegen Südafrika hat jetzt der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer (AEU) geübt. Der Rat der EKD hatte sich Ende Juli in einem Beschluß für „gezielte, kalkulierte Sanktionen“ ausgesprochen. In einer Stellungnahme der Unternehmer heißt es, Wirtschaftssanktionen seien „Maßnahmen der Gewalt“. Es könne aber auf keinen Fall Angelegenheit der evangelischen Kirche sein, zu Gewalt gegenüber Staaten mit „anderen Rechts- und Wirtschaftsformen als den unseren aufzurufen“.

Nach Ansicht des Arbeitskreises unter Vorsitz von Max Dietrich Kley, der auch der Synode der EKD angehört, führen Sanktionen mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Verschärfung der Fronten zwischen Schwarz und Weiß und „damit zu grausamen Auseinandersetzungen, die die heutigen Gewaltanwendungen auf beiden Seiten bei weitem übersteigen“ werden. Die EKD könne sich nicht für einen solchen Weg entscheiden, „angesichts der Tatsache, daß friedliche Wege zur Überwindung der südafrikanischen Probleme nicht endgültig verschlossen sind“.

Gegenüber dem ständig wachsenden Beitrag gerade der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland zur Verbesserung der Lage der Schwarzen und zu ihrer Integration in die Betriebe bleibe der Beitrag der Kirche selbst zur Überwindung der Apartheid in den protestantischen Kirchen Südafrikas „erstaunlich gering“.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Der schnellstmögliche Verzicht auf die Kernenergie war gestern auf dem SPD-Parteitag nicht strittig. Peinliche Fragen von Gewerkschaftern und ungenügende Antworten der Genossen gab es aber wegen der beschäftigungspolitischen Auswirkungen eines solchen „Umstiegs“.

Der dritte Tag in Nürnberg wurde zum Tag der „Enkel“

P. PHILIPPS/Mk. Nürnberg
Der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel machte vor gestern morgen den Auftakt des dritten Verhandlungstages auf dem Nürnberger SPD-Kongreß, als er seinen Bericht „über die Arbeit der Bundesstaatsfraktion seit dem Essener Parteitag 1984“ vorlegte, aber dann wurde es zum Tag der von Brandt einmal entsprechend titulierten „Enkel“.

Volkmar Hauff begann, als er den Antrag zum Ausstieg aus der Kernenergie begründete – und dann waren die Genossen wieder den ganzen Tag bei ihren alten Lieblingsthemen: Als Atomgegner, Energie-Disputanten, Welt- und Verteidigungspolitiker. Daß man „so schnell wie möglich auf den Einsatz der Kernenergie verzichten“ solle, wie es ÖTV-Chefin Monika Wulff-Matthies vor den Delegierten formulierte, war naturgemäß nicht strittig, wäre es wohl auch auf anderen Parteitag nicht. Die Diskussion begann bei den Fragen nach den beschäftigungswirksamen Auswirkungen eines „Umstiegs“, vor allem aber bei der Frage, wie seriös ein Zehn-Jahres-Zeitplan als feste Zielgröße wirklich ist. Das Urteil der Gewerkschaftsführungen, in deren Reihen eben auch die Angestellten der Kernenergieindustrie organisiert sind, fiel mit wenigen Verbrämungen eindeutig aus: „Weder das Papier

selbst, noch andere Hinweise tragen heute einen so konkreten Zeitplan“, wie ihn die Hauff-Kommission vorgelegt habe. Und es sei auch eine „noch eingehendere Analyse der beschäftigungswirksamen Auswirkungen“ erforderlich, es müßten „konkret Beschäftigungs-Alternativen“ aufgeführt werden.

Hermann Rapper, der am Sonntagabend vor Parteitagbeginn den „Seeheimer Kreis“ gemäßigt rechter Sozialdemokraten gemeinsam mit Hans Apel darauf eingeschworen hatte, trotz aller Bedenken den Hauff-Papier zuzustimmen, wurde während der Debatte im Plenum ebenfalls sehr deutlich: „Ein Schließen der Kernkraftwerke in der Bundesrepublik allein bringt an Sicherheit nichts“, habe aber erhebliche Auswirkungen beispielsweise auf die interationale Konkurrenzfähigkeit des Landes.

Schwierigkeiten vor Ort

„Innere Interessiere „der Beginn“ des Ausstiegs aus der Kernenergie, „die Zahlenzahl am Ende des Weges ist ziemlich uninteressant“. Die Partei habe darauf zu achten, daß auch hier „mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes kein Spiel“ getrieben werde. Und sie solle nur „das formulieren, was

wir auch in einigen Jahren noch als Eckpunkte formulieren können.“ Mehr als eine Orchidee trat auch ein Betriebsrat aus der Kernenergie-Wirtschaft ans Mikrofon und appellierte an die Genossen, mit den Ausstiegsplänen zugleich auch „den Arbeitnehmern Perspektiven aufzuzeigen, wo und was sie dann arbeiten sollen“. Er beschrieb die Schwierigkeit sozialdemokratischer Betriebsräte vor Ort solche Parteitagbeschlüsse zu vertreten. Aber er hatte wohl bereits vorher resigniert: „Dinge, die vorprogrammiert sind sind nicht mehr änderbar.“ Und in der Tat: Nach 23 Diskussionsbeiträgen wurde der Ausstiegsplan mit zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen. „Enkel“ Hauff konnte strahlend die Glückwünsche von Johannes Rau und Willy Brandt auf der Vorstandstribüne in Empfang nehmen.

Am Tag zuvor war bis in den späten Abend hinein über die Steuerpolitik diskutiert worden. Der finanzpolitische Sprecher der SPD, Hans Apel, präsentierte dabei den Antrag des Parteivorstandes für eine Steuerreform, die im wesentlichen auf eine Entlastung für kleinere Einkommen durch eine Anhebung des Grundfreibetrages und der unteren Proportionalzone hinausläuft. Eine Änderung des Spitzensteuersatzes lehnte er ab.



Trägt ausmehr die Last der Verantwortung: Kandidat Rau

Rau: In den USA Verachtung für Ergebenheit

DW. Nürnberg

Kanzlerkandidat Johannes Rau hat in seiner Rede vor dem SPD-Parteitag in Nürnberg auch zum Verhältnis zu Amerika und zur Sicherheitspolitik Stellung genommen. Die WELT dokumentiert Auszüge:

„Ich bin ein Freund Amerikas. Freundschaft heißt Gleichberechtigung. Es ist meine Erfahrung mit Amerika: Dort gibt es für Ergebenheit keinen Rabatt, sondern nur subtile Verachtung... Wer nirgendwo nein sagt, muß bald alles mitmachen. SDI ist ein Beispiel dafür. Wir werden die SDI-Abkommen kündigen... Die gegenwärtige Bundesregierung hat ihr Verhältnis zu Amerika nie wirklich geklärt... Es geht um die Freiheit durch das Bündnis und um die Freiheit im Bündnis... Freiheit im Bündnis – das ist das Gegenteil von Unterwerfung, von Anpassung, von Duckmäusertum...“

Im Bündnis will ich eintreten für eine zweite Phase der Entspannungspolitik, die vier Elemente enthalten soll: Die Abrüstung atomarer und chemischer Waffen in Mitteleuropa; die Stabilisierung der konventionellen Kräfteverhältnisse auf einer möglichst niedrigeren Ebene... Unser Ziel ist eine europäische Friedensordnung, die die Machtblöcke übergrift und schließlich überwindet... Wir fordern von den USA einen Aufstellungsstopp und die Rücknahme der Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles; von der UdSSR den Abbruch der im Gegenzug in der DDR und CSSR aufgestellten Raketen und eine drastische Verminderung der SS-20-Raketen mindestens auf den Stand von 1979... Wir wollen einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa als Vorstufe zu einem atomwaffenfreien Europa... Wir streben eine chemiewaffenfreie Zone in Europa an als Schritt... Als ersten Schritt für die Begrenzung der Verteidigungsausgaben will ich den Verteidigungshaushalt auf den Anteil zurückfahren, den er im letzten Jahr der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung hatte.“

Kritik an Bonns Steuerpolitik

Der Steuerexperte Dieter Spöri meinte, „die Umverteilung von unten nach oben“ sei noch nicht beendet. Die Bundesregierung verschiebe die Steuerlast immer stärker auf die Millionen Facharbeiter und Angestellten, die kleinen und mittleren Beamten. Sie würden auch überdurchschnittlich Verbrauch- und Mehrwertsteuer zahlen. Der haushaltspolitische Sprecher, Helmut Wiecek, mahnte seine Partei, das Wort von der Staatsverschuldung und von den drohenden negativen Folgen nicht zu leicht zu nehmen.

Bonn schränkt „Transitprivileg“ ein

Maßnahmenkatalog gegen Mißbrauch des Asylrechts / Krisensituation kein Anerkennungsgrund

DIEHART GOOS, Bonn
Mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog, den das Bundeskabinett gestern beschlossen hat, will Bonn das Problem steigender Asylbewerberzahlen in den Griff bekommen. Die Beschlüsse, die Bundeskanzler Kohl der Öffentlichkeit vorstellte, zielen darauf ab, den Mißbrauch der Asylbestimmungen des Grundgesetzes einzuschränken. Politische Flüchtlinge sollen weiterhin Asyl in der Bundesrepublik Deutschland finden können. Mehrere Beschlüsse richten sich gegen Scheinasylanten, die besonders über den Flughafen Frankfurt/Main in die Bundesrepublik kommen. Die Maßnahmen setzen Gesetzesänderungen voraus:

- Das Transitprivileg wird eingeschränkt. Reisende aus Staaten wie Libanon, Syrien, Ghana, Pakistan und Bangladesch benötigen künftig auch für die Zwischenlandung auf einem Flughafen im Bundesgebiet ein Transitvisum, um die Maschine verlassen zu können.
- Fluggesellschaften und Schiffsreedereien müssen Strafe zahlen, wenn sie – unabhängig vom eigenen Verhalten – Ausländer ohne die erforderlichen Einreisepapiere in das Bundesgebiet befördern. Die Kontrollen der Grenzbehörden zur Einhaltung dieser Bestimmung werden verschärft.
- Die Beförderungsgesellschaften müssen Ausländer auf eigene Kosten wieder außer Landes zu bringen, die

im Bundesgebiet ohne rechtliche Voraussetzung Asyl beantragt haben.

- Fluggesellschaften und Reedereien können auch verpflichtet werden, zurückgewiesene oder abzuschiebende Ausländer in ihr Herkunftsland zurückzutransportieren oder in den Staat zu bringen, der ihren Paß ausgestellt hat oder aus dem sie in das Bundesgebiet eingereist sind.
- Die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland in den Problemländern erteilen Sichtvermerke für die Bundesrepublik restriktiv. Die Gültigkeit der Visa wird auf ein bis zwei Monate beschränkt.
- An Grenzübergangsstellen mit einem hohen Aufkommen an Asylbewerbern wird der Grenzschutzdienst verstärkt. Die Beamten sollen damit besser prüfen können, ob tatsächlich ein Asylbegehren vorliegt.
- Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zimmern mit seinen Außenstellen erhält etwa 100 zusätzliche Fachkräfte. Damit sollen die Asylverfahren beschleunigt werden. Die neuen Beamten werden aus Bundesministerien und Bundesbehörden mit Zeitverträgen abgeordnet.
- Bei der Prüfung von Asylanträgen bleiben Umstände unberücksichtigt, die ein Ausländer erst nach seiner

Flucht geschaffen hat, um die Anerkennung als politischer Asylantrag zu erreichen („Nachfluchtgründe“).

- Wer sich vor der Einreise in die Bundesrepublik bereits drei Monate in einem anderen Staat aufgehalten hat, kann keine politische Verfolgung in seinem Heimatland geltend machen.
- Asylsuchende, die sich vor der Einreise in die Bundesrepublik bereits länger als drei Monate in einem EG-Staat, in Österreich, der Schweiz, Schweden oder Norwegen aufgehalten haben oder in einem anderen Staat vor politischer Verfolgung sicher waren, können an der Grenze zurückgewiesen werden.
- Nach dem neuen Asylverfahrensgesetz sollen Asylanträge in solchen Fällen unbegründet sein, wenn um Asyl in der Bundesrepublik nur aus wirtschaftlichen Gründen nachgesucht wird. Auch wenn der Asylantrag mit allgemeiner Notsituation begründet wird oder kriegerische Auseinandersetzungen im Heimatland vorgebracht werden, soll dem Begehren nicht stattgegeben werden.
- Die Bundesregierung erwartet, daß sich diese verschärften Bestimmungen schnell in den Heimatländern potentieller Wirtschaftsasylanträge herausprägen und die Zahl der Scheinasylanten damit drastisch sinkt. Auch den Schlepperorganisationen soll mit diesen Maßnahmen begegnet werden.

Gölter warnt die SPD

Mainzer Kultusminister befürchtet bildungspolitische Verschärfung

Nea, Mainz

Der rheinland-pfälzische Kultusminister Georg Gölter (CDU) befürchtet für die nächsten Jahre eine wesentliche Verschärfung der bildungspolitischen Auseinandersetzungen zwischen SPD und unionsregierten Bundesländern. Der Grund liegt darin, daß die „Veränderung“ in der SPD und der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (GEW) offenbar ungeduldig geworden seien und „ihre“ Minister neuerdings stark unter Druck setzten.

Diese Kräfte, so Gölter, hätten es ihren Parteifreunden in der Kultusministerkonferenz nie verziehen, daß sie sich etwa wie bei der Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse 1982 immer wieder um der Gemeinsamkeit des bundesdeutschen Schulwesens willen auf Kompromisse eingelassen haben.

Ziel dieser Bemühungen ist es nach Gölters Ansicht, an Feindenden der 70er Jahre wieder anzuknüpfen: Abschied von Leistungsorientierung, Differenzierung und einem gegliederten Schulwesen, das jedem nach seinen Fähigkeiten gerecht zu werden versuche; stattdessen die alte, klassen kämpferische Forderung nach der Einheitsschule für die zehn- bis 16jährigen unter dem Dach der integrierten Gesamtschule, für die 17- bis 19jährigen unter dem Dach der sogenannten Kollegschule, in der drei Schuljahre bekanntlich sowohl das Abitur mit Hochschulreife, als auch

eine berufliche Qualifikation erworben werden soll.

Die Länder mit einer Unionsmehrheit hätten dagegen, so Gölter, mehrfach Nachgiebigkeit bewiesen, etwa im Falle der Kollegschule, als Nordrhein-Westfalen nachträglich nach langen Tauziehen um eine Anerkennung noch zwei dieser Schulen zusätzlich „aus der Schublade“ gezogen habe. Wegen zweier zusätzlicher Schulen habe man die Einheitlichkeit der Abschlüsse in der Bundesrepublik nicht gefährden wollen. Wenn nun aber Nordrhein-Westfalen, wie manche voraussehen, im kommenden Jahr weitere fünf dieser Bildungsanstalten etabliert, sei für die Union die Schmerzgrenze überschritten. Die Folge werde sein, daß an den Universitäten der Unionsländer das „Abitur“ der nordrhein-westfälischen Kollegschulen nicht mehr anerkannt werde. Auf lange Sicht werde damit eine Zerschlagung des gesamten Schul- und Hochschulwesens in der Bundesrepublik je nach politischer Mehrheit unausweichlich.

Der Minister hält eine solche Entwicklung auch deshalb für sehr gefährlich, weil der voraussehbare Studentemangel in den 90er Jahren ohnehin zu einer „Sortierung“ nach Leistung führen werde. Abiturienten von leistungstärkeren Gymnasien würden sich dann von selber an den berühmten Universitäten sammeln, die sich ihre Studenten aussuchen könnten. Für die kleinen und jungen Hochschulen bliebe der Rest.

Alle „DDR“-Ersttagsbriefe gehen postwendend zurück

RALPH LORENZ, Bonn

Vertauschte Fronten im innerdeutschen Briefmarkenkrieg: Diesmal ist es die Deutsche Bundespost, die Briefe zurückweist – und das auch erst zum zweiten Mal im 40-jährigen Briefmarkenkrieg. Die nach SED-Art markierte 20-Pfennig-Marke „25 Jahre antifaschistischer Schutzwall“ ist für sich genommen schon Argernis genug, jedoch noch unterhalb der im Bonner Postministerium gesetzten formalen Reizschwelle. Denn im Hause Schwarz-Schilling will man nicht auf Kosten des innerdeutschen Briefverkehrs den von der „DDR“ zackig betriebenen philatelistischen Grabenkrieg verlängern.

Erst die Tatsache, daß Ost-Berlin seine anrüchliche Ideologiedruck-Marke mit der provozierend wiederholten Kuvert-Aufschrift „25 Jahre antifaschistischer Schutzwall“ auch noch als Ersttagsbrief herausgibt, ist für die Bundespost Anlaß, sich auf „Paragraf 13, Absatz eins, Nummer drei, Postordnung“ zu berufen. Demzufolge dürfen Briefumschläge nicht mit politischen Aussagen bedruckt werden. „Das ist schon ein Hammer“, läßt sich Schwarz-Schillings Pressesprecherin Barbara Schagen amtsdeutsch-unbillig vernehmen.



Zum zweiten Mal weist die Bundespost im 40-jährigen Briefmarkenkrieg mit der „DDR“ eine Mauer, Gedenkbriefmarke zurück. Während Bonn abgestuft reagiert, blockt die „DDR“ generell ab. So wurde die Vertriebenenmarke (rechts) im vergangenen Jahr 40.000fach abgewiesen.

Während Volksarmisten gleich paarweise „im toten Winkel“ über die Mauer klettern und erst gestern der Fluchtversuch eines „DDR“-Zivilisten in den Westberliner Ortsteil Frohnau scheiterte, macht das Regime in Ost-Berlin das Mauerjubiläum zur idyllisch anmutenden Briefkopftierde. Das Motiv zeigt drei bewaffnete „Vopos“ mit schäkern Volksgenossen vor dem Brandenburger Tor – auf dem knietätig wieder-überproportional im ideologischen Gegenwind die Hammer- und Zirkelfahne. Statt Stachelndrat ge-

zackter Briefmarkenrand, 4200 dieser Ersttagsbriefe sind postwendend über die sogenannten Austauschpostämter Hamburg, Hannover, Berlin, Bad Hersfeld und Hof an die DDR-Adressen zurückgegangen. Es trifft somit nur die „DDR“-Briefmarkensammler, denen die Bundespost nicht noch den Gefallen erweisen will, mit der üblichen Entwertung das Poltpapierchen aufzuwerten. Der Briefverkehr (durchschnittlich 4,2 Millionen Sendungen im Monat) ist somit minimal betroffen.

Anders dagegen die „DDR“: Die

mit der versöhnungsbetonnten Marke „40 Jahre Eingliederung heimatischer Deutscher“ frankierten Briefe aus der Bundesrepublik Deutschland wurden im vergangenen Jahr rigoros zurückgewiesen. Die Ideologen in Warschau und Ost-Berlin stempelten selbst diese friedlich-freundliche, stark abstrahierte Vertriebenenmarke „als revanchistisch ab. 44.000 Briefe erreichten ausgerechnet in der Vorweihnachtszeit nicht ihre Empfänger.“

Umso empfindlicher reagiert man in der SED, wenn mal Schwarz-Schil-



FDP fordert: Genscher bleibt Außenminister

AP, Stuttgart

Als „Bedingung“ für eine neue Koalition mit der CDU/CSU nach der Bundestagswahl hat FDP-Geschäftsführer Genscher Außenminister Genscher Hausmann wies damit die Forderung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zurück. Genscher als Außenminister abzulösen. „Nach über drei Jahren gemeinsamer Regierung ist der Zeitpunkt gekommen, wo man Abgrenzung gegenüber der Opposition und nicht innerhalb der Koalition vornehmen sollte“, sagte der FDP-Politiker. Hausmann wärde der CSU vor allem vor, gemeinsame Entscheidungen, wie zum Demonstrations- und Asylrecht, dauernd in Frage zu stellen.

Dormagen ignoriert Gerichtssentscheid

dpa, Dormagen

Die Ratsmehrheit in Dormagen im Kreis Neuss ist nicht gewillt, den Entscheidung des nordrhein-westfälischen Kultusministers Hans Schwir (SPD) und des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf zu folgen und eine von 118 Elternpaaren beantragte Gesamtschule in der Stadt einzurichten. Obwohl die Stadtträger in der vergangenen Woche noch einmal darauf hingewiesen worden waren, daß die vom Rat eingeleitete Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Münster keine aufschiebende Wirkung habe und die Schule bis zum Schuljahresbeginn am 8. September einzurichten sei, beschlossen die neun CDU-Ratsmitglieder und ein Zentrumspolitiker gegen die neun Stimmen der SPD wie zuvor, daß es in Dormagen keine Gesamtschule geben soll.

Höchstwahrscheinlich wird nun der Neusser Oberkreisdirektor den Stadtdirektor von Dormagen anweisen, den Gesamtschulbetrieb vorzubereiten, so daß die betroffenen Kinder zum Schuljahresbeginn ihre Klassen beziehen können. Das Oberverwaltungsgericht Münster wird in der kommenden Woche über den Schulstreit entscheiden.

Führte Ausländerhaß zur Brandstiftung?

hfk, Berlin

Die Zerstörung zweier leerer Asylantenzellen in Berlin Ende Juli steht vor der Aufklärung. Ein 16- und ein 18jähriger Berliner haben jetzt bei intensiven Vernehmungen durch Staatschutz-Beamte gestanden, die Zelle durch zwei „Molotowcocktails“ in Brand gesetzt zu haben. Ihr Motiv: Ausländerhaß und Ärger über die „Störung“ ihrer nächtlichen Gruppentreffen durch die Notquartiere. Beide erklärten jedoch, sie seien nicht von rechtsradikalen Motiven getrieben worden.

Die Explosion der Brandbombe hatte scheinbar Besorgnis über den Beginn einer Welle aggressiver Ausländerfeindlichkeit ausgelöst und die Diskussion um eine Regulierung des Asylbewerber-Fuß intensivierte.

Berlin stellvertretender Staatschutzchef Dieter Piete erklärte auf Anfrage der WELT, die Polizei sei durch Aussagen der Anwohner des Parks, in dem sich das Verbrechen abspielte, auf eine Gruppe von etwa zehn Jugendlichen aufmerksam geworden, zu der die beiden Geständigen gehörten.

Bischof gegen härtere Asylpraxis

rrt, Limburg

Als erster Repräsentant der katholischen Kirche hat sich der Limburger Bischof Franz Kamphaus gegen eine Änderung des Grundgesetzes als auch gegen eine Verschärfung der Abschiebepolitik ausgesprochen. In einem gestern vorveröffentlichten offenen Brief in der Zeitung „Der Sonntag“ schreibt Kamphaus, es sei ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, die soziale, kulturelle und politische Identität der Bundesrepublik Deutschland könne durch die Abschottung der Grenzen bewahrt werden. Zur Zeit werde übersehen, daß wesentlich ärmere Länder wesentlich höhere Flüchtlingzahlen verkraften müßten. Der Bischof wandte sich auch gegen eine Verschärfung der Abschiebepolitik.

Verlorene Schrauben kein Sicherheitsrisiko

AP, Mainz

Das bayerische Umweltministerium hat die Zustimmung zur Inbetriebnahme eines vorübergehend stillgelegten Blocks im Kernwerk Gundremmingen ebenfalls umfassende sicherheitstechnische Prüfung nach Angaben des Kernwerks ergeben, daß eine verlorene Schraube kein Sicherheitsrisiko stelle. Während einer Revision der Block abgeschaltet werden sollte, hatte man bemerkt, daß ein Armatur fünf von insgesamt Befestigungsschrauben und -bolzen gehörigen Sicherheitsblock. Bei einer Suchaktion wurden die Schrauben gefunden.

Esten rebellieren gegen Einsatz in Tschernobyl

Wehrpflichtige zwangsverschickt / Angst vor Strahlenschäden

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
Die Atomkatastrophe von Tschernobyl hat jetzt erstmals zu einem nationalen Konflikt innerhalb der Sowjetunion geführt. Esten, die dort zur Dekontamination eingesetzt und zwangsmobilisiert worden sind, sollen nach einem Bericht der sowjetischen Jugendzeitung „Norte Hääl“ rebellieren und die Arbeit verweigern. Auch in der Sowjetrepublik Estland selbst, so etwa in der Hauptstadt Tallinn (Reval), soll es zu Demonstrationen im Zusammenhang mit der atomaren Verseuchung und der Zwangsverschickung gekommen sein.

Ein Reporter berichtete aus Tschernobyl, daß estnische Wehrpflichtige zwangsweise ausgehoben und oftmals bei Nacht nach Tschernobyl abtransportiert worden seien. Sogar Musiker seien abkommandiert worden, um die eingesetzten Arbeiter zu unterhalten.

Die Esten müssen verseuchte Erde abtragen, das Laub der Bäume sowie Gebäudefassaden „waschen“ und auf diese Weise von der radioaktiven Verseuchung befreien. Sie tragen bei dieser Arbeit Atemschutzmasken. In dem Bericht heißt es, die Esten seien nur mit „Befehlen und Verboten“ konfrontiert worden. Es seien auch Männer nach Tschernobyl geschickt worden, die wegen ihres Alters oder wegen ihres Gesundheitszustandes eigentlich nicht dazu geeignet waren.

„Norte Hääl“ erwähnt dann nicht nur die klimatisch schwierigen Lebensumstände der ins Gebiet Tschernobyl abkommandierten Esten; Hitze am Tag, nächtliche Kälte, ein Leben im Zelt. Zugleich wird eingeräumt, daß eine Anzahl estnischer Arbeiter, die verstärkte Strahlung ausgesetzt war, nach medizinischen Untersuchungen nach Hause entlassen wurden. Auch Männer über 45 und Väter von mehr als drei Kindern würden

inzwischen vom Arbeitseinsatz befreit und könnten nach Hause fahren. Besonderer Unmut entstand bei den zwangsverschickten Esten, als die sowjetischen Militärbehörden die Dauer des Einsatzes von zwei auf sechs Monate ausdehnten. Dies habe wie eine kalte Dusche gewirkt. Der Reporter fügte an diese Feststellung den kritischen Satz: „Zu Hause (in Estland) werden die Menschen ständig belehrt, daß Versprechungen gehalten werden müssen.“

Schließlich ist von „extremer Bitterkeit“, „Empörung“ und „Verzweiflung“ unter den zwangsverschickten Esten die Rede. Auch von einem irrationalen Überkochen der Seelen ist die Rede, und der Satz, „diese Emotionen führten zu Ereignissen, deren Ausmaß und deren Resultate in den Erzählungen, die im Lande (Estland) kursieren, ernsthaft übertrieben wurden“, deutet auf schwere Zwischenfälle hin.

Viele der in Tschernobyl eingesetzten Esten, so heißt es weiter, fürchteten folgenreiche gesundheitliche Schäden - vor allem eine Zerstörung ihrer Fortpflanzungsfähigkeit durch die Atomstrahlung. Dies aber ist für Estland, dessen kleines Volk knapp eine Million Menschen zählt und von einer schlechenden Überfremdung durch die Russen bedroht ist, ein empfindliches Thema.

Die Esten sind sich des hohen Blutwerts wohl bewußt, den sie seit 1940 zahlen mußten, als sie gewaltsam unter sowjetische Herrschaft fielen. Nun kommt zu dieser Erkenntnis die bange Frage, ob Tschernobyl nicht einen weiteren Schlag für die biologische Substanz des estnischen Volkes bedeute.

Die staatlichen Medien haben jetzt eine Kampagne gegen die Atomtatsache gestartet. So spielte die „Prawda“ die Gefahr der Strahlenverseuchung herunter.

Blockfreie wollen mit Südafrika „abrechnen“

Am Montag beginnt der Gipfel in Harare / Kontroversen vorprogrammiert / Zimbabwe warnt vor Sabotageaktionen Pretorias

Von W. LÜTZENKIRCHEN

Mit schrillen Tönen stimmt die Regierung von Zimbabwe die Bevölkerung auf die Eröffnung der Gipfelkonferenz der Blockfreien am kommenden Montag in Harare ein. Dabei wird die Gefahr südafrikanischer Angriffe und Sabotageunternehmen in fast hysterischen Zügen beschworen.

Südafrika, so warnte der Minister für Staatssicherheit, Emerson Monaganga, sei darauf aus, die Gipfelkonferenz zu sabotieren. Als mögliches Ziel einer südafrikanischen Aktion nannte der Minister die neue Satellitenempfangsstation in Mazowe, 40 Kilometer nördlich von Harare, die Zimbabwe erstmals einen internationalen Telefon- und Telexverkehr und Fernsehübertragungen unter Umgehung Südafrikas ermöglicht. Sie ist das Herzstück des gesamten für die Blockfreien-Konferenz eingerichteten Kommunikationsapparates.

Die Regierung in Harare und die Veranstalter der Gipfelkonferenz sehen noch weitere Risiken. So könnte Pretoria die Abhängigkeit Zimbabwes vom südafrikanischen Verkehrsnetz ausnutzen und den Transport von Versorgungsgütern und die Beförderung von Fluggästen nach Harare empfindlich stören. Mit Handels- und Verkehrssanktionen könne Südafrika einen Versorgungsnotstand auslösen, der eine stillvolle Ausrüstung der Gipfelkonferenz fraglich werden lasse. Offenbar fürchten die Verantwortlichen, daß die Delegationen aus 101 Ländern des blockfreien Lagers in Harare vor leeren Tischen, Regalen und Bars sitzen werden.

Zu der Konferenz, die sich Zimbabwe etwa 50 Millionen Mark kosten läßt, werden bis zu 15 000 Delegierte, Beobachter und Gäste erwartet. Das von Stammeskrieg, politischer Repression und wirtschaftlichem Niedergang gezeichnete Land wird großzünftig unterstützt von Nigeria, Algerien und Nordkorea. Organisatorische Hilfe leisten Indien, Jugosla-



Foto: AP

wien und Kuba. Der Aufwand zeigt, daß für Zimbabwe, wo dieses Jahr mit einem Defizit in der Handelsbilanz von 800 Millionen Mark gerechnet wird, der Gipfel zu einer Prestigefrage geworden ist.

Die Führer der Frontstaaten, vor allem die Präsidenten von Zimbabwe, Sambia, Tansania und Angola, wollen mit Hilfe der Konferenz den Druck auf Südafrika massiv verstärken und seben das Forum der Blockfreien als Solidargemeinschaft gegen das sogenannte Apartheidregime. Die 52 afrikanischen Länder bilden die Mehrheit in der buntschillernden Front der Blockfreien. Es steht zu erwarten, daß die Abrechnung mit Südafrika die Gegensätze in der Be-

wegung zumindest für den Konferenzverlauf neutralisieren wird. Hoch oben auf der Agenda stehen auch die Schuldenkrise, Wirtschafts- und Ernährungsprobleme, der Rüstungswettlauf und Forderungen nach einer neuen Weltinformationsordnung.

In einem von Vertretern der 101 Länder ausgearbeiteten Papier zur Wirtschaftsfrage der Dritten Welt wird die Gipfelkonferenz aufgefordert, der zunehmenden Neigung von Industrieländern und internationalen Institutionen, wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) die Kreditgewährung an arme Länder mit „politischen Kriterien“ zu verbinden, zu verurteilen. Dem IWF werfen

die Blockfreien vor, für die Lösung der Schuldenfrage „völlig ungeeignet“ zu sein, da er die langfristigen Entwicklungsaussichten der Schuldnerländer gänzlich unberücksichtigt lasse. Die durch die Außenverschuldung entstandenen Probleme seien nicht nur finanzieller Natur. Angesichts der von den multilateralen Finanzinstituten aufgewungenen Umschuldungsbedingungen berühren sie auch die Souveränität der Gläubigerländer.

Die Blockfreien verlangen darum, daß bei künftigen Umschuldungsverhandlungen in keinem Fall mehr Bedingungen gestellt werden, die den Schuldnerländern die Möglichkeit zur Festlegung ihrer eigenen Wirtschaftspolitik nehmen. Gleichzeitig wird „das unveräußerliche Recht“ sein Wirtschaftssystem frei zu wählen und seine Wirtschaftspolitik selbst zu bestimmen, betont.

Wie schon auf dem Blockfreien-Gipfel in Neu-Delhi, wird eine internationale Konferenz zur Vorbereitung einer Reform des Weltwährungssystems gefordert. Außerdem ein Abbau der Zollhürden und die Aufstockung der Entwicklungshilfe der Industriestaaten auf 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts bis spätestens Ende dieses Jahrzehnts.

Auch die Konflikte im Lager der Blockfreien bieten genügend Zündstoff, so etwa der Antrag der Westsahara-Befreiungsfront „Polisario“ auf volle Mitgliedschaft. Ebenso wird mit kontroversen Debatten zu den Themen Kambodscha, Libyen, Ägypten, Nord- und Südemen, Afghanistan und Pakistan gerechnet. Auch die Aufnahme der neuen Mitglieder Haiti und Philippinen steht auf dem Programm. Nach der Entmachtung des Diktators Duvalier erscheint die Aufnahme Haitis problemlos. Dagegen wird mit deutlicher Kritik dem Antrag der Philippinen begegnet, weil die USA dort Stützpunkte unterhalten.

Aquino bietet Rebellenfürher Rückkehr an

AP, Manila

Die philippinische Präsidentin Corazon Aquino ist von der ersten Auslandsreise seit ihrem Amtsantritt nach Manila zurückgekehrt. Sie hatte Indonesien und Singapur besucht. Dem in Libyen im Exil lebenden moslemischen Rebellenfürher Nur Misuari sagte sie freies Geleit zu, falls er in die Heimat zurückkehren wolle. Misuari kämpft auf der Insel Mindanao für einen unabhängigen Staat. Die neue philippinische Verfassung sieht für die Moslems ein gewisses Maß an Autonomie vor.

EG-Programm für Drogenländer

dpa, Brüssel

Die EG-Kommission will asiatischen und lateinamerikanischen Ländern, in denen Rauschgift hergestellt wird, durch verstärkte Wirtschaftshilfe den Verzicht auf Produktion und Export von Drogen erleichtern. Ein entsprechendes Programm soll im Juni 1987 bei der Sonderkonferenz der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs in Wien vorgeschlagen werden.

Israel liefert Kamerun Flugzeuge

AP, London

Einen Tag nach der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Kamerun hat die britische Militärfachzeitschrift „Jane's Defense Weekly“ berichtet, daß Kamerun zwölf israelische Kampfflugzeuge des Typs „Kfir“ erhalten wird, die auf der Grundlage amerikanischer und französischer Technik von dem staatlichen Unternehmen IAI in Israel hergestellt werden. Außerdem wurde die Lieferung von vier „Arava“-Transportflugzeugen vereinbart. Die Kosten belaufen sich auf 70 Millionen Dollar.

Neue Prognose über Tschernobyl-Opfer

dpa, Wien

Durch eine ständig erhöhte Strahlenbelastung nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl muß in den nächsten 70 Jahren in der Sowjetunion mit zusätzlichen 24 000 Krebsterben gerechnet werden. Diese Schlußfolgerung hat der Leiter der Abteilung für atomare Sicherheit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), Morris Rosen, nach einer Analyse des sowjetischen Tschernobyl-Berichts gezogen. Im medizinischen Teil des Berichts beschreiben Ärzte die Auswirkungen der radioaktiven Überdosis. Als erste Symptome werden Kopfschmerzen, Erbrechen und Übelkeit, Schläfrigkeit, erhöhte Temperatur und Gelenkschmerzen angegeben. Die Betroffenen litten dann an inneren Blutungen, schweren Störungen der Atmorgane, Nierenversagen und bis zur vollständigen Verbrennung der Körperoberfläche.

Priester in Belfast erschossen

rrt, Belfast

In Belfast ist ein katholischer Priester, der 47jährige Pater Paddy McAllister, am Eingang seines Hauses mit sieben Schüssen niedergestreckt worden. Die verbotene militant-protestantische Miliz „Ulster Freikämpfer“ (UFF) hat in einem Schreiben die Tat zugegeben. McAllister sei „ein aktives Mitglied der Kriegsmaschinerie“ der Irisch-Republikanischen Armee gewesen, heißt es.

Was die Polen an Friedrich II. stört

JGG, Warschau

Unter dem Titel „Warum lieben die Polen nicht Friedrich II. G.“ hat die Warschauer Wochenzeitung „Polityka“ die Feierlichkeiten zum 200. Todestag Friedrichs II. sowohl in der Bundesrepublik als auch in der „DDR“ kritisiert. So habe der König von Anfang an eine Abneigung gegen die „republikanischen und freiheitlichen Traditionen der polnischen Republik“ gehabt. Die Krönung seiner „todbringenden Politik“ sei seine Teilnahme an der ersten Teilung Polens gewesen. In den Jahren 1756/63 habe er polnische Geldmünzen gefälscht, um den polnischen Staat zu schwächen. „Mit den Polen sollte man kurzen Prozeß machen“, zitiert „Polityka“ den Preußenkönig nach dem Stanislaw Salomonowicz. Polen sei ein Land, das „aus Sand, Heidekraut und Juden besteht“. Die polnischen Einwohner der Pommernlande habe er als „arme Irakesen“ apostrophiert, die er als die europäische Zivilisation gewöhnen wolle.

Cattenom: Zwei Wochen später

DW, Metz

Eine „schlechte Koordination beim Probelauf“ war die Ursache für die Überschreitung im Kellergeschoß des französischen Kernkraftwerks in Cattenom. Die Alarmanlagen, die die Überschreitung und deren Ursprung hätten anzeigen sollen, waren nicht eingeschaltet worden, teilte der stellvertretende KKW-Leiter, Abraham, mit. Wäre der Reaktor in Betrieb gewesen, hätte er „in voller Sicherheit“ abgeschaltet werden können. Die für Mitte September vorgesehene Inbetriebnahme dürfte sich um zwei Wochen verzögern.

Uganda schließt Grenze zum Sudan

AP, Kampala

Uganda hat die Schließung der Grenzen zum Sudan jetzt offiziell bestätigt. Grund sei die Unterstützung der in Norduganda operierenden Rebellen durch die sudanesischen Regierung in Khartum, heißt es. Die Schließung bedeutet einen schweren Schlag für die Bemühungen internationaler Hilfsorganisationen, rund zwei Millionen Menschen im Südsudan vor dem Hungertod zu bewahren. Der Weg von Norden ber ist ihnen wegen der im Süden des Landes gegen die Regierung in Khartum operierenden Rebellen versperrt.

Madrid nähert sich Damaskus

SAD, Madrid

Der spanische Außenminister Francisco Fernandez Ordonez hat seinen Besuch in Damaskus einen vollen Erfolg genannt. In dieser Bewertung kommt die Stabilität des syrisch-spanischen Verhältnisses zum Ausdruck. Spanien und Syrien haben in dem Augenblick ihre Beziehungen gefestigt, als Syriens Staatschef Hafez Assad Oberst Khadafi versicherte, er werde Libyen „mit allen Kräften unterstützen“, wenn es gelte, einen neuen Angriff der USA abzuwehren. Kurz vor seinem Besuch in Syrien hatte Spaniens Außenminister der PLO-Vertretung in Madrid einen Status gewährt, der ihr alle materiellen Vorteile einer diplomatischen Mission zugestht.

Trotz des „überraschend guten Einverständnisses“ mußte Spanien jetzt seinen Botschafter in Beirut abziehen. Botschafter Pedro de Arrese hatte mehrfach Drohungen von der palästinensischen Terrororganisation des Oberst Abu Musa erhalten. Die „Gruppe Abu Musa“ wird von Syrien unterstützt, weshalb sich Außenminister Ordonez in dieser Angelegenheit gleich an seine Gesprächspartner in Damaskus wandte. Diese versicherten zwar, daß sie die „Manifestationen des Terrorismus verurteilen“. Angesichts der in Beirut herrschenden Anarchie bedeuteten sie aber, für nichts garantieren zu können.

Das reiche Australien muß sparen

Zu lange über die Verhältnisse gelebt / Liberalisierung des Agrarhandels angestrebt

JÜRGEN CORLEIS, Sydney

Australien will eine neue internationale Wirtschaftsorganisation gründen, die die Interessen aller Länder vertritt, die von den Agrarsubventionen der EG und der USA geschädigt werden. In der nordostaustralischen Hafenstadt Cairns finden gegenwärtig Gespräche von Regierungsveterinären auf der nächsten Gatt-Runde in Uruguay im September Druck auf die USA und Europa ausüben wollen, um eine Liberalisierung des Agrarhandels zu erreichen.

Der Außenminister von Uruguay, Enrique Iglesias, sagte nach einem ersten Meinungsaustausch mit der australischen Führung, daß die nicht-subsventionierenden Länder sich zusammenschließen werden, um die USA und die EG zur Aufgabe ihrer destruktiven Politik zu zwingen.

Die Wirtschaftsprobleme Australiens, die jetzt einen rigorosen Sparhaushalt erzwingen, haben mehrere Ursachen. Ein durch rücksichtslose Arbeitskämpfe erreicht hohes Lohnniveau bei allgemein niedriger Arbeitsmoral verringert die Konkurrenzfähigkeit australischer Produkte und macht damit einen Großteil der Vorteile zunichte, die Australiens natürlicher Reichtum bringen könnte.

Der Kontinent hätte sich seine wirtschaftlichen Versäumnisse und seine zu hohen Staatsausgaben schon lange nicht mehr leisten können,

wenn er nicht so ungeheuer reich an Bodenschätzen, wenn er nicht das sogenannte „lucky country“ wäre.

Australien versäumte es darüber, sich den abzuwendenden Veränderungen des Weltmarktes rechtzeitig anzupassen. Mit der wachsenden eigenen Agrarproduktion vieler Länder sanken die Absatzchancen - und die Preise - traditioneller landwirtschaftlicher Exportgüter wie Wolle, Weizen und Zucker.

Neue Technologien und Kunststoffe verringerten den Weltbedarf an Eisen, Kupfer, Blei und Zink. Schließlich führte der Zusammenbruch der Ölpreise auch noch zum Rückgang der Nachfrage nach Kohle, Australiens einträglichstem Exportgut.

Zehn Jahre lang waren die Ausfuhrerlöse schon um jährlich ein Prozent gesunken, aber im letzten Jahr rutschten sie auf einen Schlag um zehn Prozent ab. Anlaß dafür war die Dumping-Politik der EG und der USA auf den Weltmärkten. Wie die anderen Agrarexporteure, die sich jetzt in Cairns zur Gruppe der „fairen Handelstaaten“ zusammenschließen wollen, mußte Australien mit sinkenden Exporterlösen einen Verfall seiner Währung hinnehmen, der die Importe immer mehr verteuerte.

Im ersten Quartal dieses Jahres exportierten sich Australiens Exporte mengenmäßig um 14 Prozent, wertmäßig jedoch nur um vier Prozent. Dem standen praktisch gleichgebliebene Importe gegenüber, die sich um

20 Prozent verteuerten. Diese katastrophale Entwicklung der Außenhandelsbilanz, die zu wachsender Inflation und Milliardendefiziten führte, machte einschneidende und unpopuläre Maßnahmen erforderlich.

Der Sparhaushalt will mit dem Abbau des Realinkommens und Kürzungen der Sozialleistungen die Kaufkraft verringern und damit die Inflation bremsen. Ein stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit wird dabei von der Labour-Regierung Hawke bewußt in Kauf genommen.

Der „Horror-Haushalt“ verprelle alle Gruppen der Bevölkerung - die um Lohnsteigerungen gebrachten Arbeiter ebenso wie die Rentner und Sozialhilfeempfänger. Doch nach der ersten Erregung (und wütenden Protesten auf der Linken, die durch den Verkauf von Uran an Frankreich noch angeschürt wurden) setzte sich langsam eine ruhigere Betrachtungsweise durch.

Die meisten Australier ahnen, daß sie allzulang über ihre Verhältnisse gelebt haben. Auf der wirtschaftlichen Basis eines Entwicklungslandes beanspruchten sie den Lebensstandard einer Industrienation. Als Schatzkanzler Keating vor einer Woche den Haushalt vorlegte, ging eine wesentliche Aussage in der allgemeinen Empörung fast unter: „Wir müssen mehr investieren und weniger verbrauchen, wenn wir als Nation unabhängig und selbständig werden wollen.“ (SAD)

Presse-Schelte für Reagans fähigen Krisenmanager

FRITZ WIRTH, Washington

Gäbe es in Washington einen Preis für jenen Mann, auf den seit Monaten die meisten strafenden Zeigefinger der Kritiker weisen - John Poindexter wäre der unbestrittene Favorit und Champion. Der Sicherheitsberater des Präsidenten, der vier in der Amtszeit Ronald Reagans, ist seit neun Monaten im Amt und hatte in dieser Zeit mehr weltpolitische Krisen zu meistern und mehr Feuer zu löschen als seine drei Vorgänger in ihrer ganzen Amtszeit voranden. Poindexter mußte für vieles geradestehen, und das bekam seiner Reputation nicht gut. Er hat eine schlechte Presse.

Poindexter sitzt im Weißen Haus im gleichen Zimmer, aus dem einst Henry Kissinger als Sicherheitsberater operierte. Ein Vergleich zeigt, welche Welten zwischen zwei Verwaltern des gleichen Amtes liegen können. Henry Kissinger entfaltete sich in diesem Job als der grandiose Strategie, der geschickte die Trommel rührte für seine Ideen. Er war der Mann, auf den am Ende alle Zeigefinger wiesen, und zwar voll der Bewunderung.

Dagegen ist Poindexter der stille, unauffällige Mann im Hintergrund geblieben. Er erscheint nicht im Fernsehen und er hält sich von der zuweilen aufdringlichen Clique des Pressekorps des Weißen Hauses fern. Poindexter sucht keine öffentliche Zustimmung für seine Arbeit. Die Folge: Er ist zum großen Sündenbock geworden für alles, was schief gelaufen ist in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik.



Ungeplant für politische Slogans: John Poindexter FOTO: AP

So lastet man ihm das SALT-2-Debakel an, bei dem sich Reagan in seiner Pressekonferenz am 11. Juni in Widersprüche verhedderte und es für einige Tage unklar blieb, ob das Weiße Haus diesen Vertrag nun für tot erklärt habe oder nicht. Man warf Poindexter vor, den Präsidenten nur unzureichend vor der Pressekonferenz informiert zu haben.

Ebenso legte man den Ärger über die Unbarmerzigkeit, mit der der Kongreß den Verteidigungsetat Reagans zerpflückte und damit seine Sicherheits- und Abrüstungspolitik desavouierte, vor der Haustür Poindexters ab. Er habe, im Gegensatz zu seinen Vorgängern, keinen Fuß in der Tür zum Kongreß, heißt es.

Es gibt keinen Zweifel, daß Poindexter, der kürzlich 50 Jahre alt wurde, noch kein perfekter Sicherheits-

berater ist. Es gibt jedoch ebensoviel Zweifel darüber, daß der größte Teil seiner Kritik an ihm unfair ist. Sie kommt in erster Linie von jenen Journalisten, die frustriert und verärgert darüber sind, daß ihnen mit dem Weggang von Robert McFarlane, dem Vorgänger Poindexters, eine wichtige Informationsquelle im Weißen Haus abhand gekommen ist.

McFarlane neigte dazu, den Journalisten in regelmäßigen vertraulichen Gesprächen zu erklären, was er tat. Poindexter dagegen gab ihnen bisher kühl einen Korb mit der lakonischen Feststellung: „Ich bin dazu da, den Präsidenten zu informieren und nicht die Presse.“ Da ist ein Nachrichtenloch entstanden und aus diesem Loch klingt hohl die massive Poindexter-Schelte zurück.

Dabei gibt es plausible Erklärungen für einige Fehlleistungen. Es trifft sicherlich zu, daß unter McFarlane der Kongreß wahrscheinlich dem Präsidenten nicht in allen sicherheitspolitischen Fragen so vehement in den Rücken gefallen wäre, wie es vor 14 Tagen geschah. Der Grund: McFarlane ist im Kongreß groß geworden. Er gehörte zum Arbeitsstab des Verteidigungsausschusses im Senat. Er hatte als Sicherheitsberater gute Kontakte im Kongreß und wußte, wie er funktioniert.

Poindexter, der sich in der Navy zum Admiral hochtante, hat sie nicht. Sein Pech: Sein Stellvertreter Donald Fortier, der diese Aufgabe wahrnehmen sollte, war seit einem halben Jahr arbeitsunfähig und starb jetzt an Leberkrebs. Fortier war zu-

gleich der Rüstungskontrollkompete im Amt Poindexters. Sein Ausfall riß eine Lücke auf, die um so spürbarer wurde, je hektischer die Sowjets mit immer neuen Vorschlägen das Abrüstungskarussell drehten.

Unfair wurde die Poindexter-Kritik jedoch, weil sie die Erfolge und Vorzüge dieses Mannes weitgehend außer acht ließ. Poindexter mag nicht der glanzvollste Abrüstungsstratege sein, der je im Weißen Haus saß, doch er ist gewiß einer der fähigsten Krisenmanager.

Er bewies es während der Libyen-Krise im Frühjahr, deren amerikanische Strategie wesentlich von ihm geprägt wurde, und er unterstrich es beim Sturz von Marcos (Philippinen) und Duvalier (Haiti). Poindexter war der geschickte und sehr wirksame Regisseur im Hintergrund.

Sein Amt ist das schwierigste in der gesamten Administration, besonders in diesen hektischen Monaten im Vorfeld des Gipfeltreffens mit Michail Gorbatschow. Ein Mann wie Robert McFarlane besaß die Autorität und die integrierende Kraft, vor dem ersten Gipfel die in Rüstungskontrollfragen rivalisierenden und divergierenden Kräfte in der Administration zur Ruhe zu bringen und zu einem - wenn auch nur nach außen hin sichtbaren - Waffenstillstand zu veranlassen. Poindexter fehlt (noch) diese Fähigkeit. Er muß sich bei dem Bemühen, Ruhe zu stiften, auf den Stabschef des Weißen Hauses, Donald Regan, verlassen, mit dem er wesentlich besser harmoniert als es Robert McFarlane vermochte.

Abschuß und Aufstieg

Sowjetische Offizierskarrieren nach Jumbo-Tragödie 1983

FRANZ KADELL, Bonn

Drei Jahre ist es her, da schossen die Sowjets über Sachalin eine südkoreanische Passagiermaschine ab. 269 Menschen starben. Zehn Tage später präsentierte das sowjetische Fernsehen den angeblichen Piloten des Abfangjägers Su-15: einen ungekämmt mit vierzig in Lederjacks, der sich recht unumhüllt in einem Sessel zurücklehnte. Was er sagte, reimte sich weder mit den sowjetischen noch mit den amerikanischen Versionen. Name und Rang wurden nicht mitgeteilt. Man hat nie mehr von ihm gehört.

Beendigung - brachte die Militärzeitung „Krasnaja Swesda“ einen richtungsbahrenden Nachruf. Gerüchte kursierten: Romanow sei im Hubschrauber über Afghanistan abgestürzt; er habe in der „DDR“ Selbstmord begangen. Am meisten spricht für die Version, er sei bei einem Autounfall in der „DDR“ getötet worden.

Militärisch verantwortlich für den Abschuß war als Oberbefehlshaber der Luftverteidigungsstreitkräfte Marschall Alexander I. Koldunow. Zunächst schien er in Ungnade gefallen zu sein. „Krasnaja Swesda“ gratulierte dem zweifachen „Helden der Sowjetunion“ nicht zum 60. Geburtstag, noch erhielt er wie erwartet den „Lenin-Orden“. Im April 1984 tauchte Koldunow wieder auf, um in der „Prawda“ die „Beendigung der U.S. Provokation“ als Beispiel hoher Einsatzbereitschaft zu preisen. Am 1. November 1984 folgte seine Beförderung zum Hauptmarschall - ein seltenes Privileg in der Roten Armee.

Die Fäden liefen seinerzeit bei Marschall Nikolai Ogarkow zusammen, dem Ersten Stellvertretenden Verteidigungsminister und Chef des sowjetischen Generalstabs. Ihm war es vorbehalten, die internationale Pressekonferenz am 9. September 1983 zum Flugzeugabschuß zu halten. Am 6. September 1984 schlug es wie eine Bombe ein, als TASS meldete, Ogarkow habe „andere Aufgaben“ übernommen. Gerüchte über Gerüchte: Er sei Opfer des Machtkampfs um Tschernomko geworden; er sei wegen des Versagens der Roten Armee in Afghanistan geschäft worden.

Wahrheit nicht sein Metier

Plötzlich tauchte Ogarkow wieder auf - in der „DDR“ am 12. Oktober 1984 bei Honecker. Heute weiß man wenigstens das: Er leitet das Oberkommando über den gesamten sogenannten westlichen Kriegsschauplatz des Warschauer Paktes. Daneben schreibt der wichtigste Militärtheoretiker der UdSSR Heißig. Im Juni 1985 erschien sein Buch „Die Geschichte lehrt Wachsamkeit“. Vielleicht sollte er einmal über den Abschuß von 1983 schreiben; schließlich gehört er zu den wenigen, die die ganze Wahrheit kennen. Aber die Wahrheit ist nicht sein Metier: Ogarkow ist der Gründer des Hauptdirektorats für Strategische Täuschung.

Von Fernost nach Moskau

Dagegen ist aus dem damaligen Stabschef der Luftverteidigungsstreitkräfte, Generaloberst Semjon F. Romanow. Er war der erste sowjetische Militär, der öffentlich Stellung zu dem Abschuß nahm, und noch am 8. April 1984, dem „Tag der sowjetischen Luftverteidigungsstreitkräfte“, prahlte, seine Soldaten würden jedes Flugzeug vernichten, das in Kampfbahn käme. Doch plötzlich machte seine Karriere einen Knick. Zum 1. Mai 1984 wurde er als einer der Stellvertreter Kulikows, dem Oberbefehlshaber der Warschauer Fakt-Streitkräfte, nach Ost-Berlin abkommandiert. Alles, was „Neues Deutschland“ zu berichten hatte, war, daß Honecker ihm viel Erfolg für seine künftige Tätigkeit wünschte. Ein paar Tage später war Romanow tot. Am 22. Mai - einen Tag nach der

Orden: er bleibt Minister

den Ignorien

entschied

Eine WELT-Serie über den illegalen Handel mit High Technologie von West nach Ost

Allein im Fünfjahresplan zwischen 1976 und 1980 ist es den Geheimdiensten KGB und GRU nach eigenen Angaben gelungen, 3500 strategisch brisante Geräte aus dem Westen einzuschleusen. Die Ersparnis für sowjetische Rüstungsplaner bezifferte der Krewl intern auf 2,24 Milliarden Dollar. Bei der Entwicklung neuer Technologien ist der Westen um einige Jahre voraus. Bei der



Massenproduktion und der anschließenden Dislozierung eines Waffensystems jedoch können die Sowjets den Rückstand wieder wettmachen, da sie die langwierigen Entscheidungsprozesse einer Demokratie nicht kennen. Nach Ansicht vieler Experten hat Moskau die Ausspähung der westlichen Computer-Industrie längst zur geheimdienstlichen Aufgabe Nummer eins aufgewertet.

Die östliche Abhängigkeit von westlichem Wehrwissen hat eine lange Tradition

Von JAY TUCK

Am 18. September letzten Jahres trat US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger vor die Presse und präsentierte eine unscheinbare weiße Broschüre. Thema: NATO-Technologie in den Waffensystemen des Warschauer Pakts. Rund 640 Millionen Dollar, so die Broschüre, spare der Osten Jahr für Jahr durch den Diebstahl von Westtechnik. Neu war die Analyse nicht. Vergleichbare Studien werden im Pentagon beinahe routinemäßig angefertigt und veröffentlicht. Neu war aber die Herkunft.

Die Broschüre, die Weinberger als Produkt des Pentagon vorstellte, wurde von der CIA zusammengestellt; die Statistiken kamen von den Sowjets. Die Analyse stammt nämlich aus einem hausinternen Papier der Militär-Industriellen Kommission in Moskau. Zum ersten Mal wurde in der Öffentlichkeit deutlich, welche Bedeutung der Krewl seinen Spionage-Anstrengungen in Sachen High-Technologie selbst beimisst.

Im Verlauf des zehnten Fünfjahresplans (1976-1980) war es den Geheimdiensten KGB und GRU nach eigenen Angaben gelungen, insgesamt 3500 strategische Geräte aus dem Westen einzuschleusen. Die Ersparnis für sowjetische Rüstungsplaner beziffert der Krewl auf 2,24 Milliarden Dollar. „Die Kapitalisten“, sagte einmal der russische Revolutionär Wladimir Iljitsch Lenin, „werden uns noch den Strick verkaufen, mit dem wir sie aufknüpfen.“

Eingeschmuggelte IBM-System-370-Großrechner steuern Flugabwehrsysteme in Moskau, und nachgebaute US-Mikrochips von Intel lenken Flugabwehrsysteme in Ljuby. Das Trägerfahrzeug der SS 20 wurde mit IBM-Hardware aus New York und mit Software aus Massachusetts entworfen; die Raketenpitze ist mit einem Karbon-Hitzschild aus New Jersey geschützt, und gesteuert wird das Ganze von einem US-Kreiselsystem aus Vermont.

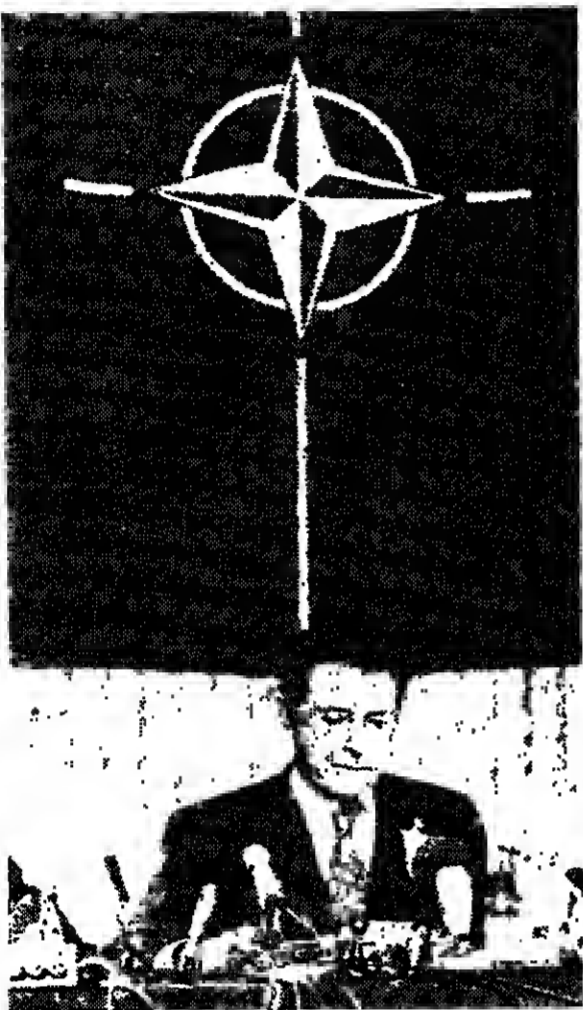
Die betonierten Silos der SS 13 wurden nach westlichen Konstruktionsplänen gebaut, mit westlichem Röntgengerät durchleuchtet und mit westlicher Hydraulik auf Standfestigkeit abgeköpft.

Die östliche Abhängigkeit von westlichem Wehrwissen hat eine lange Tradition. Schon der alte E-29, US-Veteran des Zweiten Weltkrieges, mußte als Vorbild für die ersten TU-4-Fernbomber herhalten. „Nene“-Motoren von Rolls-Royce – geliefert mit Genehmigung der britischen Labour-Regierung – wurden seinerzeit in MiG-15-Abfangjäger eingebaut.

Die beeindruckenden sowjetischen Radar-Fähigkeiten von heute hatten ihren Ursprung in den amerikanischen Lizenzprogrammen („Lend-Lease“) der 40er Jahre.

„Zusammen mit den öffentlich zugänglichen Labor-Büchern des Massachusetts Institute of Technology“ – so Pentagonexperte Jack Vorona – „bildeten sie die Grundlage der ersten Generation sowjetischer Radar-Geräte.“

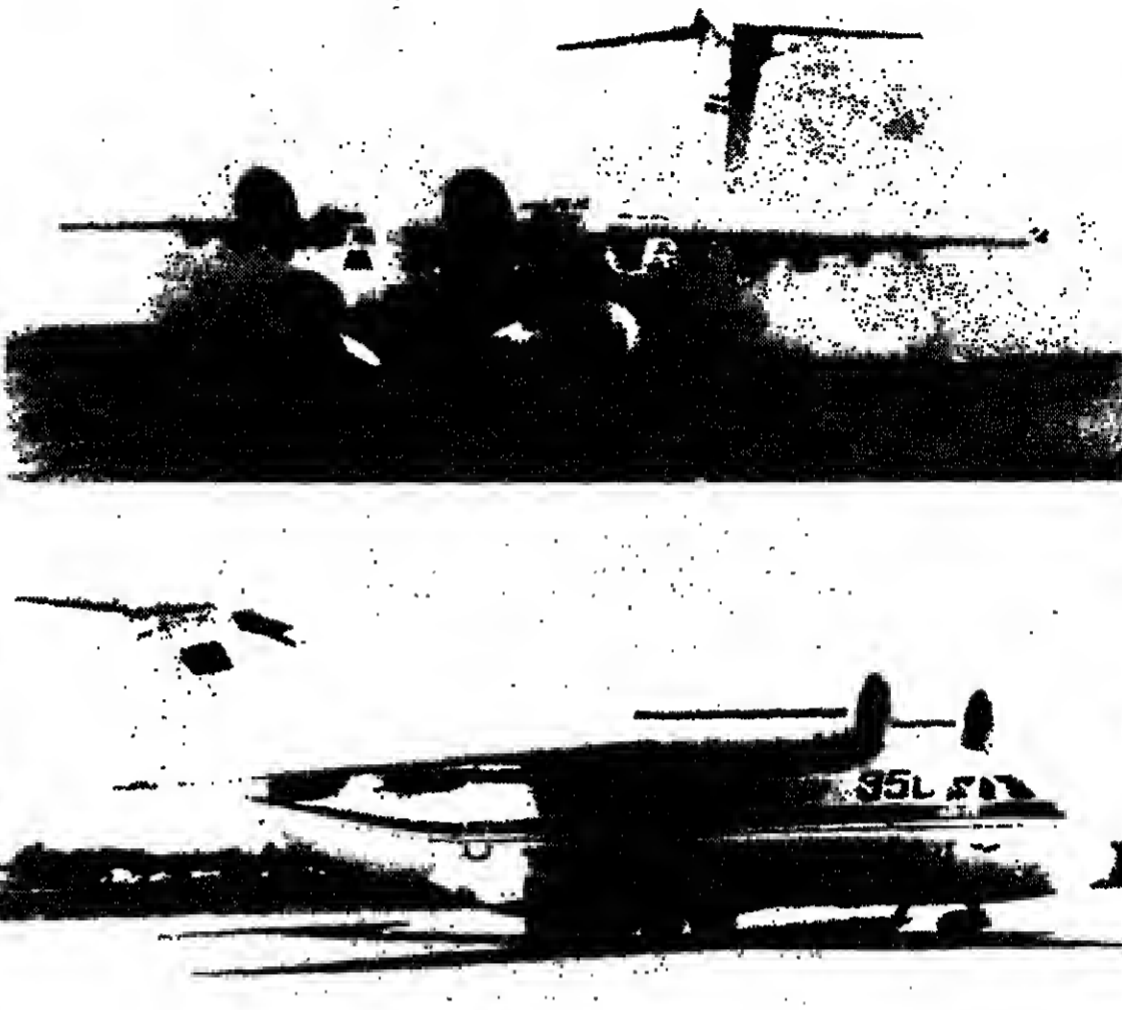
Im Jahr 1976 erzielte das Boeing-Werk in Seattle einen aerodynamischen Durchbruch. Ihr neues Flugzeug – genannt YC-14 STOL („short



Klauen und kopieren

1976 stellte Boeing die YC-14 STOL einer ersten Öffentlichkeit vor (rechts oben). Die bahnbrechende aerodynamische Form und Landung auf extrem kurzen Flugplätzen. Nur vierzehn Monate später hob die sowjetische AN-72 ab, eine exakte Kopie (rechts unten). Das Rezept für solche Nachbauten ist einfach: Blaupausen besorgen und kopieren. Anfang September 1985 präsentierte US-Verteidigungsminister Weinberger eine beeindruckende Analyse über Technologie-Schmuggel. Die Zahlen basierten auf vom CIA besorgten Angaben des Krewl.

FOTOS: JAY TUCK / POLY-PRESS



take-off and landing“) wurde in der Fachwelt einhellig gelobt. Die bahnbrechende Form ermöglichte Abflug und Landung auf extrem kurzen Flugplätzen.

Vierzehn Monate nach der US-Uraufführung hob der Prototyp des sowjetischen AN-72 STOL ab – eine derart genaue Kopie, daß beide Maschinen ohne Kennzeichnung kaum voneinander zu unterscheiden wären.

Das Rezept für solche Nachbauten ist denkbar einfach: Blaupausen klauen und kopieren. Bei ihrer Luft-Luft-Rakete Atoll kamen sowjetische Kopier-Künstler allerdings mit Blaupausen offenbar nicht aus.

Am 21. Oktober 1967 zerschritten Starfighter-Pilot Wolf Diethard Knoppe und Schlossermeister Josef Linkowski den Drahtzaun am NATO-Flugplatz Zell bei Neuburg und stahlen ein Exemplar der US-Luft-Luft-Rakete Sidewinder. Sie schlepften das schwere Drei-Meter-Ding nach Hause und zerlegten es in seine Einzelteile. Anschließend – mit ungewollter Hilfe der Deutschen Bundespost – wurden die brennenden Pakete per Luftpost in die UdSSR befördert.

Knoppe und Linkowski wurden verurteilt. Aber die Rüstungsingenieure von Gorki hatten, was sie wollten. Sie bauten die US-Waffen mühsam auseinander. Das Ergebnis – eine Eins-zu-eins-Kopie der Sidewinder – wird heute als Standardausrüstung

unter den Tragflächen von MiG- und Suchoi-Kampfflugzeugen montiert. Militärisch-relevante Technologien werden aber nicht nur von Spionagediensten beschafft. Gelegentlich gelingt es Moskau, sie auch im Rahmen des ganz legalen Osthandels zu besorgen.

Lastwagen der Roten Armee in Mitteldeutschland und in Afghanistan entstehen heute in einer nagelneuen Lkw-Fabrik in Nabereshnje Tschelnij im Ural – mitgebaute von westlichen Großkonzernen, mitfinanziert von westlichen Großbanken. Bis zu 250 000 Diesel-Laster rollen jährlich vom Band in der Fabrik an Kama Fluß – auch neueste Truppentransporter und Raketenwerfer. Die automatisierten Gußwerke, robotergesteuerten Fließbänder und computerisierten Endkontrollen entsprechen ausnahmslos dem neuesten Stand der westlichen Technik.

Schmiedeanlagen der österreichischen Gesellschaft für Fertigungstechnik und Maschinenbau (GFM) aus Styrliefen bei der Herstellung von Geschützen für russische T-72-Panzer sowie für zahlreiche Kriegsschiffe der sowjetischen Marine. Rönischweise sind es Anlagen des gleichen Typs, die auch die Kanonenrohre des US-Panzers M-1 schmieden.

Befürworter solcher Geschäfte haben stets argumentiert, daß Dieselmotoren und Schmiedeanlagen wohl kaum zu den strategisch relevanten Gütern zählen, die sich für ein NATO-Exportverbot eignen. Oder

solte etwa die Lieferung einer Knopf-Fabrik untersagt werden – so ihre rhetorische Frage –, nur weil die Produkte eines Tages an Soldatenhosen angenäht werden könnten? Die Technologien, die in den Jahren der Entspannungspolitik mit dem Segen westlicher Regierungen gen Osten gingen, sind jedoch erheblich bedeutender für die Armeen der UdSSR als Knöpfe.

● Geologen aus Texas installierten computerisierte seismische Hörchanlagen („array processors“) auf sowjetischen Schiffen. Anstatt damit nach Erdölvorkommen am Meeresboden zu forschen, werden sie heute von der Roten Flotte für die Suche nach NATO-U-Booten verwendet.

● Aus England, Finnland und Frankreich hat die UdSSR ein westeuropäisches Ladefahrer erworben. Aber nicht nur Zivilfahrzeuge und Frachtkraft lieben sich mit den neuartigen „roll-on/roll-off“-Anlagen an Land befördern, sondern auch Panzer und Kanonen. Die „Iwan Rogow“ – Spezialschiff für den Amphibienkrieg – wurde damit bereits ausgerüstet.

● Im Jahr 1978 verkaufte Japan ein riesiges Trockendock für 42 Millionen Dollar an Moskau. Die Schweden folgten 1981 mit einer weiteren Anlage. Beim Vertragsabschluss versicherte Moskau, das Anlagen seien aus-

schließlich für zivile Zwecke bestimmt. Gleich nach der Übergabe zogen aber die ersten Kriegsschiffe ein: Atom-U-Boote, Zerstörer und Raketenträger. Beide Weltanlagen sind die einzigen in der Sowjetunion, die VSTOL-Flugzeugträger der Kiew-Klasse aufnehmen können.

Die Nobelmarke Rolls-Royce fliegt heute noch im Warschauer Pakt mit. Unter Lizenzvertrag mit dem vormaligen britischen Motorenhersteller baut das Flugzeugwerk Turbomecanica in Bukarest Rolls-Royce-Düsenmotoren (Modell Viper Mk 632-41) in den rumänischen Abfangjäger IAR 93 ein. Für die Hubschrauber IAR 330 und IAR 316 produziert Turbomecanica – ebenfalls unter westlicher Lizenz – Bauteile der französischen Helikopter Puma und Alouette.

Im Herbst 1982 entdeckten US-Fischer vor Neuseeland eine zylindrische sowjetische Maschine zwischen den silbrigen Fischen in ihrem Fang. Das 400-Kilo-Gerät, das in einem geheimen Labor des Verteidigungsministeriums kurz darauf untersucht wurde, enthielt einen Computer-Chip (Logika-2 Serie 133), der bis ins kleinste Detail einem Mikroprozessor der US-Firma Texas Instruments (Serie 5400) ähnelte. So genau war die russische Raubkopie, daß die Steuerung des Geräts noch reibungslos funktionierte, als der US-Chip zur Probe eingesteckt wurde.

Ähnliches fanden US-Pfadfinder wenige Monate später am Pazifik-Strand: eine Sonar-Böte, die diesmal

Elektronik des US-Konzerns RCA verwendete. Peter Stoll, Design-Ingenieur der US-Firma Intel, stolperte über einen weiteren Mikroprozessor in einer sowjetischen Fachzeitschrift. „Das ist unser Entwurf“ – absolut identisch – jeder Schaltkreis, jedes Detail, bis hin zum letzten Schnäbel.

In einer Rakete aus Syrien entdeckten westliche Experten eine funktionstote Schraube, die sich links herum drehte. Sie entpuppte sich als das persönliche Erkennungszeichen des US-Ingenieurs, der die Original-Elektronik entworfen hatte. Unsichere Moskauer Nachahmer, die zwischen Nutz und Unnutz offenbar nicht unterscheiden konnten, hatten den Ulk gleich mitkopiert.

In einigen Fällen ist es dem Warschauer Pakt sogar gelungen, Computer-Kopien schneller als die Truppe auszuliefern als die NATO dies mit dem Original schaffte. Die Erkenntnis ist beunruhigend: Bei der Entwicklung neuer Technologien ist der Westen zwar um einige Jahre im Voraus. Bei der Massenproduktion und anschließenden Dislozierung eines Waffensystems können die Sowjets – durch die langwierigen Entscheidungsprozesse einer Demokratie nicht aufgehoben – den Rückstand wieder wettmachen.

Der Westen ist für seine Verteidigung auf die Überlegenheit im High-Tech-Bereich angewiesen. In der NATO-Strategie der 90er Jahre wird

zunehmend auf sogenannte „denkende Waffen“ gesetzt, um die Größe festlicher Arsenale und Armeen auszugleichen und um die Abhängigkeit von Nuklearwaffen weiter zu reduzieren.

Der Anteil der Elektronik an dieser Entwicklung steigt explosionsartig. Während Hardware- und Software-Kosten in den sechziger Jahren – beispielsweise bei der Entwicklung des Abfangjägers F-4 Phantom – mit nur zwei Prozent zu Buche schlugen, waren sie zehn Jahre später bei der F-15 auf 26 Prozent gestiegen. Bei der F-18, dem neuesten Kampfflugzeug der US-Marine, betrug der Kostenanteil für Computer-Elektronik 43 Prozent.

„Die Mikroelektronik“ – so die Einschätzung des Londoner Fachblatts „Economist“ – „ist bei weitem die bedeutendste militärische Entwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte.“ Dies gilt keineswegs nur für die hochfliegenden SDI-Pläne der USA im Weltraum, sondern auch für die gängigen Waffentypen der Gegenwart an Land, zur See und in der Luft.

Hochkomplezierte Feuerleitsysteme, die früher ganze Bürokratie füllten, werden heute auf der Ladefläche eines Jeeps oder gar im Rucksack eines Infanteristen transportiert. Kaum eine Rakete, Bombe oder Kanonenkugel wird heute nicht mit Hilfe von Computer-Chips ins Ziel gelenkt.

Es sind elektronische Maßnahmen, Gegenmaßnahmen, die in erster Linie über die Schlagkraft moderner Armeen entscheiden. Das haben Kämpfe im Nahen Osten immer wieder bewiesen, wo westliche und östliche Wehrtechnik schon häufiger im blutigen Ernst gegeneinander prallten.

Die technologischen Entwicklungen des Westens – so schätzte Anfang 1984 der damals stellvertretende Verteidigungsminister der UdSSR, Ogarow, in einem Beitrag für den „Roten Stern“ – können die Schlagkraft von konventionellen Waffen um das Zehnfache erhöhen. Sein Problem: Angerechnet die Computer-Elektronik gilt als Schwachstelle in den Rüstungsindustrien des Ostens.

„Kein Wunder, wenn der Technologie-Schmuggel seinen Schwerpunkt auf dem Elektronik-Sektor hat. Nach Ansicht vieler Experten hat der Krewl die Ausspähung der westlichen Computer-Industrie zur geheimdienstlichen Priorität Nummer eins aufgewertet – noch wichtiger als die Ausspähung von Politik und Militär mit traditionellen Mitteln.“

Aus sowjetischen Unterlagen kennt man inzwischen die Preise, die östliche Geheimdienste für westliche Geräte zu zahlen bereit sind. Daran lassen sich einige Prioritäten des Polibüros ablesen. Manche NATO-Waffensysteme stehen nach wie vor hoch im Kurs – mal boten sie 1,4 Millionen Mark für den Bordcomputer des Leopard 2, mal vier Millionen Mark für ein britisches Radar-System. In erster Linie konzentriert sich aber das Interesse der Agenten auf Geräte, die im Westen zur zivilen Herstellung von Mikrochips verwendet werden. Den höchsten Preis setzte das KGB auf ein ziviles Testgerät der US-Firma Xicom: 29 Millionen Mark.

Morgen in der WELT

Geheimdienst auf Technologie: Die Diebe aus der Verwaltung „T“

Am 29. August 1986 haben unser Kollege Paul Wulfes und Frau Bertha, geb. Hals goldene Hochzeit.

Es gratulieren die ehemaligen Kollegen

Komfortabel.

Wohnen und tagen Sie jetzt im Herz der Siegenländer. Im Park Hotel Siegen brauchen Sie nur einen kurzen Spaziergang zu machen, um in der besten Umgebung zu wohnen. Ein umfangreiches Freizeitprogramm erwartet Sie ebenso, wie ein service Tagesspaß. Hier können Sie entspannen, wichtige Entscheidungen – oder gespannt neue Leute treffen. Schauen Sie doch einmal vorbei. Wir freuen uns auf Sie. Park Hotel Siegen, Kühlenauer Straße 135, Telefon: 0271 33810

Park Hotel Siegen
AM VON DER SIEGENER STRASSE
SIEGENPLATZHALLE

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer AG, Dr. Herbert Krenn
Chefredakteur: Peter Gilber und Manfred Scheil
Stellvertretende Chefredakteur: Dr. Günter Schim
Mitarbeiter: Enzo von Loewenstern

Chef von Dienst: Klaus Jürgen Frische, Friedr. v. Heering, Jean-Marie Luddens, Rüdiger v. Wolkenstein, Bonn: Hans Zillebrand, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fricke, Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (Stellv.), Dietrich Goss (Deutschlandpolitik), Ausland: Jürgen Linsch, Maria Weidenhiller (Stellv.), Seite 2: Bernhard Müller, Dr. Manfred Rowald (Stellv.), Bundesrepublik: Rüdiger Schmitt, Europa: Dr. Carl Gustaf Ström, Zeitgeschichte: Walter Göttsche, Wirtschaft: Hans Baumgarten, Geld und Kredit: Claus Dörig, Chefredakteur: Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahler, Postleuten: Dr. Peter Düren, Reichsdruckerei (Stellv.): Bildungs- und Kulturpolitik: Gerd-Wolfgang von Dr. Paul Z. Heiser, Göttinger Welt (Stellv.): Alfred Starkmann, Peter Böhmle (Stellv.), Personele: Detlev Alders, Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Tilsch, Sport: Frank Oettermann, Am aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewill (Stellv.), Reise-Welt und Auslands: Hans-Harbert Holmann, Lagerberichte: Hans-Otto, Personal: Ingeborg, Grafik: Dieter Harde.

Wirtschaftliche Redaktionen: Dr. Hanna Glöckner, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Leiharbeiter: Mollath

Hamburg-Ausgabe: Ernst Tusch, Klaus Bruns (Stellv.)

Bonn: Korrespondenten-Redaktion: Günther Böhler, Heinz Herk (Stellv.), Arndt Goch, Dr. Eberhard Mülbach, Peter Philipp

Diplomatischer Korrespondent: Bernd Conrad
Deutschland-Korrespondent: Berlin: Hans-Jürgen Kartzke, Dieter Dorn, Klaus Götter, Ludger, Dr. Wilfried Hertz, Joachim Gabel, Rüdiger Pöyry, Friedrich Dr. Dinkewitz, Gerd Grottel (Stellv.), Inge Aulmann, Joachim Weber, Hamburg: Herbert Schmitt, Jan Brech, Edgar Warche MA, Göttinger: Michael Juch, Dennis Schmidt, Hans Georg Bauer, München: Peter Schmitt, Düsseldorf: Siegfried Harde, Günter, Werner, Mainz

Chefredakteur (Dänisch): Joachim Brandt
Chefredakteur: Hans Stets, Walter H. Ruch

Autoren: Wilhelm Hadler, London: Robert Göttsche, Wilhelm Feller, Johannesburg: Monika Grottel, Köln: Gerd Grottel, Göttinger: Hans-Werner, Peter, Paris: Peter Ruge, Joachim Schmitt, Bonn: Friedrich Reichmann, Washington: Peter Wick, Bonn: Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonovic, Beirut: Peter M. Jandl, Brüssel: Guy Graf v. Brodowski, Abidjan: Jürgen Eder, Lagos: Chua Oluwalana, Singapur: Hans, Paris: Peter Ruge, Joachim Schmitt, Bonn: Friedrich Reichmann, Washington: Peter Wick, Bonn: Alexander Siebert

5000 Frankfurt/Main 1, Westendstraße 4, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649

5000 Düsseldorf 1, Grottel-Platz 11, Tel. (0 21 1) 37 31 43/44, Telex 5 20 023
Düsseldorf 1, Telex 5 20 023

5000 Frankfurt/Main 1, Westendstraße 4, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649

5000 Stuttgart 1, Röntgenstraße 20a, Tel. (0 71 41) 22 12 23, Telex 7 22 222
Stuttgart 1, Telex 7 22 222

5000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 22 11 01, Telex 5 20 023
München 40, Telex 5 20 023

5000 Bonn 1, Telex 5 20 023
Bonn 1, Telex 5 20 023

5000 Hannover 1, Lange Leube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919

5000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 24 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 190 010, Telex (0 40) 2 190 010, Telex 2 17 001 777

5000 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 24) 19 11, Ausgabestelle: (0 20 24) 19 12 24, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90

5000 Hannover 1, Lange Leube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919

5000 Düsseldorf 1, Grottel-Platz 11, Tel. (0 21 1) 37 31 43/44, Telex 5 20 023
Düsseldorf 1, Telex 5 20 023

5000 Frankfurt/Main 1, Westendstraße 4, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649

5000 Stuttgart 1, Röntgenstraße 20a, Tel. (0 71 41) 22 12 23, Telex 7 22 222
Stuttgart 1, Telex 7 22 222

5000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 22 11 01, Telex 5 20 023
München 40, Telex 5 20 023

5000 Bonn 1, Telex 5 20 023
Bonn 1, Telex 5 20 023

5000 Hannover 1, Lange Leube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919

5000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 24 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 190 010, Telex (0 40) 2 190 010, Telex 2 17 001 777

5000 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 24) 19 11, Ausgabestelle: (0 20 24) 19 12 24, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90

5000 Hannover 1, Lange Leube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919

5000 Düsseldorf 1, Grottel-Platz 11, Tel. (0 21 1) 37 31 43/44, Telex 5 20 023
Düsseldorf 1, Telex 5 20 023

5000 Frankfurt/Main 1, Westendstraße 4, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649

5000 Stuttgart 1, Röntgenstraße 20a, Tel. (0 71 41) 22 12 23, Telex 7 22 222
Stuttgart 1, Telex 7 22 222

5000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 22 11 01, Telex 5 20 023
München 40, Telex 5 20 023

5000 Bonn 1, Telex 5 20 023
Bonn 1, Telex 5 20 023

5000 Hannover 1, Lange Leube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919

5000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 24 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 190 010, Telex (0 40) 2 190 010, Telex 2 17 001 777

5000 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 24) 19 11, Ausgabestelle: (0 20 24) 19 12 24, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90

5000 Hannover 1, Lange Leube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919

5000 Düsseldorf 1, Grottel-Platz 11, Tel. (0 21 1) 37 31 43/44, Telex 5 20 023
Düsseldorf 1, Telex 5 20 023

5000 Frankfurt/Main 1, Westendstraße 4, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649

5000 Stuttgart 1, Röntgenstraße 20a, Tel. (0 71 41) 22 12 23, Telex 7 22 222
Stuttgart 1, Telex 7 22 222

5000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 22 11 01, Telex 5 20 023
München 40, Telex 5 20 023

5000 Bonn 1, Telex 5 20 023
Bonn 1, Telex 5 20 023

5000 Hannover 1, Lange Leube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919

5000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 24 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 190 010, Telex (0 40) 2 190 010, Telex 2 17 001 777

5000 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 24) 19 11, Ausgabestelle: (0 20 24) 19 12 24, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90

5000 Hannover 1, Lange Leube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919

5000 Düsseldorf 1, Grottel-Platz 11, Tel. (0 21 1) 37 31 43/44, Telex 5 20 023
Düsseldorf 1, Telex 5 20 023

5000 Frankfurt/Main 1, Westendstraße 4, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649

5000 Stuttgart 1, Röntgenstraße 20a, Tel. (0 71 41) 22 12 23, Telex 7 22 222
Stuttgart 1, Telex 7 22 222

5000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 22 11 01, Telex 5 20 023
München 40, Telex 5 20 023

5000 Bonn 1, Telex 5 20 023
Bonn 1, Telex 5 20 023

5000 Hannover 1, Lange Leube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919

5000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 24 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 190 010, Telex (0 40) 2 190 010, Telex 2 17 001 777

5000 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 24) 19 11, Ausgabestelle: (0 20 24) 19 12 24, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90

5000 Hannover 1, Lange Leube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919

5000 Düsseldorf 1, Grottel-Platz 11, Tel. (0 21 1) 37 31 43/44, Telex 5 20 023
Düsseldorf 1, Telex 5 20 023

5000 Frankfurt/Main 1, Westendstraße 4, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649

5000 Stuttgart 1, Röntgenstraße 20a, Tel. (0 71 41) 22 12 23, Telex 7 22 222
Stuttgart 1, Telex 7 22 222

5000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 22 11 01, Telex 5 20 023
München 40, Telex 5 20 023

5000 Bonn 1, Telex 5 20 023
Bonn 1, Telex 5 20 023

5000 Hannover 1, Lange Leube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919

5000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 24 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 190 010, Telex (0 40) 2 190 010, Telex 2 17 001 777

5000 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 24) 19 11, Ausgabestelle: (0 20 24) 19 12 24, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90

5000 Hannover 1, Lange Leube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919

5000 Düsseldorf 1, Grottel-Platz 11, Tel. (0 21 1) 37 31 43/44, Telex 5 20 023
Düsseldorf 1, Telex 5 20 023

5000 Frankfurt/Main 1, Westendstraße 4, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649
Frankfurt/Main 1, Telex 4 12 649

5000 Stuttgart 1, Röntgenstraße 20a, Tel. (0 71 41) 22 12 23, Telex 7 22 222
Stuttgart 1, Telex 7 22 222

5000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 22 11 01, Telex 5 20 023
München 40, Telex 5 20 023

5000 Bonn 1, Telex 5 20 023
Bonn 1, Telex 5 20 023

5000 Hannover 1, Lange Leube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919

5000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 24 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 190 010, Telex (0 40) 2 190 010, Telex 2 17 001 777

5000 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 24) 19 11, Ausgabestelle: (0 20 24) 19 12 24, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90
Essen 18, Telex 8 979 90

5000 Hannover 1, Lange Leube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919
Hannover 1, Telex 5 22 919

5000 Düsseldorf 1, Grottel-Platz 11, Tel. (0 21 1) 37 31 43

Durch die Fortschritte der Gentechnologie ist der Mensch erstmals selbst zum Objekt der Forschung geworden. Droht uns in absehbarer Zukunft die Manipulation unseres Erbguts? Das Justizministerium hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der einem möglichen Mißbrauch vorbeugen soll. In dem ersten von zwei Beiträgen für die WELT stellt Justizminister Hans Engelhard seine Überlegungen zur Embryonenforschung vor.

Die Würde des Menschen ist das Maß aller Dinge

Von HANS A. ENGELHARD

Mit den modernen medizinischen Fortpflanzungsmethoden und den neuen Möglichkeiten zu genetischen Eingriffen erreicht die Technikentwicklung eine neue Dimension. Die jetzt stattfindende Grenzüberschreitung ist allen bisherigen unvergleichbar. Denn wir legen nunmehr mit den technischen Fortpflanzungsmethoden - etwa der Befruchtung im Reagenzglas, der Tiefkühlung von Ei- und Spermazellen sowie von Embryonen und der Möglichkeit der Geschlechtswahl - die Hand an die Entstehung des Lebens. Und mit der Gentechnik, insbesondere mit der Analyse der menschlichen Erbanlagen und der Gentherapie, greifen wir nach seiner inhaltlichen Gestaltung, „Machbarkeit“ und „Verfügbarkeit“ beziehen sich nicht länger vorrangig auf die Außenwelt. Wir selbst, unsere Entstehung und unser genetisches „So-Sein“ sind in die Reichweite unseres technischen Handelns gerückt.

25. November 1985 übergeben. Die darin ausgesprochenen Empfehlungen machen deutlich, wie groß die Herausforderung unseres gesamten Rechtssystems durch die - im weitesten Sinn verstandene - Humangenetik ist. Vom ärztlichen Standesrecht über den Landesgesetzgeber bis zur Gesetzgebung des Bundes sind alle gefordert.

Grundgesetzliche Grenzen müssen deutlich werden

Aus dem Bereich meiner Zuständigkeit möchte ich im folgenden einige wenige straf- und zivilrechtliche Punkte herausgreifen, um an ihnen das Gewicht dieser neuen Problematik anschaulich zu machen.

Ende April dieses Jahres habe ich den Diskussionsentwurf eines Gesetzes zum Schutz von Embryonen (Embryonenschutzgesetz) der Öffentlichkeit vorgestellt. Mir schien es ratsam, zunächst die Arbeit auf diese strafrechtlichen Regelungen zu konzentrieren. Denn es gilt, rechtzeitig für alle, insbesondere aber für diejenigen, die mit den neuen Techniken umgehen, deutlich zu machen, wo die Grenzen liegen, die unser Grundgesetz der Forschung setzt. Andernfalls könnte der Eindruck entstehen, es sei in der Fortpflanzungs- und Gentechnik alles Machbare erlaubt. Allerdings ist dabei dem Ultima-ratio-Charakter des Strafrechts Rechnung zu tragen. Das Strafrecht soll die für ein gedeihliches und geordnetes Leben unerlässlichen Grundwerte schützen, dabei jedoch nicht in zu kleine Münze geschlagen werden. Sonst droht es sein Gewicht zu verlieren, seine Si-



gnalwirkung einzubüßen, die ihm bei sparsamem Gebrauch zukommt.

Der Diskussionsentwurf konzentriert sich deshalb mit seinen wenigen Vorschriften im wesentlichen auf zwei zentrale Anliegen: Zum einen erweitert er den Lebensschutz des noch ungeborenen Lebens; zum anderen verschafft er der Würde des Menschen als unserem zentralen Rechtsgut überall da Geltung, wo sie durch die neuen Techniken besonders betroffen sein kann.

Der Entwurf verbietet unter anderem ausnahmslos, menschliche Embryonen zu Forschungszwecken zu erzeugen. Ferner untersagt er die Forschung an Embryonen, die bei einer Befruchtung außerhalb des Mutterleibs (in-vitro-Fertilisation) übrig geblieben sind, sobald sie die ersten Zellteilungen überschritten und das gleiche Wachstumsstadium erreicht haben, das sie zur Zeit des Abschlusses der Einnistung in die Gebärmutter hätten. Ebenso uneingeschränkt soll untersagt werden, abgegangene, aber noch lebende Embryonen zu Experimenten zu gebrauchen. Verboten werden schließlich aber auch bestimmte Handlungen, die heute, soweit ersichtlich, an menschlichen Zellen und Embryonen noch nicht

vorgenommen werden, nämlich Eingriffe in die menschliche Keimbahn, die Herstellung identischer Mehrlinge - das sogenannte Klonen - und schließlich die Bildung von Chimären und Hybridwesen aus Mensch und Tier.

Möglichen Versuchungen soll vorgebeugt werden

Diese letztgenannte Gruppe von Tatbeständen vorbeugend in den Entwurf aufzunehmen, hat seinen guten Sinn. Denn auch wenn solche Eingriffe, wie uns die Forscher versichern, an „menschlichem Material“ heute nicht durchgeführt werden und teilweise, wie etwa das Klonen, sogar als wenig sinnvoll gelten; Entsprechende Tierversuche belegen, daß diese Eingriffe aber immerhin mehr oder minder erfolgreich möglich wären. Um hier jeder Versuchung vorzubeugen und klar Position zu beziehen, darf deshalb der Gesetzgeber nicht abwarten, bis sich derartige Gefahren verwirklichen. Da in den letzten Jahren fast alle Prognosen über die künftige Entwicklung der Fortpflanzungs- und Gentechnik falsch waren - weil die vorhergesagten Ent-

deckungen und Erfindungen früher als gedacht vorlagen -, kann daher von Voreiligkeit des Gesetzgebers keine Rede sein.

Der vielleicht umstrittenste Bereich ist die Forschung an menschlichen Embryonen. Hier steht die Forschungsfreiheit in besonders deutlicher Konfrontation der Menschenwürde und dem Lebensschutz gegenüber. Nach meiner Auffassung ist es mit der Menschenwürde, Artikel 1 Abs. 1 Grundgesetz (GG), und dem Lebensschutz, Artikel 2 Abs. 2 GG, unvereinbar, menschliches Leben zu erzeugen, ohne dabei dessen Menschwerdung zu beabsichtigen. Insoweit muß sich die in Artikel 5 Abs. 3 GG unbeschränkt garantierte Forschungsfreiheit durch diese anderweitigen, ebenfalls direkt aus dem Grundgesetz folgenden Wertentscheidungen Grenzen setzen lassen. Deshalb verbietet der Entwurf jede Herstellung von Embryonen zu Forschungszwecken.

Noch schwieriger ist jedoch die Beurteilung bezüglich der sogenannten „überzähligen“ Embryonen. Sie wurden im Reagenzglas erzeugt, um sie in die Gebärmutter einer Frau zu übertragen. Scheitert nun der Transfer - gleich aus welchen Gründen - ist für diese bei der In-vitro-Fertilisation

übrig gebliebenen Embryonen die ursprünglich geplante Entwicklung zum Menschen nicht mehr möglich. Da es in solchen Fällen unvermeidbar ist, die Embryonen absterben zu lassen, geht der Entwurf davon aus, daß Experimente an ihnen unter diesen ganz speziellen Umständen und unter äußerst engen Voraussetzungen ausnahmsweise mit der im Grundgesetz festgeschriebenen Wertordnung vereinbar sind.

Ob dies auch der endgültigen Entscheidung des Gesetzgebers entsprechen wird, ist noch offen. Wenn der Entwurf jedoch insoweit unverändert bleibt, kann deshalb die Forschung nicht etwa heilige Experimente vornehmen. Vielmehr verlangt der weiter wirkende grundgesetzliche Schutz der Würde des Menschen, daß es sich um Versuche handelt, die in besonderem Maß dem Leben dienen - ich denke vor allem etwa an die Krebsforschung. Eine der weiteren Voraussetzungen ist, daß die erhofften Erkenntnisse auf anderen Wegen nicht erlangt werden können.

Gemäß dem im Entwurf eines Embryonenschutzgesetzes niedergelegten Vorstellungen ist aber auch diesen verbleibenden Versuchen noch eine zeitliche Grenze gesetzt. Danach

Was vor Jahren kaum vorstellbar war, ist heute bereits Alltag im gentechnologischen Labor: Das Erbgut menschlicher Körperzellen wird im Reagenzglas „bearbeitet“.

sind Experimente auf keinen Fall, auch nicht ausnahmsweise, zulässig, wenn der Embryo ein Entwicklungsstadium erreicht hat, das jenem entspricht, in dem er sich bei abgeschlossener Einnistung in die Gebärmutter befindet. Forderungen von Medizinern, diese Frist zu verlängern, wurden zumindest ins Ausland bereits erhoben. Einer solchen Entwicklung, in der man Embryonen für einen immer längeren Zeitraum sich außerhalb des Mutterleibs entwickeln läßt - einer Entwicklung, deren Endpunkt unter anderen eine künstliche Gebärmutter sein könnte, gilt es zu wehren.

Soweit innerhalb der aufgezeigten engen Grenzen Forschung an Embryonen nicht untersagt werden soll, bedarf es eines geordneten Verfahrens, in dem das Vorliegen der genannten Voraussetzungen geprüft wird. Deshalb bindet der Entwurf die Durchführung von Forschungsvorhaben an eine Genehmigung der jeweils zuständigen obersten Landesbehörde.

Bei dem Genehmigungsverfahren handelt es sich um eine typisch gesundheitsrechtliche Regelung, für die die Gesetzgebungskompetenz nicht beim Bund, sondern bei den Ländern liegt. Die Bundesminister für Jugend, Familie, Frauenfragen und Gesundheit, Frau Prof. Süßmuth, und ich haben deshalb den Regierungen der Bundesländer empfohlen, bezüglich dieser und aller anderen im Bereich des Gesundheitsrechts liegenden Fragen der Fortpflanzungs- und Gentechnik auf möglichst übereinstimmende Regelungen hinzuwirken. Wir haben, um diese Übereinstimmung zu erreichen, auch die Unterstützung durch die Bundesregierung angeboten.

Morgen in der WELT

Künstliche Befruchtung, Samenspende, Leihmütter und Retortenbabys: Die Medizin hat tolle Vorstellungen über das natürliche Werden des Menschen auf den Kopf gestellt. Wie die Rechte von Kindern und Eltern gewährleistet werden sollen, beschreibt Justizminister Engelhard im zweiten Teil seines Beitrags.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/50 41, Telex 8 85 714

„Unsere Kinder musizieren selber“ Nerv getroffen

„Industrie kritisiert die Musikszene“: WELT vom 5. August

Sie zitieren den Geschäftsführer des Bundesverbandes der deutschen Musikinstrumentenhersteller, Notker M. Anton, mit dessen Worten soll der Musikunterricht an den Schulen zur „reinen Schallplatten-Didaktik“ heruntergekommen sein. Dem muß entschieden widersprochen werden.

Die Wirklichkeit ist nämlich ärztlicher - was sich übrigens auch schon in den Produktionsziffern der Branche niederschlägt. Unsere Kinder, Schüler und Jugendlichen musizieren mehr als je zuvor. Die Berliner Musikschulen können den Andrang von neuen Schülern kaum bewältigen. Die Zahl der Musikgruppen an den Berliner Schulen hat sich in fünf Jahren mehr als verdoppelt.

Vorübergehende, durchaus ernstzunehmende Versuche, das bewusste Hören von Musik in den Mittelpunkt des Musikunterrichts zu stellen, erklären sich auch aus dem Reiz, den die immer vollkommener sich entwickelnde Klangqualität von Tonträgern und Wiedergabeanlagen, vor allem in den schmerzlichen Jahren, auf die Musikpädagogik ausübt. Sie sind aber längst der Überzeugung gewichen, daß der beste Weg zur Musik und zum Musikverständnis doch über das eigene Musizieren führt, daß man Musik nur lernt, indem man Mu-

sik selber macht. Eine Sprache eignet man sich auch nur an, indem man sie spricht - und nicht über sie diskutiert. Ganze Klassensätze von Schlaginstrumenten, Stabspielen, Gitarren, Blockflöten oder Keyboards gehören in diesem Sinne inzwischen zur Standardausrüstung jeder schulisches Musiksammlung. Der Schulumusiker, der sich als „Schallplatten-Didaktiker“ begreift, fristet insofern längst ein von den Schülern als Diskjockey und belächeltes Randdasein und trägt zur Demontage der Autorität des Faches bei. Außerdem erfüllt er nicht den Rahmenplan, der in Berlin Singen und Musizieren vorschreibt.

Umfragen haben zudem ergeben, daß das Fach Musik von den Schülern um so häufiger zum Lieblingsfach erklärt wird, je mehr der Unterricht von Praxis und Eigenaktivität geprägt ist. Daß ein so gestalteter Unterricht auch auf einen sinnvollen Umgang mit der eigenen Freizeit vorberichtet, unterstreicht dessen über das Fachliche hinausgehende Bedeutung. Hier sollte Herr Anton Möglichkeiten und Aufgaben der Musikinstrumentenhersteller sehen, und nicht in realitätsfernen Angriffen auf die Schule.

Günter Spanier, Pressesprecher beim Senator für Schulwesen, Berufsbildung und Sport in Berlin

„Das Mandat der Kirche“: WELT vom 14. August

Wo soviel Eifer und Engagement ins Feld geführt wird wie in der Frage um das Verhältnis von Kirche und Politik, scheint es nicht verwunderlich, wie sie nicht es nicht!

Geht es doch um die ungeheure Entwicklung menschlicher Macht in Gestalt der industriellen Zivilisation und darum, ob und wie wir diesen bahyloischen Turm etwa noch lenken und ordnen können, so daß es theologisch zu verantworten ist. Abraham, unser Vater im Glauben, hat seinerzeit von Gott das Mandat erhalten, auszuwandern und sich gewissermaßen demonstrativ zu zerstreuen, auf daß er mit der gigantischen Konzentration und Zuspitzung menschlicher Macht nichts zu schaffen habe.

Sollte es nun stimmen, was Bischof Wilkens sagt und Enno v. Loewenstein zustimmend zitiert, daß nämlich die Kirche in dieser Sache über „ein besonderes Mandat“ nicht verfügt, dann würde das bedeuten, daß wir heute mit diesem Monstrum alleine und von Gott verlassen wären. Das sei ferne!

Gott bewahre uns davor, vom Gewicht unseres eigenen Größenwahns erdrückt zu werden. Sollte er tatsächlich den warnenden Stimmen das Mandat entziehen, so hat er immer noch die Möglichkeit, der Menschheit neu die Sprache zu verwirren. Leichter wär's, wir würden von allein bescheiden werden.

Pastor Hartwig von Schubert, Hamburg 1

Irreführend

Minister, Politiker aller Parteien und die Medien sprechen dauernd von Asylanten, Flüchtlingen und Wirtschaftsflichtlingen.

Diese Bezeichnungen sind völlig irreführend. Von der Flut der „Einwanderer“ in die Bundesrepublik Deutschland können allenfalls zwei Prozent als echte Asylanten oder gar Flüchtlinge eingestuft werden.

Asylsuchende und Flüchtlinge waren von 1938 bis 1945 jüdische Bürger in Deutschland und später in den besetzten Ländern Europas. Deutsche waren Flüchtlinge, welche 1945 ihre Heimat im Osten zwangsweise verlassen mußten und sind es noch heute, wenn sie unter Einsatz ihres Lebens die „Staatsgrenze“ der DDR überwinden.

Einwanderer, welche ohne Gefahr für Leib und Leben, mit Flugzeugen, mit Schiffen, mit der Eisenbahn oder mit dem Auto ihr Heimatland legal verlassen, sind schlicht Auswanderer aus sozialen Gründen. Und darum geht es.

Heinz Behrendt, Bendestorf

Nobelpreiskandidat

„Genscher unter Kohl II“: WELT vom 13. August

Sie schreiben von der Absicht der Verleihung des Friedensnobelpreises an Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Auch der Freundeskreis Internationale Begegnungen, getragen vom Internationalen Club von Hannover und der Hermann-Lindner-Gesellschaft - Europäische Vereinigung für Gesellschaftspolitik - schließt sich dieser Initiative in voller Überzeugung der langjährigen großen Verdienste von Genscher für Versöhnung und Entspannung an.

Wer sich so lange wie unser Außenminister weltweit im Geiste hispanischer Politik so um einen Ausgleich von Ost und West bemüht hat und noch immer bemüht ist, verdient diese hohe Auszeichnung. Nicht so sehr im Sinne eines Abschiednehmens aus Gründen des Parteiproporz, sondern wegen der auf Kontinuität abgestellten und bewährten Außenpolitik.

Carl Doehring, Freundeskreis Internationale Begegnungen, Hannover

„Landbetriege“

„Die Axt und die Nagelschere“: WELT vom 21. August

Seit Jahrzehnten klammert sich die Regierung zäh an der unteren Grenze der Progressionskurve fest, aus ihrer Stellung. Ich werde an Luther erinnern: „Fynantzer sind Landbetriege, die die Leute ums Geld beschreiben.“ Ist Leistung unanständig? Das Festhalten an der überalterten Progressionskurve hat außer der begründeten Verärgerung die Schwarzarbeit gründlich ausgeweitet.

Werner L. J. Plambeck, Hamburg

Wort des Tages

„Genie ist Intelligenz der Begeisterung.“

Friedrich Hebbel, deutscher Autor (1813-1883)

Betrachtung aus Zululand

Die Schwarzen Südafrikas hoffen auf die Macht der Bildung, um ihre Lebensqualität zu verbessern. Obwohl die Regierung die gleiche Versorgung mit Bildung ohne Ansehen von Rasse, Farbe, Glauben oder Geschlecht grundsätzlich akzeptiert hat, lehnte sie das Konzept eines Erziehungsministeriums für alle Bevölkerungsgruppen und die gemeinsame Nutzung von Einrichtungen ab.

Es besteht eine große Lücke zwischen den staatlichen Pro-Kopf-Ausgaben für weiße Schüler (1221 Rand) und schwarze Schüler (165,23 Rand). Die Zahl der schwarzen Schüler ist groß und steigt rasch. Als Ergebnis



Alexander J. Thembe

langjähriger Unterversorgung und Diskriminierung entstand ein riesiger Nachholbedarf. Das Unternehmen, die Qualität der Erziehung für Schwarze in Südafrika zu steigern, bedarf vor allem zweierlei: Investitionen für Unterbringung und Einrichtungen sowie ausgebildete Lehrer. Um gute Lehrer zu interessieren, zu trainieren und zu behalten, bedarf es eines entsprechenden wirtschaftlichen Umfeldes.

Ohne adäquate Unterbringung sind Lehrer überarbeitet, demotiviert und erreichen nicht ihre maximale Leistungsfähigkeit. Deshalb ist die Infrastruktur eine Priorität auf dem Weg zu gleichem Ausbildungsstand der Bevölkerungsgruppen.

Die politische Unruhe im Lande hat eine Lage geschaffen, in der Zehntausende schwarzer Kinder geeignete Stadtteile ohne jeglichen geregelten Unterricht leben. Viele Schulen wurden niedergebrannt. Die Schuldisziplin ist in manchen Gegenden völlig zusammengebrochen. Die

Kardinal Höffner

„Größe sind für Katholiken nicht wählbar“: WELT vom 22. August

In Ethikfragen ist Kardinal Höffner Wortführer aller bekennenden Christen. Dies gilt besonders für sein Engagement für das ungeborene Leben und für seine Warnung vor den Grünen. Dem katholischen Kirchenführer danken viele evangelische Christen von ganzem Herzen!

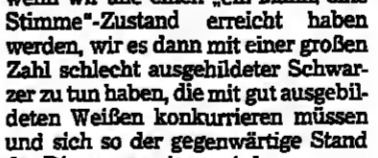
Heinrich Wischmeyer, Osnabrück

Berufung

Die Dresdner Philharmonie hat einen neuen Chefdirigenten: Mit Wirkung vom 1. September 1986 wurde der 33jährige Jörg-Peter Weigle als Nachfolger des im vergangenen Jahr in den Ruhestand getretenen Herbert Kegel berufen. Kegel wird weiterhin ständiger Gastdirigent in diesem Orchester sein. Weigle war zuletzt Chefdirigent des Rundfunk-Sinfonie-Orchesters Leipzig.

GEBURTSTAGE

Die Berliner Musikszene feiert am 1. September ihren 85. Geburtstag. An diesem Tag findet zu ihren Ehren ein Festakt der Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfreunde (Gedok) und der Neuen Gesellschaft für Literatur im Berliner Literaturhaus statt. Am 1. September erscheint von Karla Höcker die



Karla Höcker

Biographie „Carl Maria von Weber“ (Erika Klopp Verlag, Berlin). Die Autorin ist außerdem Verfasserin zahlreicher Rundfunkfeatures und arbeitete auch für das Fernsehen.

Der frühere Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen (von 1949 bis 1969), Ernst Wilm, feierte gestern seinen 85. Geburtstag. Der Theologe ist Mitbegründer und Ehrenpräsident der Konferenz Europäischer Kirchen. Besondere Verdienste erwarb er sich nach dem Krieg durch seinen Einsatz für Vertriebene und Flüchtlinge. Er ist Ehrenbürger der ostwestfälischen Stadt Espelkamp, die 1948 gemeinsam von Staat und Kirche als Siedlung für Flüchtlinge und Vertriebene gegründet worden war. Wilm gehörte dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und dem Rat der Evangelischen Kirche der Union an. Die Bemühungen von Ernst Wilm, die Gemeinschaft unter den christlichen Kirchen weiter zu stärken, hat Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Glück-

Raus Kinder

Jetzt schleppt Johannes Rau seine kleinen Kinder quer durchs Land, stellt sie zur Schau, vermarktet sie regelrecht. Kleine Kinder brauchen liebevolle Zuwendung in ruhiger Atmosphäre, damit sie sich entfalten können. Was Rau seinen Kindern zur Zeit antut, ist das Gegenteil davon. Mich wundert, daß Frau Rau das alles - widerspruchslos! - mitmacht.

Renate Sommer, Mülheim

Personen

BERUFUNG

Die Dresdner Philharmonie hat einen neuen Chefdirigenten: Mit Wirkung vom 1. September 1986 wurde der 33jährige Jörg-Peter Weigle als Nachfolger des im vergangenen Jahr in den Ruhestand getretenen Herbert Kegel berufen. Kegel wird weiterhin ständiger Gastdirigent in diesem Orchester sein. Weigle war zuletzt Chefdirigent des Rundfunk-Sinfonie-Orchesters Leipzig.

GEBURTSTAGE

Die Berliner Musikszene feiert am 1. September ihren 85. Geburtstag. An diesem Tag findet zu ihren Ehren ein Festakt der Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfreunde (Gedok) und der Neuen Gesellschaft für Literatur im Berliner Literaturhaus statt. Am 1. September erscheint von Karla Höcker die



Karla Höcker

Biographie „Carl Maria von Weber“ (Erika Klopp Verlag, Berlin). Die Autorin ist außerdem Verfasserin zahlreicher Rundfunkfeatures und arbeitete auch für das Fernsehen.

Der frühere Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen (von 1949 bis 1969), Ernst Wilm, feierte gestern seinen 85. Geburtstag. Der Theologe ist Mitbegründer und Ehrenpräsident der Konferenz Europäischer Kirchen. Besondere Verdienste erwarb er sich nach dem Krieg durch seinen Einsatz für Vertriebene und Flüchtlinge. Er ist Ehrenbürger der ostwestfälischen Stadt Espelkamp, die 1948 gemeinsam von Staat und Kirche als Siedlung für Flüchtlinge und Vertriebene gegründet worden war. Wilm gehörte dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und dem Rat der Evangelischen Kirche der Union an. Die Bemühungen von Ernst Wilm, die Gemeinschaft unter den christlichen Kirchen weiter zu stärken, hat Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Glück-

VERANSTALTUNG

Weinselig soll es am 23. September im Bundeskanzleramt zugehen: Dies aber nicht, weil Helmut Kohl ein großer Freund der Pfälzer Weine ist. Der Bonner Regierungschef will ein Versprechen einlösen, das er der Deutschen Weinwirtschaft schon 1985 gab: nun selbst etwas zu tun, um nach den vielen Weinskandalen dem eigentlich guten Ruf des Weines aus deutschen Länden wieder auf die Beine zu helfen. Zur „Präsentation des Deutschen Weines“ in der Regierungszentrale werden auch Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle und Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg kommen. Der Kanzler als Gastgeber wird unterstützt von Vertretern der Deutschen Weinwirtschaft, von dem Stabilisierungsfonds für Wein und von der CMA, der Centralo Marketing Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft.

KIRCHE

Papst Johannes Paul II. hat zwei litauische Bischöfe zu Mitgliedern vatikanischer Kongregationen ernannt. Vincentas Sladkevicius, Apostolischer Administrator von Kaistadors, wurde neues Mitglied in der Sakramentenkongregation, und Antanas Valcius, Administrator von Telisai und Klaipeda, gehört künftig der Kleruskongregation an.

GESTORBEN

Der französische Philosoph und Romanschreiber Raymond Abbellio ist am Dienstagabend in Nizza im Alter von 78 Jahren gestorben. Abbellio, der mit hürigerlichem Namen Georges Soules hieß, hatte sich nach einem Ingenieurstudium zunächst der Politik zugewandt und war in den Jahren 1937 bis 1939 Vorstandsmitglied der Sozialistischen Partei. In seinem literarischen und philosophischen Schaffen verschiebte sich Abbellio den Geisteswissenschaften und der Metaphysik, die er zum Gegenstand mehrerer Essays machte. Für seinen ersten Roman, „Heureux les Paquebots“, wurde er 1947 mit dem Prix Sainte Beuve ausgezeichnet.

Die Wende der Sozialdemokraten

Studie über Ursprünge des Anti-Amerikanismus

Diese Studie kommt zur rechten Zeit, um einige Ordnung in das verworrene Bild des deutschen Anti-Amerikanismus zu bringen. Es scheint Emil-Peter Müller vordringlich, die frühen Wurzeln der kulturellen Geringschätzung und der gesellschaftspolitischen Vorurteile freizulegen, denen die Vereinigten Staaten seit ihrer Gründung bis zum Ersten Weltkrieg im deutschen Bürgertum begegneten.

Wie der Verfasser hervorhebt, ist es nicht die Andersartigkeit, die solche Irritationen erzeugt, sondern im Gegenteil der Umstand, daß Amerikas

Emil-Peter Müller: **Anti-Amerikanismus in Deutschland**. Deutscher Instituts-Verlag, Köln. 172 S., 25 Mark.

Gesellschaft, durch ihr europäisches Erbe vorgeformt, die Urteilsfindung kompliziert. Die verwandtschaftliche Nähe hat in der Einstellung Deutschlands zur Neuen Welt klassenbedingte Gegensätze dramatisiert und psychologische Mißverständnisse hervorgebracht. Während das Bildungsbürgertum des 19. Jahrhunderts mit Herablassung auf die „Unkultur“ der Amerikaner reagierte, aber kaum politische Kritik geltend machte, habe die deutsche Linke, glaubt Müller, ihre politischen Hoffnungen auf den sozialen Ausgleich und den demokratischen Fortschritt gerichtet, der damals dem Kaiserreich aus den USA ins Gesicht wehte.

Es ist ein bemerkenswertes Phänomen, das Sozialdemokraten zu denken geben mußte, daß die Geschichte

ihrer Partei, die bis nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine pro-amerikanische Grundhaltung gekennzeichnet war, neuerdings von einer Führung, die kurzfristig auf taktische Vorteile fixiert ist, abrupt über Bord geworfen wurde.

Die anti-amerikanische Animosität kam erst relativ spät zum Zuge, nämlich als die militärische Präsenz der USA in der Bundesrepublik verbunden mit dem Großmachtduell um die europäische Hegemonie, den neutralistischen Tendenzen Auftrieb gab. Um die Amerikafeindlichkeit anzukurbeln, genügte eine nicht allzu umfangreiche, aber gewalttätige Minderheit, die sich pazifistisch tarnte, aber durch ihren Terrorismus größere Wirkungen erzielte, als es ihrer tatsächlichen Stärke entspricht.

Eine Stärke von kühler Objektivität, Berndt von Staden, der als Koordinator der nicht an die Tagespolitik gebundenen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit über entsprechende Erfahrungen verfügt, macht für diese bedrohliche Entwicklung neben der voreingenommenen Medienkampagne „gewisse Kreise“ verantwortlich, die dafür nach seiner Überzeugung „erhebliche Mittel“ einsetzen könnten. Hinzufügen sollte man, daß die Öffentlichkeitsarbeit in den USA wie in der Bundesrepublik viel zu wünschen übrig läßt. Der Einseitigkeit, ja häufig Bösartigkeit, mit der ein Teil der deutschen Presse und der elektronischen Medien Amerika moralisch niedermachen versucht, steht auf amerikanischer Seite eine Lückenhaftigkeit der Europa-Berichterstattung gegenüber, die auf den freiwilli-



Noch dem US-Angriff auf Libyen: Antiamerikanische Demonstration in der Frankfurter Innenstadt. FOTO: DPA

gen Verzicht hinausläuft, sich mit dem Anti-Amerikanismus intensiv auseinanderzusetzen.

Der großen Mehrheit der Amerikaner und Deutschen ist es bisher entgangen, wie lange sie schon mit dieser Entfremdung leben. Niemand bat zunächst bemerkt, was die Bildung der Großen Koalition in Bonn wirklich bedeutete. Sie schuf schon 1966, also vor genau 20 Jahren, die psychologische Voraussetzung für eine amerikafeindliche Animosität. Ohne den Spielraum, der durch sie den außerparlamentarischen Bewegungen geschenkt wurde, hätte die Agitation gegen die USA nie die Schärfe und den Umfang erreichen können, die heute zu Störfaktoren in den Beziehungen beider Länder geworden sind.

Emil-Peter Müller kommt zu dem Schluß, daß sich daran so bald nichts ändern kann. Er führt das vornehmlich auf den schwankenden Kurs der SPD zurück. Während Willy Brandt noch 1971 als Kanzler die SPD strikt gegen den Kommunismus abgrenzte und von einer Rückentwicklung der Reformpartei des Godesberger Pro-

gramms zu einer Kaderpartei nichts wissen wollte, nehme er heute eine ganz verschiedene Haltung ein. Bezeichnend dafür seien emotionale Besuche, wie er sie dem Kuba Fidel Castro und Nicaragua abstatte, sowie seine Kampagne gegen die Mittelamerikapolitik der USA.

Das alles geht wohl auf die unrealistische Überzeugung Brandts zurück, daß eine Mehrheit links der Mitte noch immer zu finden sei. Eine Ansicht, die bei weitem nicht von den meisten seiner Parteigenossen geteilt wird. Nach einer Allensbacher Umfrage von 1985 bekundeten 46 Prozent der SPD-Mitglieder Sympathien für die USA – ein stattlicher Anteil, der sich angesichts der scharfen Spannungen in der Partei inzwischen kaum verringert haben dürfte. Den Ausschlag geben in einer industriellen Wohlstandsgesellschaft wie der Bundesrepublik am Ende auch bei den Sozialdemokraten sicherheitspolitische Überlegungen und nicht die verstaubten ideologischen Vorurteile gegen das kapitalistische Amerika.

HEINZ BARTH

Erkundungen am verfluchten Gebirge

Ein Buch über Albanien gestern und heute

Der frühere österreichische Diplomat Walther Peinsipp ist einer der wenigen Westeuropäer, die in die albanischen Probleme wirklich eingedrungen sind. In den sechziger Jahren war er österreichischer Botschafter in Belgrad, von wo er die heraufkommende Kosovo-Frage – den Konflikt der albanischen Bevölkerungsmehrheit mit den Serben und mit Jugoslawien – beobachtet konnte. Während des Zweiten Weltkriegs war der promovierte Jurist ungewollt deutscher Soldat in den nordalbanischen Bergen – im eigentlichen „Shkypetarenland“, das nördlich von Tirana beginnt und sich bis zum Skutari-See und dem „Projektje“ (dem verfluchten Gebirge) an der heutigen jugoslawisch-albanischen Staatsgrenze erstreckt.

Von Peinsipp erfährt man zunächst, daß Albanen nicht immer gleich Albaner ist: Die Nation teilt sich in zwei Stämme – die beweglichen, mediterranen, von Griechenland beeinflussten Tosken im Süden des heutigen Albanien – und die Gegebenen sowie die eigentlichen „Shkypetaren“ im Norden, in den albanischen Alpen. Ein wenig vereinfacht gesagt: Die Tosken waren während des Zweiten Weltkriegs Kommunisten. Aus ihrer Mitte stammten Enver Hodscha und der größte Teil der heutigen albanischen Partei- und Staatsführung.

Das Bergvolk der „Shkypetaren“ im Norden war seiner Tradition und Lebensauffassung nach eher antikommunistisch. Da die deutsche Wehrmacht 1943 Albanien von der italienischen Besatzung befreite und sich die Soldaten durchweg korrekt verhielten, waren und sind die Deutschen auch heute noch bei den Shkypetaren hoch angesehen. Dazu der Verfasser: „Die Kommandeure der Wehrmacht achteten auf strengste Disziplin der Truppe in deren Verhalten der Bevölkerung, vor allem den Frauen, gegenüber. Kamen einmal Übergriffe vor, wurden sie stets und raschestens abgestellt. Die Wehrmacht mischte sich auch nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes ein. Die Truppe lebte streng getrennt von der Bevölkerung...“

Peinsipp vergleicht die shkypetarischen Bergrepubliken samt ihrer Sippen- und Stammesverfassung sowie

einer Rechtsordnung, die in eine uralte Vergangenheit und Vorzeit zurückreichte, mit den schweizerischen Urkantonen des Mittelalters. Für ihn ist das shkypetarische Gemeinwesen, wie er es noch während des Zweiten Weltkriegs kennenlernte, das Modell einer gewachsenen Demokratie. Peinsipp erklärt aus dieser uralten Rechtsordnung und aus einem lebendigen Ethos der Shkypetaren auch die dem Westeuropäer unbegreiflichen Elemente: Wie die bis jüngst noch praktizierte Blutrache, zugleich aber auch die Heiligkeit des Gastrechts oder die unbedingte Geltung eines gegebenen Ehrenworts. Von diesem Gastrecht haben übrigens die Deutschen während ihres Rückzugs 1944 profitiert: Die Shkypetaren griffen die abziehende Wehrmacht nicht an, weil die Deutschen als Gäste betrachtet wurden.

Walther Peinsipp: **Das Volk der Shkypetaren**. Geschichte, Gesellschafts- und Verfassungsordnung. Verlag Böhlau, Wien-Köln-Graz. 303 S., 78 Mark.

petaren griffen die abziehende Wehrmacht nicht an, weil die Deutschen als Gäste betrachtet wurden.

Von den shkypetarischen Volksführern schreibt der Verfasser: „Vor allem waren sie Herren, die nicht Stolz mit Eitelkeit oder Parvenümanieren verwechselten. Sie fühlten sich ihrer Hausgemeinschaft und ihrem Geschlecht verpflichtet, jedoch waren sie sich stets bewußt, daß die Verdienste der Ahnen nur zählen, wenn ihnen die Leistung der Lebenden folgt.“ Die Shkypetaren seien „von der Christenheit verlassen“ auch unter Jahrhunderte dauernder Fremdherrschaft ein freies Volk geblieben.

Peinsipp ist sich darüber klar, daß die archaische und heroische Lebensform dieser albanischen „Bergrepubliken“ durch die modernen Verhältnisse und den Kommunismus ausgehöhlt und vielleicht schon vernichtet worden ist. Aber vieles, was uns an den heutigen Albanern – auch an den Kommunisten in Tirana – auf den ersten Blick unbegreiflich erscheint, wird plötzlich transparent und erklärbar, wenn man Peinsipp gelesen hat. Darin liegt das große Verdienst dieses Buches. CARL GUSTAF STRÖHM

Daten des Terrors

Die ersten Strategiepapiere der „Roten Armee Fraktion“ erschienen in den Jahren 1971 und 1972. Heute sind sie weitgehend vergessen. Die neue Generation der Terroristen hat schwächere Bildungsvoraussetzungen als die Baders, Meinhofs und Ensslins. Das „Prinzip der Praxis“ hat theoretische Auseinandersetzungen eindeutig in den Hintergrund gedrängt. Die Bekennerschreiben nach den Attentaten der 80er Jahre dienen nur noch der Rechtfertigung der Aktion und vermögen nicht mehr zukunftsweisende Strategien darzustellen.

Diese Entwicklung schildert der Autor in knapper und klarer Form. Er beschreibt Entstehung und Hintergründe des deutschen Terrorismus und zeigt die internationalen Zusammenhänge auf, die sich in den 70er Jahren nur als mitterläufige Beispiele und noch nicht als tatsächliche Zusammenarbeit darstellten. Heute existierende Bündnisse in der Praxis, so zwischen der RAF und der französischen „Action Directe“ sowie – weit schwächer – mit den belgischen „Cellules Communistes Combattantes“ (CCC). Ziel ist der Aufbau einer „anti-imperialistischen Front in Westeuropa“.

In dem Buch wird deutlich, daß der deutsche Terrorismus – nicht zuletzt wegen seines Theoriedefizits – rücksichtsloser und brutaler geworden ist. Geiselnahmen kommen nicht mehr in Frage. Die Repräsentanten des „militärisch-industriellen Komplexes“ werden nicht mehr gefangengenommen, sondern ermordet.

Das hat zu Diskussionen innerhalb der militanten Linken geführt. Der Versuch, die Tötung

Werner Kahl: **Vorsicht Schußwaffen!** Von kommunistischem Extremismus, Terror und revolutionärer Gewalt. Otago Verlag, München. 200 S., 16,80 Mark.

des amerikanischen Soldaten Pimental zu rechtfertigen, hat nur noch Energie unterstützt. Der Frankfurter Kongreß im Februar 1986 machte die unterschiedliche Auffassung zwischen Anhängern der RAF und Vertretern der autonomen Linken klar. Auch die neue Unterschrift der RAF, „Zusammen kämpfen“, kann die wachsende Isolierung der RAF nicht verdecken. Gleichwohl wird sie, wie der Verfasser unterstreicht, weiterkämpfen, auch ohne Aussicht auf Erfolg.

Das Buch zeichnet sich durch eine ungewöhnliche Vielzahl von Fakten aus, von denen einige auch den Fachleuten entfallen sind oder nicht bekannt waren, so zum Beispiel die Tatsache, daß Anwälte der links-extremistischen Szenen über den inzwischen verstorbenen Rechtsanwalt Prof. Friedrich Karl Kaul der DDR-Führung vorschlugen, die Gefangenen von Stammheim gegen politische Häftlinge in „DDR“-Haftanstalten auszutauschen.

Das führt zur Rolle des Ostblocks. Kahl betont zu Recht, daß eine Steuerung des Terrorismus in Deutschland durch sowjetische Zentren nicht nachgewiesen werden könne und unwahrscheinlich sei. Er unterstreicht aber anhand von Beispielen, daß der Ostblock dem Terrorismus immer wieder indirekte Unterstützung gewährt habe. Das Buch verbindet Sachkunde mit Spannung.

HANS JOSEF HORCHEM

Leiden im Lager

Das tragische Leben der Hilda Vitzthum



Hilda Vitzthum in den 50er Jahren. FOTO: DIE WELT

Da wächst, 1902 geboren, in einer österreichischen Beamtenfamilie ein intelligentes Mädchen auf. Früh kommt es mit der sozialistischen Jugendbewegung in Berührung, tritt Anfang der 20er Jahre in die KPÖ ein. Als Mitglied des antifaschistischen Komitees wird Hilda Vitzthum 1929 kurzzeitig verhaftet, fährt sofort nach ihrer Freilassung auf Vorschlag der Partei zu einem einjährigen Kurs über politische Ökonomie und Leninismus nach Moskau. Dort lernt sie den Gruppenleiter Georgi kennen.

Nach diesem Kurs lebt sie wieder in Wien und arbeitet im Untergrund. Nicht nur um einer zensurhaften Verhaftung zu entgehen, vor allem aus persönlichen Gründen reist sie erneut nach Moskau, heiratet Georgi, wird in die KPdSU übernommen und erhält den Auftrag, an der Seite ihres Mannes die Kulturarbeit für die zahlreichen ausländischen Arbeiter in Kuznez, der entstehenden Industrieanlage, zu organisieren. Sie bekommt zwei Kinder, die Tochter stirbt nach einem Unfall.

Sozialismus scheint keine Utopie mehr zu sein; der erste Fünfjahresplan mobilisiert die Massen. Doch dann folgt das Jahr 1937. Der „demo-

kratische Zentralismus“, mit anderen Worten die Parteilitokratie, läßt Fragen oder andere Meinungen nicht aufkommen und beginnt mit der großen „Säuberung“. Tausende Erbauer von Kuznez werden über Nacht verhaftet. Statt wie versprochen in der „Gartenstadt“ zu wohnen, verschwinden sie für zehn bis fünfundzwanzig Jahre in den Arbeitslagern.

Auch Hilda kommt in ein Lager. Ihr Mann, ein überzeugter Kommunist, wird als „Volksfeind“ erschossen; den Sohn nimmt Georgis Bruder zu sich. Kaum hat sich Hilda an ein Lager gewöhnt, verlegt man sie in ein anderes. Sie ist oft sehr krank. Es herrscht ein Leid ohne Gleichen, Erschießungen sind an der Tagesordnung. Allein der Gedanke an ihren Sohn läßt sie durchhalten. Durch die Intervention einiger Freunde wird Hilda schließlich 1948 aus der Lagerhaft entlassen. Sie holt ihren Sohn, besorgt sich mit letzter Kraft zwei Pässe. Heute lebt Frau Vitzthum wieder in Wien.

JÜRGEN K. HULTENREICH

Immer umgetrieben

Geschichte der Juden in Böhmen und Mähren

Orthodoxe oder chassidische Ostjuden auf der einen Seite, aufklärerische oder assimilierte Westjuden auf der anderen, mit diesem Raster scheint die jüdische Wirklichkeit in Europa zu erfassen zu sein. Doch dieser Eindruck täuscht. Darauf macht die Autorin mit ihrem „historischen Lesebuch“ aufmerksam.

Die zwiespältige Situation des „Prager Kreises“, der deutschschreibenden Juden zwischen Tschechen und Deutschen, ist eingemeißelt bekannt, weil eine Interpretation der Werke Kafkas, Werfels, Brods ohne Berücksichtigung dieser Tatsachen nicht möglich ist. Diese Zwitterstellung war das Ergebnis einer langen Entwicklung, denn anders als die Juden im polnisch-russischen Raum

Wilma Iggers: **Die Juden in Böhmen und Mähren**. Verlag C. H. Beck, München. 392 S., 58 Mark.

lebte diese Minderheit in den böhmischen und mährischen Ländern nicht von der übrigen Bevölkerung weitgehend isoliert.

Trotzdem war die jüdische Existenz voller Probleme, weil die Böhmen und Mähren die Juden als Verbündete der Deutschen sahen – seit dem Toleranzpatent von Joseph II. (1782) mußten sie deutsche Namen tragen und ihre Geschäftsbücher deutsch führen – die Deutschen sie aber nicht als gleichberechtigt akzeptierten. Im tschechischen Antisemitismus treten deshalb zu den religiösen und wirtschaftlich motivierten

Vorurteilen gegen die Juden auch noch nationale.

Deren Auswirkungen waren selbst nach dem Zweiten Weltkrieg noch virulent, wie Wilma Iggers belegt. Die deutschsprachigen Juden, die zurückkehrten, mußten die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft neu beantragen. Und wer zwischen den Kriegen, als sich die Bewohner der Tschechoslowakei für die tschechische, deutsche oder jüdische Nationalität entscheiden konnten, die jüdische gewählt hatte, wurde nicht wieder eingebürgert.

Erstaunlich ist, daß die Geschichte der Juden in Böhmen und Mähren bislang nur wenig wissenschaftliches Interesse fand. Es sind in neuerer Zeit lediglich zwei Bücher in Deutsch zu diesem Thema erschienen, die „Neuere Geschichte der Juden in den böhmischen Ländern“ von Ruth Kestenberg-Gladstein (1969), die leider nicht über „Das Zeitalter der Aufklärung 1780-1830“ hinausgedieh, und „Die Juden in den böhmischen Ländern“ (1983), ein Band mit den Vorträgen einer Tagung des Collegium Carolinum über Einzelaspekte der Zeit seit dem Mittelalter.

Wilma Iggers beschränkt sich auf die zweihundert Jahre von der – allerdings nur kurzzeitigen – Ausreibung der Juden aus dem Erbkönigreich Böhmen 1744 durch Maria Theresia bis zum neuen kommunistischen Antisemitismus, der offen beim Slangky-Prozess 1952 hervortrat. Diese zwei Jahrhunderte mit dem ständigen Wechsel zwischen Hoffnung und Verfolgung werden in den Berichten von Zeitgenossen anschaulich.

PETER DITTMAR

Große Fleißarbeit

Neuer Gesamtkatalog atomarer Einrichtungen

Bei der Ankündigung dieses Buches wird mit pompösen Worten nicht gegeizt. Zum ersten Male zeige „Nuclear Battlefields“ Athenäum Verlag, Königstein. 416 S., 49,80 Mark), in welchem Ausmaß alle Länder der Welt in die nukleare Logik eingebunden seien. Und mit erschreckender Deutlichkeit werde erkennbar, daß eine quantitative Verringerung der Nuklearwaffen die atomare Kriegsmaschinerie, die ihre eigenen Sachzwänge reproduziere, nicht außer Gefecht setzen werde.

Das Buch der amerikanischen Journalisten Arkin und Fieldhouse will der Stichwortgeber für die „Friedensbewegung“ sein. Es will den augenscheinlich uninformierten und vielleicht desinteressierten Zeitgenossen anstehen, sich dem Protest gegen die atomare Rüstung anzuschließen. Zitat: „Das größte Hindernis für die Beteiligung des Bürgers stellt die Geheimhaltung dar... Die Offiziellen schweigen aus einem naheliegenden Grund: Alles spielt sich in nächster Nähe eines jeden ab. Schweigen verhüllt die Verbindungen zwischen einer unangenehmen

Anlage oder einem ungeschönten Anblick vor Ort und den Ereignissen im Weltmaßstab. Dieses Schweigen ist die beste Waffe, um öffentliche Neugier im Zaum zu halten.“

Von solchen Sätzen bis zu dem Entschluß, sich hockierend vor die nächste Kaserne zu setzen, scheint es für manchen nur ein kurzes Stück zu sein. Jedenfalls möchte das Buch dies dem Leser suggerieren. Es ist eine überdimensionale Fleißarbeit an atomaren Einrichtungen der Supermächte und der kleineren Länder, die über Nuklearwaffen verfügen, vorhanden ist, wird in einem umfangreichen Katalog aufgelistet und dargestellt.

Für jeden Interessierten muß aber klar sein: Dieser Text ist geschrieben, um destruktiv die Verteidigungsplanung der USA und ihrer Verbündeten zu unterminieren. Deshalb enthält das Buch nicht nur Aufklärung, die jeder nüchtern Wägen sollte, es agitiert gegen das System, das uns den Frieden im Atomzeitalter erhält.

RÜDIGER MONIAC

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!

LUDWIG ERHARD:

Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.

Ludwig Erhard

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen.

Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“.

Themen in der 26. Ausgabe der „Orientierungen“ sind unter anderem der Wohlfahrtsstaat, die Funk-

tion der Vermögenspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft und die Kosten des Gesundheitswesens. Die Perspektiven der sowjetischen Wirtschaft, die Kooperationsmöglichkeiten der Industrie mit Partnern in der Dritten Welt und der soziale Anspruch der Agrarpolitik werden überprüft. Das Heft enthält einen Beitrag zum Verhältnis von Kirche und Wirtschaft sowie die Jahresbibliographie 1985 zur Sozialen Marktwirtschaft mit 1375 Titeln.

Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? – Schreiben Sie uns:

Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1.



NACHRICHTEN

Sperre für Groh

Frankfurt (sid) - Mit einer Sperre von vier Wochen wegen unsporlichen Verhaltens ist Jürgen Groh (1. FC Kaiserslautern) vom Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) bestraft worden.

Marseille weiter unbesiegt

Paris (sid) - Olympique Marseille bleibt mit dem deutschen Nationalspieler Karl-Heinz Förster nach dem 0:0 bei Stade Rennes weiterhin ungeschlagen.

Delzepich nach Österreich

Aachen (dpa) - Günter Delzepich wechselt vom Fußball-Zweitligaklub Alemannia Aachen zum österreichischen Erstligaklub Sturm Graz.

Organisiertes Rowdytum

London (dpa) - Die britische Fernsehgesellschaft BBC will Vereinigungen entdecken, die Fußball-Rowdytum organisieren.

Schüler unterlagen

Royan (sid) - Deutschlands Fußball-Schüler (unter 15 Jahre) verloren in Royan ein Länderspiel gegen Frankreich mit 2:4.

Kaiserslautern: Gewinn

Kaiserslautern (dpa) - Die Bilanz des Fußball-Bundesligaklubs 1. FC Kaiserslautern weist einen Gewinn von 1,694 Millionen Mark auf.

50 000 Karten verkauft

Nürnberg (sid) - Das Bayern-Deby in der Fußball-Bundesliga zwischen dem 1. FC Nürnberg und Bayern München am 3. September ist fast ausverkauft.

Maria Canins verletzt

Colorado Springs (sid) - Die Italienerin Maria Canins zog sich bei einem Sturz einen Schlüsselbeinbruch zu und kann bei den Rad-Weltmeisterschaften in Colorado Springs nicht starten.

ZAHLEN

FUSSBALL Erste englische Division, 2. Spieltag: Coventry - Arsenal 2:1, Luton - Southampton 2:1, Queens Park - Watford 3:2, Wimbledon - Aston 3:2.

ISHOCKEY

Europacup: ZSKA Moskau - Södertälje 10:2, Rosenheim - St. Gervais 9:4.

TENNIS

US-Open in Flushing Meadow, 1. Runde: Jelen (Deutschland) - Woodforde (Australien) 6:3, 4:6, 2:6, 6:4, 6:4.

Damen, 1. Runde: Baris-Cerrey (Ungarn) - Betzner (Deutschland) 6:1, 7:5, Hanika (Deutschland) - White (USA) 7:6, 6:2.

Seine Situation stellt sich für ihn so dar: „Mein Spiel findet im Kopf statt. Leider habe ich keinen Schalter zum Ein- oder Ausschalten wie das Licht.“

LEICHTATHLETIK / Jürgen Hingsen jagt Olympiasieger Daley Thompson - Guido Kratschmer verletzt ausgeschieden

Jürgen Hingsen jagt Olympiasieger Daley Thompson, der seit 1979 im Zehnkampf unbesiegt ist. Nach drei Übungen (100 m, Weit, Kugel) hat der Brit 54 Punkte Vorsprung.

Enttäuschung um die Stabhochspringer aus der Bundesrepublik Deutschland. Jürgen Winkler und Bernhard Zintl fehlen bei der Entscheidung am Freitag.

Zwei ehemalige Weltrekordlerinnen müssen heute bei der Entscheidung im Hochsprung zusehen: Die Italienerin Sara Simeoni und Tamara Bykov aus der UdSSR.

Die große Überraschung des ersten Wettkampftages: Drei Italiener gewannen die Medaillen beim Lauf über 10 000 m.

Ein großes, trauriges Mädchen und ein Sieger, der vorgibt, „zum Schlafen geboren“ zu sein

Kugelstoßerin Claudia Losch und der starke Druck, der von außen kam. Wehmütiges Lachen: „Eigentlich jammerschade, ich habe soviel drauf“

JÖRG STRATMANN, Stuttgart Aus ihren Augen spricht die Enttäuschung. Scheinbar gelassen sitzt sie da, beantwortet geduldig jede Frage.

Gold. Gut gemeinte Worte. Die aber das Gegenteil bewirken bei jemandem, der sich lieber vollständig abschottet, um in Ruhe zu arbeiten.

Vergleich mit den Besten zu bestätigen. Vor allen Dingen nach ihrem Olympiasieg von Los Angeles. Doch mit dieser Art Druck könne sie besser umgehen.

Ein italienischer Abend im Neckarstadion. Drei Läufer - lässig, freundlich, selbstbewusst

JÖRG STRATMANN, Stuttgart Ein Kleblatt in Anz. Mei, Cova, Antibo, drei Namen, die für den ersten Höhepunkt der Europameisterschaften von Stuttgart stehen.

Seriensieger, Olympiasieger, Weltmeister, nach eigener Aussage ebenso ehrgeizig wie eitel, der nach schnell überwindener Enttäuschung souverän und leicht amüsiert Rede und Antwort steht.

Vierte war die Fühlerin geworden. Ein großer Erfolg. Schließlich waren, anders als in Los Angeles, die weltbesten Kugelstoßerinnen angetreten.

Kratschmer: So höre ich nicht auf Für Guido Kratschmer war der Zehnkampf schon nach zwei Disziplinen beendet. Eine Muskelzerrung im linken Oberschenkel, die er sich beim dritten Weitsprung-Versuch zugezogen hatte.

Nein, der Regen war es nicht, eher die ermüdenden Pausen. Gut drei Stunden dauerte der Wettbewerb für den einseitig Stunden vorgesehen waren.

Und in erster Linie war es kein Erfolg für Claudia Losch selbst. Sie sah da, blickte gedankenverloren vor sich hin und zerrückte den längst leeren Plastikbecher ihres ersten Erfrischungsgetränks.

Der Masseur hatte den 33 Jahre alten Kratschmer, dessen immer stärker gewordene Muskulatur auch ständiges Verletzungsrisiko bedeutete, vor dem Wettkampf noch einmal untersucht.

In diesem Jahr noch, wie geplant, Wettkämpfe zu bestreiten, kann sie sich nicht vorstellen. „Eigentlich jammerschade“, lacht sie traurig, „ich habe so viel drauf.“

TENNIS

Niederlage - da lächelte McEnroe

sid/dpa, New York

Paul Annacone bewies Stil. „Sorry, John“, sagte er am Netz auf dem Center Court von Flushing Meadow, als er nach seinem Erfolg dem tragischen Verlierer John McEnroe die Hand drückte.

Das Resultat von 6:1, 1:6, 3:6, 3:6 war bitter. „Ich fühle mich fast ein bisschen schlecht, McEnroe geschlagen zu haben“, sagte Sieger Annacone.

John McEnroe kam ins Nachdenken: „Die Vergangenheit ist Vergangenheit. Es ist Zeit, nach vorn zu blicken und Entscheidungen für die Zukunft zu treffen.“

Seine Situation stellt sich für ihn so dar: „Mein Spiel findet im Kopf statt. Leider habe ich keinen Schalter zum Ein- oder Ausschalten wie das Licht.“

STANDPUNKT

Abschied im „freien Spiel der Kräfte“

Schmerzlich und freudig zugleich erinnerten Altverdere des Fußballs beim Abschiedsspiel für Bundesliga-Rekordhalter Klaus Fichtel (41 Einsätze in 21 Profijahren) an die goldenen 60er und 70er Jahre.

Wie schön Fußball sein kann, wenn kein Druck und keine Zwänge dahinterstehen, demonstrierten Persönlichkeiten und Originale der Vergangenheit in geradezu üppiger Fülle.

Freilich, Eitmayer sagte auch, daß solche Kunst nur im „freien Spiel der Kräfte“ gedeiht. 6:6 hieß es am Ende.

Freilich, Eitmayer sagte auch, daß solche Kunst nur im „freien Spiel der Kräfte“ gedeiht. 6:6 hieß es am Ende.

Advertisement for Baume & Mercier watches. Features a photo of Mark Mc Nulty and a large image of a watch. Text includes 'Die Marke Ihres Erfolges...', 'BAUME & MERCIER GENEVE 1830', and 'Farbbroschüre und Bezugsquellenachweis durch: BAUME & MERCIER GmbH - Postfach 100265 - 6050 Offenbach/Main 1'.

Zeitplan und WELT-Tips

Das Programm des dritten Wettkampftages und die WELT-Tips:

- 17.00 Uhr, Diskuswerfen, Frauen: 1. Christova (Bulgarien, 72,52), 2. Sachse (73,26), 3. Hellmann (beide DDR, 72,52).

Die Entscheidungen

- Männer: 10 000 m: Gold: Mei 27:56,79, Silber: Cova 27:57,93, Bronze: Antonio (alle Italien) 28:00,25.

Medaillenspiegel

Table with 4 columns: Country, Gold, Silver, Bronze. Rows: 1. Italien (1, 2, 1), 2. DDR (1, 1, 0), 3. Spanien (1, 0, 0), 4. Portugal (1, 0, 0), 5. Schweden (0, 1, 1), 6. UdSSR (0, 0, 2).

Chirac besucht Unruhregion Neukaledonien

AP, Paris
Der französische Premierminister Jacques Chirac wird heute mit fünf Ministern zu einem zwertägigen Kurzbesuch ins Überseeterritorium Neukaledonien fliegen. Vor sechs Wochen hatte das Pariser Parlament ein neues Gesetz gebilligt, das eine Übergangsregierung und für Sommer 1987 eine Volksabstimmung über die Selbstbestimmung Neukaledoniens vorsieht. Chirac will bei seinem Besuch nicht nur den künftigen politischen Status der Inselgruppe, sondern auch Wirtschaftsmaßnahmen und die allgemeine Rolle Frankreichs im Südpazifik erörtern.

Ende 1984 und Anfang 1985 war es auf Neukaledonien zu blutigen Unruhen gekommen, die elf Menschenleben forderten. Die Kanaken, mit 43 Prozent die stärkste Volksgruppe unter den 150 000 Inselbewohnern, fordern im Gegensatz zu den anderen Bewohnern die völlige Unabhängigkeit Neukaledoniens.

Ceausescu zieht jetzt Konsequenzen aus wachsender Wirtschaftsmisere

Rumänische Regierung erneut umgebildet / Starker Druck der Auslandsschulden

cgs/DW, Wien
Mit der Ernennung von zwei Wirtschaftsexperten in Schlüsselpositionen hat der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu offenbar Konsequenzen aus den wachsenden wirtschaftlichen Problemen seines Landes gezogen. Rumänien hat in der letzten Zeit anhaltende Schwierigkeiten, seine Auslandsschulden fristgemäß zurückzuzahlen.

Bei der Kabinettsumbildung war am Dienstag Ioan Tuu zum neuen Außenminister ernannt worden. Sein Amtsvorgänger Ilie Vaduva übernahm die Leitung des Ministeriums für Außenhandel und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, das bisher Vasile Pungam führte. Ob Pungam mit neuen Aufgaben betraut wurde, war bisher nicht zu erfahren.

Neu besetzt wurde auch der Posten des Finanzministers. Hier löste Alexandru Babe Petre Cigea ab. Der bisherige Außenhandelsminister und der Finanzminister galten als enge Berater des Präsidenten.

Regierungsumbildungen sind in Bukarest nichts Ungewöhnliches, da Präsident Ceausescu nach Ansicht von Beobachtern durch häufige Umbesetzungen der wichtigsten Ämter seinen Ministern die Bildung einer „Hausmacht“ erschweren will. Wenn auch Rotationen dieser Art nicht überbewertet werden sollten, fällt diesmal doch die massive Berufung von Wirtschaftsexperten in die Spitzenpositionen auf.

Die rumänische Führung, die ihre gesamte Wirtschaftspolitik auf die Rückzahlung der Auslandsschulden ausgerichtet und dafür eine fühlbare Verschlechterung des Lebensstandards der Bevölkerung hingenommen hat, kann keine greifbaren Erfolge aufweisen. Bukarest mußte bereits

um Umschuldung für die 1986 und 1987 fälligen Schulden nachsuchen.

Nur neun Monate nach seiner Ernennung zum Außenminister wurde Ilie Vaduva zum Außenhandelsminister ernannt. Der 53jährige ehemalige Rektor der Wirtschaftsakademie gilt als Vertrauensmann von Elena Ceausescu und hat bisher immer die wenig reformfreundigen Wirtschaftskonzepte Nicolae Ceausescus unterstützt.

Der neue Außenminister Ioan Tuu, ehemals Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts, war bisher Vize-Ministerpräsident und für die Beziehungen zum Comecon zuständig. Als Abgeordneter zur Großen Nationalversammlung hat er Rumänien öfters bei Konferenzen der Interparlamentarischen Union vertreten. Er ist auch Politbüro-Kandidat.

Der neue Finanzminister Alexandru Babe war bisher Beamter im Finanzministerium.

Genscher fordert: Gorbatschow beim Wort nehmen

AP, Wien/Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat den Westen aufgefordert, den sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow mit seiner angekündigten Bereitschaft zum Neuanfang und zu neuer Offenheit im Ost-West-Verhältnis beim Wort zu nehmen. In einer Rede vor dem Donau-Europäischen Institut in Wien sagte Genscher gestern, alle sinnvollen Angebote zu mehr Zusammenarbeit müßten realistisch auf Ernsthaftigkeit geprüft werden. Die demnächst in Wien beginnende KSZE-Folgekonferenz biete dafür den nächsten Termin. Die Bundesrepublik Deutschland wolle dafür sorgen, daß es dabei nicht an Ideen mangle. Kritik übte Genscher an pauschaler westlicher Ablehnung neuer sowjetischer Abrüstungsvorschläge. Es verorte Unsicherheit und Mangel an Kompetenzen, wenn jeder neue Ansatz im sowjetischen Verhalten als Propaganda charakterisiert werde.

USA drängen Moskau zu mehr Pragmatismus

Hinter den Kulissen häufiger Gespräche als angenommen

C.GRAF BROCKDORFF, Brüssel
Zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion finden - so lassen NATO-Kreise in Brüssel durchblicken - derzeit sehr viel substantiellere Gespräche über die Zukunft der Ost-West-Beziehungen statt als allgemein bekannt ist. Wie in Brüssel verlautet, hat die von Präsident Reagan Sonderbotschafter für Abrüstungsfragen, Paul Nitze, geführte Delegation in Moskau am 11. und 12. August mit den Sowjets in gelockter Atmosphäre eine „tiefe“ Aussprache geführt. Washington habe dabei seine Bereitschaft zu weitreichenden Übereinkommen mit der Sowjetunion unumwunden zum Ausdruck gebracht.

Auf zahlreichen Ebenen hätten die USA andere Kontakte mit Moskau oder bereitet sich auf Gespräche vor. So sind zum Beispiel für die kommende Woche Verhandlungen über chemische Waffen in Bern angesetzt. Das ganze Spektrum der beiderseitigen Beziehungen werde dabei erörtert, hieß es in Brüssel. Selten zuvor in der Geschichte der Supermächte seien derart intensive Gespräche hinter den Kulissen geführt worden, obwohl offiziell nur Vorbereitungen für das Zusammentreffen der Außenminister Shultz und Schwarznadse am 19. und 20. September zugegeben würden.

Verbündete informiert

Als Gradmesser für den Ernst der Gespräche wurde darauf verwiesen, daß über die Gesprächsrunde in Moskau in der zweiten Augustwoche weder aus dem Westen noch dem Osten Einzelheiten an die Öffentlichkeit gedrungen seien. Eine weitere Kontaktrunde auf dieser Ebene ist für den 5. und 6. September in Washington vorgesehen.

Dennoch haben die Vereinigten Staaten ihre Verbündeten in der NATO inoffiziell über den Inhalt der

Gespräche informiert. Die Amerikaner haben der Sowjetunion zu verstehen gegeben, so lauten zuverlässige Informationen, daß es auf jedem der zur Debatte stehenden Felder zu baldigen Fortschritten kommen könne, wenn Moskau weniger eine Philosophie verfolge, die in der Substanz darauf zu zielen scheint, die USA auf den Platz zwei unter den Supermächten zu verwerfen.

Große Offenheit

Die von Moskau wiederholte Formel von „Gleichheit und gleicher Sicherheit“, die ideologische Prinzipien in völkerrechtliche Substanz verwandeln solle, sei Ausdruck einer Tendenz, dort militärische Kompensation zu suchen, wo die Sowjetunion Gegen ihrer Gesellschaftsordnung sehe. Washington sei nicht bereit, die Sowjetunion eine aus dieser Perspektive angestrebte Dominanz einzuräumen. Verhandlungserfolge seien aus amerikanischer Sicht unvermeidlich, wenn das Thema pragmatischer behandelt würde.

Es wurde eingeräumt, daß es zu früh sei, einen Ausgang der Gespräche vorauszusagen. Es sei jedoch so, daß die Amerikaner in großer Offenheit ihre Verhandlungsbereitschaft dargelegt und Probleme beschrieben hätten, die aus ihrer Sicht Fortschritte bis jetzt verhindert hätten. Washington habe Moskau erklärt, daß es bei SDI keine Umkehr geben könne. Es sei bereit, über alle Einzelheiten, einschließlich des ABM-Raketabwehrvertrages von 1972, mit der Sowjetunion zu verhandeln. Das Forschungsprogramm selbst stünde nicht zur Disposition. Die Sowjetunion müsse verstehen lernen, daß Mittel der Strategie durch die Restlosigkeit menschlichen Geistes Veränderungen unterworfen würden. Politische Blockaden könnten den Prozeß bremsen, aber nicht aufhalten.

(SAD)

Liebe Leserin, lieber Leser



Vertrauen ist gut. Wissen macht sicher. Lesen Sie also bitte einmal nach, wozu sich die deutsche Chemie in ihren Umwelt-Leitlinien verpflichtet hat.

Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie e. V.

Wer mehr weiß, kann sich die bessere Meinung bilden. Und in einer freien Gesellschaft stehen natürlich jedem Bürger die besten Informationen zu. Wußten Sie zum Beispiel, daß die deutsche Chemie international mit an der Spitze steht, was den Umwelt-, Gesundheits- und Arbeitsschutz betrifft? Oder daß die Chemie in den letzten 20 Jahren ihre Emissionen um mehr als die Hälfte gesenkt hat, obwohl die Produktion auf das Zweieinhalbfache gesteigert wurde? Und daß für solche eindrucksvollen Ergebnisse

nisse in dem Zeitraum Gesamtaufwendungen von 45 Milliarden DM notwendig waren? Selbstverständlich - es bleibt noch genug zu tun. Und wir arbeiten entschlossen weiter. Bei dieser Arbeit richtet sich die deutsche Chemie nach Leitlinien, in denen die Verantwortung gegenüber Mensch und Umwelt festgeschrieben ist. In einer Anzeigenserie wollen wir Sie darüber informieren, wie weit wir bei unseren Umweltbemühungen sind, woran

wir arbeiten und welche Ziele wir uns gesetzt haben. Wir wollen durch sachliche Informationen zu einer vertrauensvollen Atmosphäre beitragen. Denn nur in einer Atmosphäre, in der Sachlichkeit, Augenmaß und Vertrauen herrschen, lassen sich die großen Aufgaben der Zukunft gemeinsam meistern. Ihr Exemplar der Umwelt-Leitlinien liegt abrufbereit. Am besten, Sie fordern es gleich an. Wenn Sie es durchgesehen haben, wissen Sie noch besser, warum Sie Vertrauen zur Chemie haben können.

Verantwortung hat Leitlinien. Wir haben damit schon viel erreicht. Und wir arbeiten konsequent weiter.

2 0130-5599. Zum Ortstarif oder schriftlich: Die Initiative "Chemischer Lebens" Karlstr. 21, 6000 Frankfurt/Main, informiert Sie über

DIE CHEMISCHE INDUSTRIE



Natur ist Chemie. Chemie ist Leben. Leben ist Verantwortung.

Von SAT 1 ein Angebot an die Konkurrenz

fac/dpa, Bonn

Die private Fernsehgesellschaft SAT 1 hat dem Konkurrenzunternehmen RTL Plus aus Luxemburg ein Kaufangebot für die bei der Deutschen Bank treuhänderisch deponierten vier Prozent des Gesellschaftsanteils am Medienunternehmen CLT (Compagnie Luxembourgeoise de Télédiffusion) gemacht. SAT 1-Geschäftsführer Jürgen Doetz (Mainz) bestätigte dies der WELT. Doetz: „Das Angebot ist so ernst gemeint wie das Angebot der CLT.“

Über die Kaufofferte hatte CLT-Generaldirektor Gustave Graas am Dienstag in Luxemburg berichtet. Am Kapital von RTL Plus sind derzeit CLT zu 50 Prozent und einer Aktie, zu 10 Prozent die Essener Zeitungsgruppe WAZ und zu 40 Prozent minus einer Aktie UFA/Bertelsmann beteiligt. CLT will vier Prozent an einen künftigen deutschen Geschäftspartner abgeben. RTL-Programmdirektor Helmut Thoma sagte im Gespräch mit dpa/WVD: „Wir sind erfreut über die Kontaktnahme. Sie zeigt, daß SAT 1 die Erfahrung und Kompetenz von RTL im Fernsehbereich zu schätzen weiß.“ An SAT 1 ist eine Gruppe von Verlagen und die Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenfernsehen (PKS) beteiligt. Vor kurzem war eine zentrale Betriebsgesellschaft geschaffen worden, um den Programmverantwortlichen ein schnelleres Reagieren zu ermöglichen. Bis zum Inkrafttreten der Reform lag die Verantwortung im wesentlichen bei den beteiligten Häusern. Zur Zeit sind Gespräche darüber im Gange, auf welchem Kanal des geplanten Rundfunksatelliten TV SAT - sein Start ist nach dem Ariane-Debakel für das Frühjahr 1987 vorgesehen - SAT 1 künftig senden wird.

Bonn lehnte Verfolgung von Kriegsverbrechern ab

dpa, New York

Die Bundesregierung hat 1983 die Anregung des US-Justizministeriums abgelehnt, die Auslieferung eines mutmaßlichen Kriegsverbrechers zu beantragen. Entsprechende Dokumente wurden jetzt in New York vom Jüdischen Weltkongreß veröffentlicht. Es geht um den heute 63 Jahre alten Ukrainer Bogdan Kozly, der 1943 als Mitglied der unter deutscher Leitung stehenden ukrainischen Polizei ein vierjähriges jüdisches Mädchen und mehrere Mitglieder einer jüdischen Familie erschossen haben soll.

Kozly lebt seit 1949 in den USA. Nachdem die Vorwürfe gegen ihn bekannt geworden waren, wurde ihm 1982 die amerikanische Staatsbürgerschaft entzogen.

In einer Verbalnote vom 28. März 1983 hatte das Auswärtige Amt argumentiert, die Kozly zur Last gelegten Taten seien verjährbar. In dem Gutachten wurde ein Gutachten der Ludwigsburger Zentralstelle für die Verfolgung von Naziverbrechern zitiert, in dem es heißt, die Teilnahme des Ukrainers an den Erschießungen sei zwar „aufgrund der sehr präzisen Zeugnisaussagen nicht zweifelhaft“, aber diese Taten seien „unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsprechung“ lediglich als „Verbrechen des Totschlags oder als Beihilfe zum Mord“ zu werten und damit seit dem Frühjahr 1960 verjährbar.

Im Juli schrieb der Direktor des „Büros für besondere Ermittlungen“ an das Justizministerium in Bonn und wies darauf hin, daß der Fall Kozly eine „Basis“ für eine Strafverfolgung in der Bundesrepublik und damit für eine Auslieferung liefern könne, wie der damalige Justizminister Jürgen Schmude dies in Aussicht gestellt habe.

KVAE unter Zeitdruck

Ruhe hält Erfolg für möglich / Kontrolle bis zum Ural geplant

DIETHART GOOS, Bonn
Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühle erwartet von der Endrunde der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) konkrete Vereinbarungen. Rühle erklärte, daß sich die KVAE-Konferenz unter starkem Zeitdruck befinde. Bis zum 19. September müssen sich die 35 Staaten aus Ost und West über neue vertrauensbildende Maßnahmen als Erweiterung der KSZE-Beschlüsse von Helsinki einigen. Dieser Termin kann nicht hinausgeschoben werden, weil sich bereits am Tag darauf die Außenminister der USA und der UdSSR, Shultz und Schwarznadse, treffen, um die Bedingungen für ein neues Gipfel-treffen von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow zu vereinbaren.

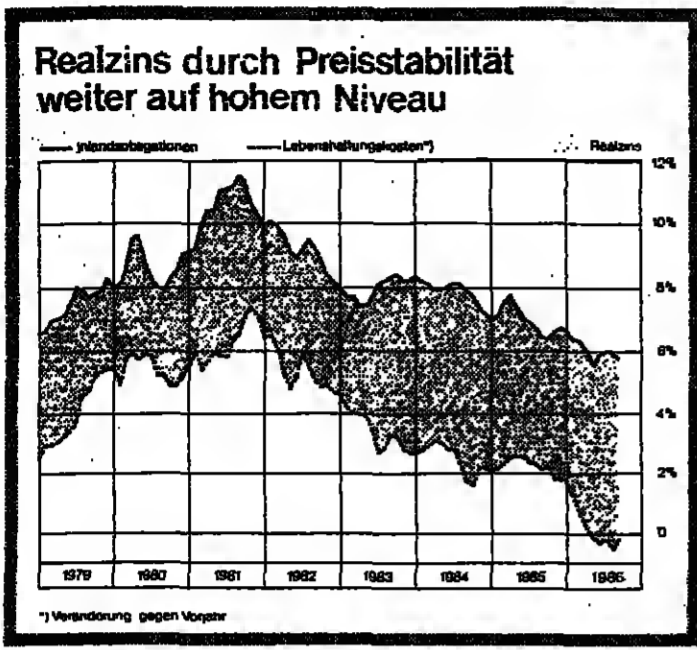
In der Schluphase der KVAE-Konferenz geht es um die neuen Forderungen für verbindliche Manöver-

Mitteilungen. Bisher mußte ein KSZE-Staat Übungen mit mehr als 25 000 Soldaten den anderen Konferenzteilnehmern 21 Tage vorher bekanntmachen. Das meldepflichtige Manövergebiet in der UdSSR war auf 250 Kilometer östlich der West-Grenze beschränkt. Künftig soll das europäische Gebiet der Sowjetunion bis zum Ural in die Meldepflicht einbezogen werden.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Ost und West bestehen noch über die anzunehmende Mindestzahl der Manövertruppen. Der Warschauer Pakt nannte zunächst 18 000 Mann, während die NATO-Staaten und neutrale Länder als Mindestzahl 6000 Soldaten festzuschreiben wollten. Rühle rechnet damit, daß sich beide Seiten auf 12 000 einigen werden. Das wäre aus seiner Sicht ein erheblicher Fortschritt. Bei dieser Mindestzahl hätten beide Seiten jährlich etwa 20 Manöver anzumelden.

مكتبة الأمل

Moskau
natismus



Das durch Dollarschwäche und niedrige Ölpreise sinkende Preisniveau hielt die Realzinsen, die Differenz zwischen dem Nominalzins und der Preisänderungsrate, rechnerisch mit über sechs Prozent auf einem extrem hohen Niveau. QUELLE: COMMERZBANK

WELTWIRTSCHAFT

Großbritannien: Die Leistungsbilanz hatte im Juli ein Defizit von zwölf Mill. Pfund (36 Mill. DM).

Mexiko: Die staatliche Ölgesellschaft Pemex nahm mit 3,1 Mrd. Dollar nur 37,8 Prozent der erwarteten 8,18 Mrd. Dollar ein.

Südafrika: Die Kapitalflucht hat größere Auswirkungen als offizielle Sanktionen. (S. 13)

Frankreich: Die Preise werden bis Ende des Jahres freigegeben. Auch der Devisenverkehr wird weiter liberalisiert. (S. 12)

FÜR DEN ANLEGER

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 287,08 (294,68); Chemie: 186,02 (164,77); Elektro: 339,52 (339,25); Auto: 756,52 (748,83); Maschinenbau: 154,18 (150,12); Versorgung: 169,73 (165,87); Banken: 436,21 (430,47); Warenhäuser: 177,96 (176,74); Bauwirtschaft: 509,08 (509,52); Konsumgüter: 188,44 (187,88); Versicherung: 152,25 (152,20); Stahl: 158,22 (155,89).

Satoshi Sumita hat die Möglichkeit einer sofortigen Senkung des Diskontsatzes ausgeschlossen.

Anleihe: Das Beamteneinstellungsprogramm hat eine 150-Mill.-DM-Auslandsanleihe mit einem Nominalzins von 6% Prozent bei einem Ausgabekurs von 99,25 DM aufgelegt.

Bundesanleihe: Das Bundesanleihekonsortium wird morgen die Konditionen für eine neue Anleihe festlegen.

Nachbörse: Freundlich

Japan: Der Zentralbankpräsident

MÄRKTE & POLITIK

Verbot: Das US-Transportministerium hat die geplante Fusion von Texas Air und Eastern Airlines verboten. (S. 14)

Inflationsrate gegenüber dem 2. Halbjahr 1985: von zwei Prozent auf 0,2 Prozent fiel.

Norwegen: Die Regierung will mit den Mineralölgeldern über eine Beschränkung der Förderung aus der Nordsee sprechen, um gemeinsam mit der Opec den Rohölpreis zu stützen.

Antos: Mit dem Motto „Global 10“ hat die Toyota Motor Co. ihren Anspruch auf zehn Prozent des Weltmarktes angekündigt.

Preise: Von allen Industrieländern war der Geldwert in der Bundesrepublik am stabilsten, wo die

Gasi: Die Niederrheinischen Gas- und Wasserwerke GmbH (NGW) senken die Preise im Haushaltsbereich zum 1. Oktober um 1,2 Pfennig je Kilowattstunde und damit um rund 25 Prozent.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	26. 8. 86	25. 8. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin					
0,15 g Bleigehalt	185,00	192,50	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	128,50	128,50	104,00	226,00	84,00
Heizöl					
3,5 % S	70,00	71,00	51,00	139,00	29,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Flüssigkeit: Die Staatsanwaltschaft teilt mit, daß eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen vier Hersteller eingestellt wurden.

Pressag: Die Ertragslage ist durch negative Außenflüsse weiterhin belastet. Trotzdem arbeitet das Unternehmen mit Gewinn. (S. 13)

Gründung: Degussa und BASF gründen die Ultraform Company (Thermoplast) mit Sitz in Mobile/Alabama.

Flabeg: Die 100prozentige Tochtergesellschaft der Flachglas AG steigerte im 1. Halbjahr 1986 das Umsatzergebnis um 17 Prozent.

Stellmann: Der „Modezar“ ist mit einem um acht Prozent gestiegenen Gruppenumsatz von 1,179 Mrd. DM mit Abstand der größte Bekleidungshersteller. (S. 14)

Lufthansa: Scharfe Kritik an der Führungsstruktur wird in der Studie der SCS-Management Unternehmensberatung geübt. (S. 12)

NAMEN

La Stampa: Die Deutschen werden die Rolle als Lokomotive der europäischen Wirtschaft behalten, erklärte der Wirtschaftsressortleiter der italienischen Tageszeitung, Renzo Villare, in einem Gespräch mit der „WELT“. (S. 12)

Triumph Adler: Francesco Tato, bis zum 31. Juli Geschäftsführer des Verlagskonzerns Mondadori, Mailand, übernimmt möglicherweise die Nachfolge von Wolfram Nadebusch als Vorstandsvorsitzender.

„Die große Papierfabrik eines SPD-Parteitag ist nicht relevant“

WELT-Gespräch mit Karl Schiller, dem früheren SPD-Wirtschaftsminister

Mk./p. p. Nürnberg
Verhaltene Kritik an den wirtschaftspolitischen Beschlüssen des Nürnberger Parteitages der SPD hat ihr früherer Wirtschaftsminister Karl Schiller in einem Gespräch mit der WELT geübt. Das Prinzip der marktwirtschaftlichen Steuerung sei in der Partei in den vergangenen Jahren manchen Irritationen ausgesetzt gewesen, was Schiller jetzt als überstanden bezeichnete. Allerdings charakterisierte er den ursprünglichen wirtschaftspolitischen Entwurf des Parteivorstandes, der unter der Regie von Wolfgang Roth entstanden war, als marktwirtschaftlicher als das jetzt verabschiedete Aktionsprogramm.

Im übrigen relativierte er die Beschlüsse von Nürnberg: „Wer liest denn schon solche Programme im einzelnen?“ Er sprach von der „großen Papierfabrik“ der SPD, die sich nicht für relevant halte. „Überdies wies er auf die Pluralität der Meinung gerade in seiner Partei hin. Und so könne auch ein „in der Welle gefärbter Marktwirtschaftler“ wie er, Johannes Rau, mit seinem marktwirtschaftlichen Rat zur Seite stehen.“

In dem verabschiedeten Aktionsprogramm vermischt Schiller das soziale Bündnis, Arbeit für alle, das er als Fortentwicklung der früheren konzentrierten Aktion deutete. Außerdem macht er deutlich, daß er von partitisch besetzten Strukturämtern nichts hält. Er fürchtet, daß solche Institutionen permanent an Erhaltungssubventionen arbeiten würden.

Zwar geht Schiller davon aus, das Thema Marktöffnung und Wettbewerb werde in der nächsten Legislaturperiode eine große Rolle spielen. Von dem „Schlenker“ im SPD-Aktionsprogramm, „wenn alle Stränge

auch bei den Gewerkschaften der große Dampf, der 1984/85 im Kessel war, raus ist.“

Die Kritik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie an der SPD hält Schiller für weit überzogen. Überdies sei auch die jetzige Bundesregierung in Bezug auf Subventionen „alles andere als ein marktwirtschaftlicher Musterknabe“. In seiner Rede vor dem Parteitag hatte er im Hinblick auf die Kritik des Spitzenverbandes an der SPD und der Gewerkschaften an der Bundesregierung das Bild „von der sozialen Symmetrie zur politischen Symmetrie“ benutzt.

Schiller geht davon aus, das Konzept der Globalsteuerung werde auch in der Bundesrepublik wieder eine größere Rolle spielen, weil „Leute lernen, es hat keinen Sinn, unzählige einzelne Schraubchen und Hebelchen zu bedienen“. Daher würden sie sich an die großen Linien der fiskalen Geldpolitik halten. Die Globalsteuerung sei aus der bewußten Erkenntnis entstanden, daß man nicht punktuell intervenieren sollte, sondern nur die großen Aggregate im Auge behalten sollte.

Den Streit um die Diskontsenkung hält Schiller auf beiden Seiten des Atlantiks für überzogen. Die Vorstellung, wenn die Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt gesenkt würden, werde die Inlandsnachfrage prosperieren, hält er ebenso für überzogen, wie den ständigen Hinweis auf die Gefahren für die Stabilität.

Seit 1966 bestimmte Prof. Dr. rer. pol. Karl Schiller - 1911 in Breslau geboren - als Wirtschaftsminister und später auch als Finanzminister den wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung Brandt, bis es 1972 zu einem Zerwürfnis mit der SPD kam. Er blieb nach seinem Rücktritt als Berater im In- und Ausland gefragt, leitete auch die Volkswirtschaftliche Abteilung beim Axel Springer Verlag und kehrte 1980 zur SPD zurück, lehnte aber Ministerverantwortung trotz mehrmaliger Aufforderungen ab.

Rasches Programm für die Küste

Hamburgs Wirtschaftsminister hat Denkschrift für Norddeutschland vorgelegt

Mk. Nürnberg
Der Bund und die vier Küstenländer müssen nach Ansicht des Hamburger Wirtschaftsministers Volker Lange rasch gemeinsam an die Umstrukturierung der norddeutschen Wirtschaft herangehen. Einen entsprechenden Vorschlag will er heute der Küstenwirtschaftsministerkonferenz in Bremen in Form einer Denkschrift vorlegen. Wie er gegenüber der WELT am Rande des SPD-Parteitages in Nürnberg betonte, gehe es vor allem darum, vorhandene Pläne möglichst schnell umzusetzen.

Dadurch könne kurzfristig Beschäftigung an der Küste als Ersatz für Arbeitsplätze geschaffen werden, die bei den Werften verlorengehen. Allerdings geht es lange nicht nur um diesen kurzfristigen Beschäftigungseffekt, sondern um eine Modernisierung der Wirtschaftsstruktur in Norddeutschland, was sich auch mittel- und langfristig positiv auf die Region auswirken werde.

Vom Bund fordert er ein Programm zur Strukturumwandlung nach Artikel 104 Grundgesetz. Es sollte eine Laufzeit von drei Jahren haben, mit einer ersten Rate von 500 Millionen Mark für 1987.

Ein Kernpunkt stellt die Verbesserung der Verkehrsbedingung dar, um die Nachteile aus der Randlage auszugleichen. Konkret plädiert Lange für die Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken und für das Vorziehen des Baus der vierten Eibahntrasse als zentrale Verkehrsader Norddeutsch-

lands. Ferner sollte die Qualifizierung von Arbeitnehmern vorangetrieben werden.

Zur Modernisierung der Wirtschaftsstruktur zählt er den verstärkten Ausbau der Luftfahrtindustrie, die Förderung von Informationstechnologie-Unternehmen, aber auch die Stärkung des Tourismus an der Küste. Darüber hinaus will er heute den Ausbau der Außenhandels-Informationssysteme und Datenbanken anregen. Außerdem müßten seiner Meinung nach neue Forschungsschwerpunkte im Norden geschaffen werden. Ein weiterer Punkt ist für ihn die ökologische Modernisierung, zum Beispiel durch die Sanierung von Flüssen oder die Wiederbelebung von Industriebrachen.

AUF EIN WORT



„Wir haben aber vor allem auch leistungsfähige Wettbewerber in Japan, die mit großer Innovationskraft und erheblichen Standortvorteilen in der Zukunft im Kampf um die Marktanteile auch in den Produktbereichen antreten werden, die lange Zeit eine Domäne deutscher Hersteller gewesen sind.“

Kooperation von Bundesbahn und Lufthansa

dpa/VWD, Frankfurt
Die Deutsche Bundesbahn, die mittlerweile noch in diesem Jahr eine vereinfachte Tarifstruktur einführen wird, will sich über eine dauerhafte Kooperation mit der Deutschen Lufthansa auch auf ausländischen Märkten besser verkaufen. Bereits im September soll zwischen den beiden Staatsunternehmen ein Vertrag unterschrieben werden, demzufolge die Fluggesellschaft den Verkauf von Bahnfahrkarten in Übersee übernimmt. Bereits in Kürze wird die LH, in Südafrika als Generalagent der Bahn aufzutreten. Der Lufthansa-Innenrat gestattet der angestrebte Fakt, ihr Vertriebsnetz vor allem im nordamerikanischen Raum auszuweiten.

Zusammen mit dem Flugticket sollen Touristen künftig an ausländischen Lufthansa-Schaltern verschiedene Bural-Pässe und DB-Touristenkarten kaufen können. In Nordamerika etwa bietet die Bahn den sogenannten Zwei-Länder-Paß an: Zum Pauschalpreis von 49 US-Dollar gestattet er US-Touristen an neun Tagen unbegrenztes Reisen auf Schienenstrecken in der Bundesrepublik und Österreich. Mit diesen preisgünstigen Angeboten will die Bahn vor allem den Mietwagenverleihern als „größten Konkurrenten“ Kunden aus dem Ausland wegnemen.

Der Dollar tendierte zur D-Mark fester

dpa/VWD, Frankfurt

Am Tag vor der Sitzung des Zentralbankrates legte der US-Dollar an den internationalen Devisenmärkten 14 Pfennige zu. Vor allem in New York blühten die Spekulationen darüber, ob die Bundesbank dem Schritt der US-Zentralbank folgen werde. Am Frankfurter Markt zog der Dollar auf 2,0595 (2,0453) DM an, nachdem er vorigen Freitag mit 2,0391 DM noch den niedrigsten Mittelkurs seit Januar 1981 erreicht hatte. Das Pfund Sterling erholte sich auf 3,05 (3,03) DM.

Eine feste Tendenz zeigte gestern die Frankfurter Börse, die von der kräftigen Aufwärtsbewegung an der Wall Street profitierte. Der Dow-Jones-Index legte am Dienstag 32,48 Punkte zu und endete mit 1904,24 knapp unter dem Rekordstand von 1909,03. Gestern begann die New Yorker Börse behauptet.

Zentralbankrat heute ohne Pressekonferenz

dpa/VWD, Frankfurt

Die in den letzten Tagen gestiegenen Erwartungen auf eine Senkung der Leitzinsen durch die Deutsche Bundesbank schon in dieser Woche erhielten am Mittwoch einen Dämpfer. Die Deutsche Bundesbank kündigte an, daß nach der heutigen Sitzung des Zentralbankrates keine Pressekonferenz stattfindet.

An den Finanzmärkten halten sich jedoch hartnäckig Vermutungen, daß der Zentralbankrat im Hinblick auf die amerikanischen Forderungen die Leitzinsen bei seinem nächsten Zusammentreffen in zwei Wochen senken werde. Der Diskontsatz der Bundesbank wurde zuletzt am 7. März dieses Jahres um 0,5 auf dreieinhalb Prozent zurückgenommen, während der Lombardsatz seit August letzten Jahres fünfzehn Prozent betrug.

Im luftleeren Raum

ed. - Rein rechnerisch liegt der deutsche Realzins, also der gängige (Nominal-) Zins am Kapitalmarkt abzüglich der unter den Nullpunkt gerichteten Preisveränderungsrate, bei rund sechs Prozent. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß die um Sondereinflüsse bei den Einfuhrpreisen bereinigte hausgemachte Teuerungsrate etwa zwei Prozent ausmacht, was sich im nächsten Jahr auch in der Statistik niederschlagen wird, ist der Realzins mit rund vier Prozent noch recht beachtlich.

Im historischen Vergleich ist dieser Realzins sogar überdurchschnittlich hoch. Es wäre jedoch leichtfertig, deswegen auf einen weiteren Rückgang der Nominalzinsen zu spekulieren, was gelegent-

lich geschieht. Denn der Realzins ist ein mehr oder weniger im luftleeren Raum stehendes rechnerisches Datum. Über die tatsächliche Zinsentwicklung entscheiden an den Märkten - zumindest bei stabiler Teuerungsrate - ganz andere Kräfte, darunter nicht zuletzt die von welchen Überlegungen auch immer geprägten internationalen Kapitalströme.

Es ist auch absurd, mit Hinweis auf den hohen Realzins am Kapitalmarkt die Bundesbank zu geldpolitischen Lockerungsmaßnahmen zu drängen. Denn der Zusammenhang zwischen Notenbankzins und Kapitalmarktzins ist recht locker; der Kapitalmarkt hat eine Notenbankzinsenkung bereits eskomptiert. Ein hoher Realzins bremst auch nicht die Konjunktur, solange gute Gewinne dafür sorgen, daß unternehmerische Aktivitäten mehr Rendite abwerfen als Anlagen in Geldkapital.

Kein Programm der SPD

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die Wirtschaftspolitik gehört zweifellos zu den Bereichen, in denen die SPD nach wie vor die größten Defizite aufweist. Und das gilt auch nach dem Nürnberger Parteitag. Auf diesem Felde befindet sie sich wahrlich nicht in der Offensive, im Gegensatz zur Mitte der sechziger Jahre, als sie - wie jetzt - antrat, um die Regierung in Bonn zu übernehmen. Damals batte sich die SPD auch in der Wirtschaftspolitik Kompetenz erarbeitet.

Ausschlaggebend waren drei Gründe, die sich wechselseitig bedingten. Zum einen hatte die SPD mit dem Godesberger Programm von 1959 ihre ordnungspolitische

wurde, wurde gestrichen. Die Feindbilder müssen eben stimmen.

Die wirtschaftliche Entwicklung dürfte nicht den marktradikalen Kräfte überlassen werden, meinte ein Diskussionsredner. Andere kennzeichneten den Markt als unbändig oder blind. Die SPD tut sich schwer. Sie geißelt Marktwirtschaft, weil sie nicht jene Ergebnisse hervorbringt, die von der Partei gewollt werden, obwohl dieses doch gar nicht erwartet werden kann. Die Diskrepanz zwischen Wunsch und Möglichkeit wird der Marktwirtschaft angelastet.

An einer Stelle wird der Wettbewerb als unentbehrlich, als „eine Triebkraft unserer Wirtschaftsordnung“ bezeichnet. An anderer Stelle werden partitisch besetzte Strukturkommissionen gefordert, für Problembereiche sollen gar Branchenausschüsse gebildet werden. Das läuft nicht nur auf die Ausschaltung des Wettbewerbs hinaus, sondern auch

auf immer neue Erhaltungssubventionen.

Die Marktöffnung soll verstärkt werden, auch im Interesse des Wettbewerbs. Und wenn das nicht möglich sei, bleibt als Ultima ratio Volkswirtschaftler. Damit wird zwar, wie Roth richtig sagt, eine Marktkonzentration durch eine andere ersetzt. Aber die SPD hat eben in ihrem Programm wieder das Schlagwort, an dem einige so hängen.

Die SPD hat heute - anders als in den 60er Jahren - keine klare und eindeutige wirtschaftspolitische Linie. Auch personell fehlt die Kompetenz. Nürnberg war wieder nur ein Parteitag der Schlagwörter.

Gegenwärtig gibt es in der SPD weder ein in sich konsistentes Wirtschaftsprogramm noch einen Wirtschaftspolitiker, auf den kraft seines Ansehens alles zulußt, der die Fäden in der Hand hält. Wolfgang Roth, der wirtschaftspolitische Sprecher, ist das nicht. Das zeigt sich auch daran, daß der unter seiner Regie entstandene Entwurf wirtschaftspolitischer Leitlinien schließlich von der Antragskommission für diesen Parteitag so zerpfückt wurde, daß sich allenfalls der Taktiker Roth darin wiederfindet. Angesichts der Widersprüche und Ungereimtheiten kann von einer klaren Linie nicht die Rede sein. Die Überzeugung, der Staat werde es schon richten, beherrscht dieses Nürnberger Aktionsprogramm, das jetzt beschlossen wurde.

Es läßt sich kaum an dem Motto „Versöhnen, nicht Spalten“ messen, mit dem der Kanzlerkandidat Johannes Rau antritt. Denn Elemente, die auf Ausgleich, auf Kooperation der Gruppen gerichtet waren, gibt es nicht mehr. Das soziale Bündnis für mehr Arbeit, das alle an einen Tisch bringen sollte und in dem die Fortentwicklung der konzentrierten Aktion gesehen

Das der Umweltschutz zu den großen Zukunftsaufgaben gehört, ist unbestritten. Ob dazu gewaltige staatliche Programme, die über höhere Steuern finanziert werden, notwendig sind, ist fraglich. Das gilt auch für das, was unter dem Stichwort Wirtschaftsdemokratie behandelt wird. Wo nach Ansicht der SPD die Grenzen der Mitbestimmung liegen sollen, bleibt unklar. Ebenso wie die künftige Steuerpolitik. Auch hier tun sich die Sozialdemokraten schwer, weil sie die Steuerpolitik vor allem unter dem Gesichtspunkt der Umverteilung sehen.

Lorbeerer lassen sich so freilich kaum ernten. Und dieses Nürnberger Programm hat seine Funktion wohl auch damit erfüllt, daß es zur innerparteilichen Solidarität beigetragen hat. Jetzt wird an stromlinienförmigen Wahlkampfzügen gearbeitet. Aber auch sie können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD immer noch auf der Suche nach einer wirtschaftspolitischen Konzeption ist.

Frust und Freude lagen auf der Herbstmesse dicht beisammen

INGE ADHAM, Frankfurt
Die Internationale Frankfurter Herbstmesse, die am Mittwochabend ihre Pforten schloß, hat die Unsicherheiten nicht beseitigt. Nach wie vor bleibt offen, wofür der Verbraucher das Geld, das er in diesem Jahr mehr im Portemonnaie hat, ausgeben wird. Das machte aus der Frankfurter Konsumgütermesse, der größten der Welt, zwar eine ungeheuer lebhafteste Veranstaltung. Die „Platzhüter“ waren in Scharen unterwegs. Die Einkäufer nämlich, die auf der Suche nach all jenen „schönen Dingen des täglichen Bedarfs“ sind, die das Leben angenehmer und schöner machen sollen. Und die natürlich auch dazu verleiten sollen, Geld außer der Reihe“ auszugeben.

Auto, Reisen und Heizöl nun endlich im zweiten Halbjahr Geld für andere Dinge zur Verfügung steht, hilft da nicht weiter. Rosa Konsumzeiten werden nur sehr begrenzt und für ausgewählte Anbieter anbrechen, wenn man die Einkäufer des Handels in Frankfurt als Barometer sieht.

der Exportausweg ist für die meisten kleiner geworden, angesichts der Währungsentwicklung der D-Mark in jüngster Zeit. Auf der Messe wurde das übrigens durch einen deutlichen Rückgang der Zahl der Einkäufer aus dem USA spürbar.

An der prognostizierten Steigerung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 5,5 Prozent in diesem Jahr wollen viele Branchen

partizipieren. Bisher ist das in diesem Jahr mit deutlichen Zuwachsraten aber nur der Industrie rund ums Auto und - trotz Tschernobyl - den Reiseveranstaltern gelungen. Die genau rechnenden Verbraucher stockten darüber hinaus ihre Heizölvorräte angesichts der günstigen Preise kräftig auf und legten mehr aufs Sparkonto. Die Bundesbank erwartet für das ganze Jahr eine Sparquote von gut 14 Prozent, ein Spitzenwert, der zuletzt 1981 erreicht wurde.

Im deutschen Einzelhandel wird vor diesem Hintergrund mehr Umsatz in diesem Jahr nur mit mehr Phantasie zu schaffen sein. Für viele Bereiche gilt die Aussage eines Einkäufers aus der Möbelbranche, „Da (fast) jeder alles hat, gibt es kaum noch echten Bedarf. Deshalb kommt es darauf an, ein Ambiente zu verkaufen, Wohlbefinden und eine Erlebniswelt zu vermitteln, die zur Anschaffung anregt und verleitet.“

Lufthansa: Führung zu zentralistisch?

dpa/VWD, Hamburg

Scharfe Kritik an der Führungsstruktur der Deutschen Lufthansa AG, Köln, üben die Unternehmensberater der SCS Management Consultants GmbH in Hamburg. Wie es in einer von Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau bei der Tochter der Deutschen BP in Auftrag gegebenen Studie heißt, sind die Verwaltungskosten zu hoch und die Entscheidungswege zu lang. Die Berater kommen - so berichtet das Wirtschaftsmagazin „Capital“ in seiner Septemberausgabe - zu dem Schluß, daß die Lufthansa unter „beamtetenhafter Struktur“ leide, die kurzfristige Reaktionen auf geänderte Marktbedingungen verhin-dere. Entscheidungen über Angebot und Zielgruppen würden außerdem von Bereichen getroffen, die über wenig unmittelbare Marktkenntnisse und -erfahrung verfügen.

Doch nicht nur bei Marketing und Verkauf deckt die Studie, von der ein Exemplar „Capital“ vorliegt, Mängel auf. Die Entscheidungsprozesse seien zu zentralistisch organisiert. Dies führe dazu, daß sich der LH-Vorstand mit

„Deutschland ist Europas Lokomotive“

WELT-Gespräch mit dem Leiter des Wirtschaftsressorts von Italiens „La Stampa“

E. ANTONAROS, Turin
Die deutsche Wirtschaft ist eine zugkräftige und wegweisende Lokomotive, die in Europa - und genauer gesagt im EG-Raum - den Ton angibt.“ Mit diesen Worten, die spontane Bewunderung verraten, schätzt der italienische Wirtschaftsjournalist Renzo Villare die deutsche Wirtschaftslage äußerst positiv ein. Villare leitet das Wirtschaftsressort der Tageszeitung „La Stampa“, die siebenmal in der Woche mit einer Tagesauflage von 600 000 Exemplaren in Turin erscheint.

Ständig neue Impulse

Als Symptom für die dauerhafte Hochform der deutschen Wirtschaft betrachtet Villare die Inflationsentwicklung der letzten Zeit. Zwar seien die Inflationsraten in der ganzen Welt nicht mehr so hoch wie erst vor einigen Jahren. Aber daß die Preise in Deutschland zurückgingen, sei doch erstaunlich. Nicht zuletzt dadurch erhalte die deutsche Wirtschaft trotz der teilweise exporthemmenden Kursentwicklung der Mark gegenüber dem Dollar ständig neue Impulse, die in anderen europäischen Ländern nicht vorhanden seien.

In den Augen von Villare ist der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik weitgehend auf besonders günstige Rahmenbedingungen zurückzuführen. Dazu gehören in erster Linie die Währungsstabilität, die den Deutschen - so Villare - „eine manchmal zu starke, aber im Endeffekt doch wohltuend stabile Währung“ beschere habe. Darüber hinaus begünstige das Fehlen von öffentlichen Defiziten und einer hohen Staatsverschuldung die wirtschaftliche Aktivität. In anderen Ländern dagegen - und dazu zähle auch weiterhin Italien - würden die hohen Schulden die Investitionstätigkeit

bremsen, die in Deutschland keine Grenzen zu kennen scheine.

Als „besonders wohltuend“ für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands empfindet Villare die Rolle der Bundesbank. Ihn fasziniert vor allem ihre Unabhängigkeit von den jeweils in Bonn regierenden Politikern sowie ihre Fähigkeit, eine richtungswegweisende Politik zu formulieren. Darüber hinaus würden die Deutschen im europäischen Ausland um ihr Preisbewußtsein beneidet. Dadurch seien „Quasi-Verbraucherpreiskontrollen“ entstanden, die eine wilde Preisentwicklung mit allen ihren negativen Nebenauswirkungen praktisch unmöglich gemacht hätten.

Daß die Bundesrepublik seit Jahrzehnten ein „Wirtschaftswunder ohne Ende“ erlebe, hat nach Villares Ansicht auch weitgehend mit vielen angehörenden Charakterzügen der Deutschen zu tun. Ideenreichtum, Fleiß, eine bewundernswerte Arbeitsmoral, Effizienz und die Einführung von modernen, sonst in diesem Umfang nur noch in Amerika angewandten Managementmethoden seien der treibende Motor der deutschen Wirtschaft.

Villare: „Ideen haben auch die anderen führenden Industrienationen Europas.“ Aber die Deutschen verstehen es besser als alle anderen, ihre Ideen in die Praxis umzusetzen. Darüber hinaus arbeite kein anderes europäisches Volk, vielleicht mit Ausnahme der Schweizer, so konsequent und verantwortungsbewußt. Diese Qualitäten der Deutschen und den „robusten, modernen Charakter der deutschen Wirtschaft“ müßten nach Villares Meinung die übrigen Europäer als eine „Art Herausforderung“ empfinden, um härter zu arbeiten, besser zu organisieren, ihre Firmen wirksamer zu managen. In einigen Branchen, davon ist Villare über-

zeugt, seien die Deutschen allerdings nicht mehr zu schlagen: Dazu gehörten die Chemieindustrie und der Maschinenbau.

Sorgenvoll betrachtet Villare dagegen die Stahl- und die Automobilindustrie. Im Stahlsektor habe er den Eindruck, daß die Deutschen den Modernisierungs- und Restrukturierungsprozess weitgehend vernachlässigt hätten. Bei der Autobranche wiederum, die zur Zeit glänzende Exportergebnisse erziele, hat der Fachmann Villare die Befürchtung, daß die Deutschen zu kurzfristiger Produktionskapazitäten geschaffen hätten, die auf die Dauer vor allem im Fall einer Wirtschaftskrise nicht zu halten seien.

Dennoch trauten die Deutschen und die anderen Westeuropäer vor der japanischen Invasion langfristig keine Angst zu haben. Es ist Villares feste Überzeugung, daß die führenden Industrieländer Europas - und dazu zählt er neben Deutschland auch Italien, Frankreich und Großbritannien - den Japanern, trotz anderslautenden Behauptungen technologisch überlegen“ seien.

Vormarsch gestoppt

Dabei glaubt er, daß der Vormarsch der japanischen Industrieprodukte nicht mehr so stark sei. Er nimmt ein konkretes Beispiel: Bis vor knapp anderthalb Jahren habe die Mehrheit der in Italien verkauften Motorräder aus Japan gestammt. Inzwischen habe sich der Trend geändert: Es würden italienische und deutsche Fahrzeuge bevorzugt. Der Grund laut Villare: „Die niedrigeren Preise der Japaner sind nicht mehr ausschließlich ausschlaggebend. Die Europäer haben schnell gemerkt, daß sie billigere, aber qualitativ schlechtere Produkte aus Japan gekauft haben.“



Als einer der angesehensten Wirtschaftsjournalisten Italiens leitet Renzo Villare seit zehn Jahren die Wirtschaftsredaktion der in Turin erscheinenden und von der Familie Agnelli kontrollierten Tageszeitung „La Stampa“. Der heute 59 Jahre alte Betriebswirt hat am Oldenlands renommierten Bocconi-Universität studiert und sich auf Fragen der Automobilindustrie spezialisiert.

Paris gibt die Preise völlig frei

Ansländer dürfen bald in Frankreich Anleihen aufnehmen

J. Sch. Paris
Die in Frankreich 1945 gesetzlich eingeführte Preiskontrolle wird zum Ende dieses Jahres beseitigt, erklärte jetzt Wirtschafts- und Finanzminister Edouard Balladur. Bis dahin würden die letzten der dann noch reglementierten Preise (hauptsächlich Dienstleistungen und Handelsspannen) in vier Monatsstufen freigegeben werden. Ausgenommen bleiben nur die durch andere Gesetze kontrollierten Preise für Bücher, erstattungsfähige Arzneimittel und bestimmte Dienstleistungen wie Taxifahrten sowie die administrativen Tarife (zum Beispiel bei der Eisenbahn). Diese repräsentieren etwa 20 Prozent des Lebenshaltungskostenindex.

Zum ersten Mal seit Kriegsende wagt damit eine französische Regierung den Schritt in die „unwiderrufliche“ Preisfreiheit. Zwar waren immer wieder Preisverordnungen aufgehoben worden. Jedoch hatte man niemals auf die parlamentarische Generalermächtigung verzichtet wollen. Preiskontrollen jederzeit auf dem Verordnungswege einzuführen oder zu verstärken.

Das Risiko, das sich aufgrund der Preisfreigabe die Inflation in Frankreich beschleunigt, schätzt Balladur gering ein. Denn der Preisanstieg ha-

be sich schon seit einiger Zeit trotz der bedeutenden Liberalisierungsmaßnahmen (alle Industrieübertarife kontinuierlich abgeschwächt. Die Inflationsrate erreichte zuletzt im Jahresvergleich Juli mit zwei Prozent ihren niedrigsten Stand seit 20 Jahren.

Bei der Devisenkontrolle will Balladur allerdings nicht so weit gehen wie bei den Preisen. Hier soll das entsprechende Ermächtigungsgesetz bis auf weiteres fortgeführt werden. Dieser Vorstich habe aber nichts mit der jüngsten Franc-Schwäche zu tun, erklärte Balladur. Sie sei inzwischen gemeistert. Am Pariser Devisenmarkt hat sich die D-Mark bei 3,277 Franc stabilisiert.

Die weitere Liberalisierung des französischen Devisen- und Kapitalmarkts soll den Franzosen insbesondere erlauben, im Ausland Konten zu unterhalten. Auch wird das Verbot für Devisenkonten in Frankreich aufgehoben. Darüber hinaus sollen Ausländer ermächtigt werden, in Frankreich Anleihen aufzunehmen. Noch offen ist, ob die französische Exporteure von ihrer Verpflichtung befreit werden, die eingemommenen Devisen innerhalb einer bestimmten Frist (zur Zeit drei Monate) in Franc umzutauschen.

Arztbesuch meist unversichert

VON SIEGFRIED LÖFFLER

Wenn ein Arbeitnehmer oder ein freiwillig bei einer Berufsgenossenschaft Versicherter auf dem Weg zum Arzt verunglückt, kann er zwar hoffen, daß ihm unverzüglich „Erste Hilfe“ zuteil werden wird. Die Sicherheit, daß die gesetzliche Unfallversicherung für die finanziellen Folgen des Unfalls aufkommt, hat er aber keineswegs. Nur in Ausnahmefällen wird von den Sozialgerichten ein Versicherungsschutz bejaht, normalerweise sind Klagen erfolglos.

Das bekam jetzt die 53jährige Filialleiterin einer Metzgerei in Bayreuth zu spüren, die während der

ker Schmerzen nicht mehr arbeiten konnte.

Mit dieser Entscheidung liegt das Landessozialgericht Bayern auf der Linie der für die unteren Instanzen verbindlichen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts in Kassel. In der letzten Instanz konnten die auf dem Weg zum Arzt Verunglückten nur deshalb in einigen Fällen den Prozess gewinnen, weil sie nicht die Arbeit unterbrochen hatten, sondern nach Dienstschluß auf dem ohnehin versicherten Heimweg den Arzt aufsuchten.

In einem Fall aus Hessen sah das Bundessozialgericht im Urteil 2 RU 136/83 vom 28. 8. 1984 eine anderthalbstündige Unterbrechung des Heimwegs als unerheblich an; auch in dem unter dem Aktenzeichen 2 RU 583 vom 31. 1. 1984 entschiedenen Fall - hier war der Arbeitnehmer im Einverständnis mit dem Arbeitgeber wegen starker Zahnschmerzen zum Zahnarzt gegangen - blieb der Versicherungsschutz erhalten. Dagegen ging ein anderer Arbeitnehmer leer aus, der auf dem Heimweg die direkte Wegstrecke verließ, um zum Arzt zu fahren und nach mehr als einer Stunde kurz vor Erreichen des unmittelbaren Heimwegs - aber eben doch noch auf der Umwegstrecke - verunglückte (2 RU 156/71 vom 31. 8. 1972).

Nach der Entscheidung 2 RU 97/76 vom 26. 5. 1977 ist bei einem Unfall auf dem Weg zur Werksambulanz normalerweise der Versicherungsschutz gegeben, weil hier ein unmittelbarer zeitlicher und räumlicher Zusammenhang mit der Tätigkeit im Betrieb besteht. Dennoch hat das Bundessozialgericht auch in dieser Entscheidung auf die Grundsätze seiner Rechtsprechung hingewiesen: Maßnahmen zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit sind grundsätzlich dem unversicherten persönlichen Lebensbereich zuzurechnen.



(versicherten) Arbeitszeit zur Behandlung in eine nur 15 Meter von ihrem Arbeitsplatz entfernte Zahnarztpraxis gegangen war. Auf dem Rückweg stürzte sie und brach sich beide Oberarme.
Hätte sich der Unfall am Arbeitsplatz ereignet, wäre der Versicherungsschutz natürlich gegeben gewesen. So fehlte aber der ursächliche Zusammenhang zur versicherten Tätigkeit und deshalb verneinte das Landessozialgericht München im Urteil L 2/U 342/85 den Versicherungsschutz. Die Begründung: „Die Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit gehört grundsätzlich zum unversicherten persönlichen Lebensbereich eines Arbeitnehmers.“
Der Arztbesuch sei nicht schon allein deshalb der versicherten Tätigkeit zuzurechnen, weil damit gleichzeitig die Arbeitskraft wiederhergestellt werde. Etwas anderes könnte nur dann gelten, wenn der Arztbesuch unumgänglich wurde, weil der Arbeitnehmer infolge star-

Sind Sie sicher, daß Ihnen keine Berufs-Chance entgeht?
Informieren Sie sich jeden Samstag im großen Stellenanzeigenteil für Fach- und Führungskräfte

DIE WELT

Bagatell- und Routineangelegenheiten beschäftigen müssen. Außerdem würden von ihm betriebsferne Entscheidungen getroffen werden. Die SCS-Berater belegen dies mit Zahlen: So entfielen von den im vergangenen Jahr von Lufthansa-Gesamtvorstand getroffenen Entscheidungen nur 29 Prozent auf die Unternehmenspolitik während es bei 23 Prozent um Stellenbesetzungen ging.

PERSONALIEN

Jakob Lux (34), seit 1981 Presse- und PR-Chef der Leonberger Bau-sparkasse AG, Leonberg, übernimmt zum 1. Januar 1987 die Hauptabteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Kolbenschmidt AG, Neckarsulm.
Klaus J. Schreiner ist mit Wirkung vom 1. August 1986 als Deputy General Manager in die Niederlassung London der Hessischen Landesbank - Girozentrale eingetreten.
Prof. Helmut Bott, Mitglied des Vorstandes der Dr. Ing. H. C. F. Porsche AG, und Dudley G. Eustace, Finanzdirektor der British Alcan Aluminium Plc, sind in den Aufsichtsrat der zum Bereich der Kanadischen Alcan Aluminium Ltd. gehörenden Alcan Aluminiumwerke GmbH, Eschborn, berufen worden.

Kernenergie-Verzicht problematisch

CDU-Kongress: Kraftwerke müssen international noch sicherer gemacht werden

ARNULF GOSCH, Bonn
Ein kurz- oder auch nur mittelfristiger Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie wäre in vielerlei Hinsicht problematisch. Er würde Beschäftigungs-, Umwelt- und Kostenprobleme sowie auch Sicherheitsprobleme bei der Energieversorgung in noch nicht zu übersehendem Ausmaß mit sich bringen. Auf diesen gemeinsamen Nenner lassen sich die Ausführungen der Referenten bringen, die gestern auf dem energiepolitischen Fachkongress der CDU im Bonner Konrad-Adenauer-Haus zum Generalthema „Energiepolitik für eine humane Zukunft“ das Wort ergriffen.

Wie der energiepolitische Sprecher der Unionsfraktion, Ludwig Gerstein, als Tagungsleiter erklärte, müßten die Kernkraftwerke international sicherer gemacht werden. In der Diskussion um die Risiken der einzelnen Energieträger müsse man aber aufpassen, daß nicht ein Energieträger gegen den anderen ausgespielt werde, weil das schwerwiegende Schäden für die Industriegeellschaft verursachen würde. Die Energiepolitik der CDU basiere auf Kohle und Kernenergie, das heißt weder Kohle vor Kernenergie noch Kernenergie vor Kohle.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler stellte in seinem Eröffnungsreferat fest, daß es für seine Partei nicht die simple These „Ausstieg aus der Kernenergie“ gebe, weil dies weder technisch noch volkswirtschaftlich, aber auch ethisch nicht verantwortbar sei. Das bedeute jedoch nicht, daß man nicht alle Anstrengungen unternehme, Energie einzusparen und alternative Technologien zu erforschen.

Bundesumweltminister Walter Wallmann warf der SPD wegen ihrer Ausstiegsthese vor, das Prinzip Verantwortung durch das Prinzip Opportunismus zu ersetzen, und fügte wörtlich hinzu: „Wir werden solange aus der Kernkraft nicht aussteigen, wie uns eine bessere Energieart nicht zur Verfügung steht.“ Mit Nachdruck wandte sich der Minister gegen Versuche, das deutsche Volk in ein Lager der anständigen Kernkraftgegner und der rückständigen und unangenehmen Kernkraftbefürworter aufzuspalten.

Wallmann hob noch einmal hervor, daß die Sicherheit der Anlagen im Interesse von Leben und Gesundheit immer absolute Priorität habe. Im übrigen sei keine der beiden großen Energiequellen ohne Risiko, weder die Kernkraft noch das Verbrennen

von Kohlenwasserstoff. Der Kernphysiker Professor Heinz Maier-Leibnitz gab seinem Bedauern Ausdruck, daß eine sachliche Argumentation über das emotionsbeladene Thema Kernenergie zur Zeit kaum statfinde. Bedauerlich sei auch, daß die zuständigen Stellen zur Frage einer Gefährdung durch Angriffe auf Atomkraftwerke im Falle eines Krieges „beharrlich schweigen“. Trotzdem hält Maier-Leibnitz die Atomenergie vor allem wegen des wahrscheinlichen Bedarfs in 50 Jahren für unverzichtbar.

Die Exekutivdirektorin der Internationalen Energie-Agentur, Helga Steeg, warnte vor der Annahme, daß die Kombination von mehr Einsparung und erneuerbaren Energiequellen allein die Kernkraft ersetzen könne. Bevor eine Regierung den Einsatz der Kernenergie in Frage stellt, müsse sie sich über ihre Rolle bei der Erreichung einer optimalen Mischung der Energieträger im klaren sein. Hätte man den Strom aus Öl erzeugen wollen, so würde dies einen Mehrverbrauch um das anderthalbfache der Gesamtproduktion der Nordsee erfordern haben. Für die IEA sei die Kernenergie eine versorgungssichere und kostengünstige Energiequelle.

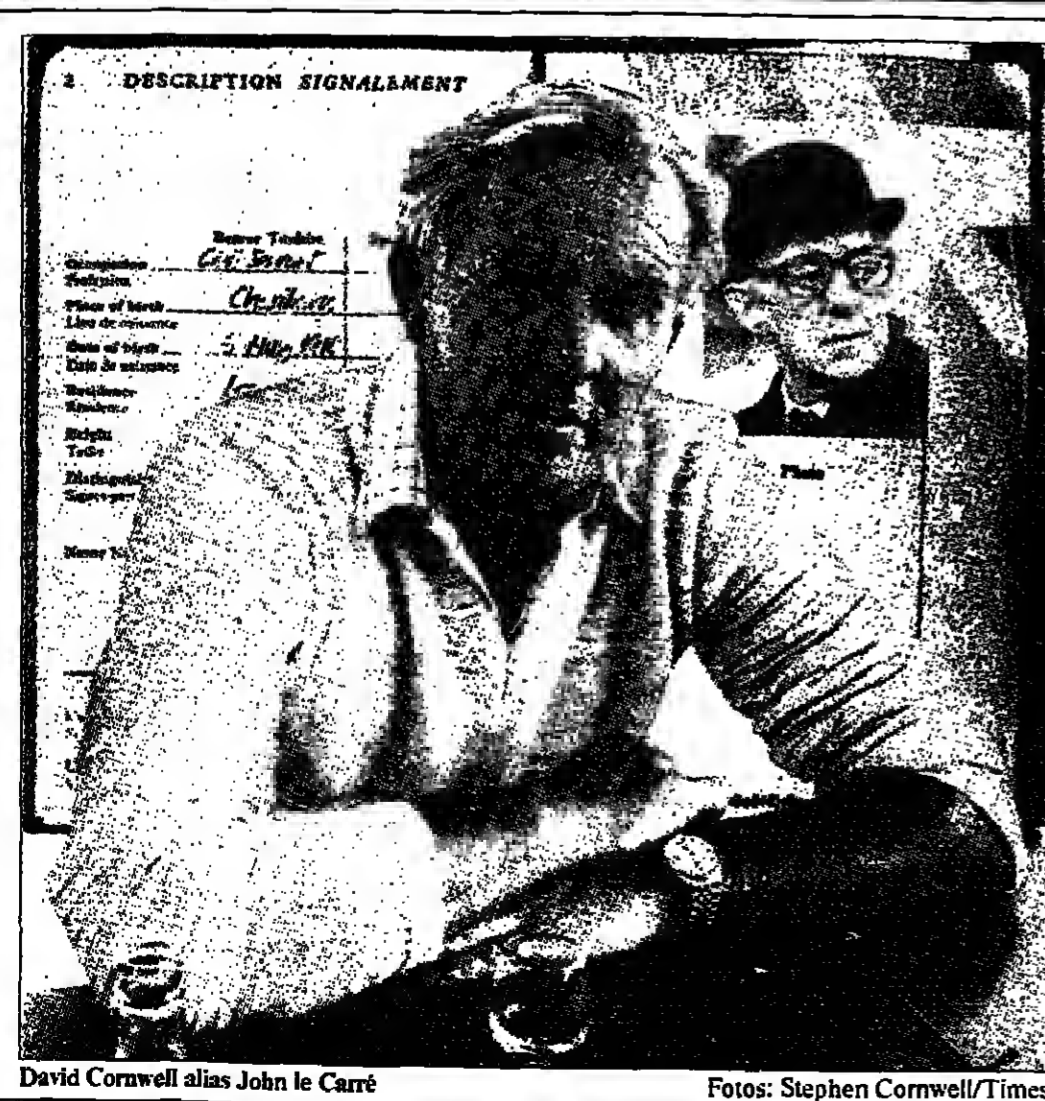
Frankreich: Boom für Saudi-Öl

J. Sch. Paris

Die französischen Robölimporte sind im ersten Halbjahr 1986 um zwei Prozent auf 35,18 Mill. Tonnen zurückgegangen - die aus Saudi-Arabien haben sich aber gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um nicht weniger als 45 Prozent auf 7,57 Mill. Tonnen erhöht. Dadurch steht Saudi-Arabien unter den französischen Öllieferanten - wie schon vor 1980 - wieder mit Abstand an erster Stelle. Der spektakuläre Anstieg wird vom Verband der Mineralölindustrie damit begründet, daß das Saudi-Öl zu besonders günstigen Bedingungen, insbesondere über sogenannte „Net Back“-Verträge, bezogen werden konnte.

Geschrumpft sind die Ölimporte aus Großbritannien um 55 Prozent auf 3,64 Mill. Tonnen, was wesentlich dazu beitrug, daß Frankreich zum ersten Mal seit fünf Jahren gegenüber Großbritannien einen Ausfuhrüberschuss (6 Mrd. Franc im ersten Halbjahr) erzielte. Rückläufig waren auch die Importe aus Nigeria, Algerien und Mexiko. Überrascht hat der starke Anstieg der Ölimporte aus Iran um 64 Prozent auf 2,06 Mill. Tonnen. Aus Irak, einem der größten Waffenkunden Frankreichs, wurden 3,02 Mill. Tonnen mehr importiert.

Lesetip der Woche



David Cornwell alias John le Carré

John le Carré: Mein Vater machte mich zum Spion



Der Vater Ronnie Cornwell

Mein Vater Ronnie starb nobel im Alter von nur neunundsechzig Jahren an einem gigantischen Herzanfall, nach einem Leben in perfekter Gesundheit und ungezügelter Genuß, in einem englischen Landhaus an einem Sommernachmittag des Jahres 1975. Er sah sich im Fernsehen Cricket an, seinen Lieblingssport. Er hatte einen tüchtigen Lunch aus seinen

Wie fühlt man sich, wenn man als achtzehnjähriger Absolvent einer der besten und teuersten Internatsschulen entdeckt, daß der Vater wegen Betrugs im Gefängnis gesessen hat? Und ein Betrüger ist er noch immer, der über schöne Frauen, eigene Rennpferde, schwere Autos verfügt, der nur in Luxus-Hotels absteigt, aber keinen Penny auf der Bank hat, um das alles zu bezahlen. Die Frage bewegt Magnus Pym, den Spion und Verräter in John le Carrés neuem Roman *Ein blendender Spion*. Es ist David Cornwells (alias John le Carrés) persönlichster Roman. Der Autor teilt mit seinem negativen Helden Magnus Pym einen (vor elf Jahren gestorbenen) Vater, der ein Betrüger, ein Charmeur, ein allgemein beliebter, für den Sohn jedoch ziemlich unerträglicher Mann war. Natürlich ist der Roman keine Autobiographie. Wie David Cornwell seinen Vater Ronnie Cornwell heute wirklich sieht, beschreibt er in der ZETT.

Leibgerichten verzehrt - Lammbraten, Pudding, Käse - und mit der üblichen Symphonie alkoholischer Getränke nachgespült, denn er pflegte aus jeder Mahlzeit ein Bankett zu machen, und seine Gelüste beherrschten seine zahlreichen Haushaltungen bis zum Schluß. Es war ein Sonntag. Kein moderner Falstaff hätte sich einen besseren Tod wünschen können.
Ronnies Lebensleistungen waren zwar unorthodox, aber brillant: eine Reihe von Fleiten, die sich über fast fünfzig Jahre erstreckten und auf mehrere Millionen Pfund beliefen; buchstäblich Hunderte von Firmen mit pompösem Briefpapier und kaum einer Spur von Eigenkapital; ein Schwarm treuer Freunde, die über seine waghalsigen Geschäfte lächelten, auch wenn sie selber deren Opfer waren; vier gesunde und erfolgreiche Kinder; sieben Enkelkinder; ein ungetrübter Glaube an seinen Schöpfer; Haftstrafen auf zwei Kontinenten, die keine erkennbaren Spuren auf seinen milden, fast klerikalen Zügen hinterließen; ein Gewissen, das ihm alles verzieh...
Lesen Sie mehr - diese Woche in der ZETT.

DIE ZEIT

Preussag: Negative Entwicklung

Der Verfall der Rohstoffpreise belastet das Ergebnis

DOMINIK SCHMIDT, Hannover
Die Preussag AG, Hannover, rechnet kurzfristig nicht mit einer merklichen Besserung der anhaltend ungünstigen Geschäftsentwicklung. Vor allem der Verfall der Erdölpreise, so schreibt der Vorstand im Halbjahres-Bericht, belastet das Ergebnis weiter. Aber auch der Metallbereich bereitet unverändert Sorgen, wenn gleich eine Stabilisierung der Metallpreise auf niedrigem Niveau beobachtet wird. Konkrete Zahlen zur Ertragsrechnung legt der Rohstoff-Konzern allerdings nicht vor. Wie es heißt, werden alles in allem noch schwarze Zahlen geschrieben.

Die erstmalige Einbeziehung der Deilmann-Gruppe ließ den Umsatz des Inlandskonzerns im ersten Halbjahr 1986 auf 2,3 (2,1) Mrd. ansteigen. Ohne Deilmann errechnet sich ein deutlicher Umsatzrückgang. Lediglich der Unternehmensbereich Kohle habe den Vorjahresumsatz überschritten; die wichtigen Umsatzträger Erdöl und Chemie, Metall sowie Verkehr verzeichneten demgegenüber zum Teil kräftige Einbußen. Während das Erzbergwerk Bram-

melsberg die Förderung und die Konzentration etwas erhöhte, kam es im Erzbergwerk Grund zu einem drastischen Rückgang der Förderung. Die Hütten im Harz und in Nordham waren unterschiedlich beschäftigt. Verbessert habe sich die Auftragslage der Verzinkeisen. Die im Effektivhandel und in der Zinnverhüttung tätige AMC-Gruppe, London, litt unter dem Vertrauensverlust aufgrund der Zinnkrise. Eine hohe Auslastung der Kesselwagen und eine unbefriedigende Nachfrage in der Versorgerschiffahrt kennzeichnete die Entwicklung des Verkehrsber-

Die Erdölförderung im Inland ging im ersten Halbjahr um 4,1 Prozent auf 202 000 Tonnen zurück. Auch in den USA blieben die Fördermengen unter den Erwartungen. Das Steinkohlebergwerk Ibbenbüren förderte 1,19 Mill. Tonnen Kohle, 16 000 Tonnen mehr als im Vorjahreszeitraum. Der Absatz stieg gleichzeitig um 16,3 Prozent. Wegen der verzögerten Inbetriebnahme des Kraftwerks nahmen die Haldenbestände aber geringfügig zu.

Das Pilsener läuft und läuft

Bitburger verkaufen 1986 rund 100 000 Hektoliter mehr

Bm, Bonn
Die Bitburger Brauerei Th. Simon GmbH wird auch 1986 ihre kontinuierliche Aufwärtsentwicklung fortsetzen. Nachdem 1985 ein Ausstoßplus von 4,5 Prozent auf gut 2,1 Mill. Hektoliter Bier erzielt worden war, wird der Ausstoß im laufenden Jahr nach Auskunft des Geschäftsführers Michael Dietzsch die 2,2 Mill. Hektoliter überschreiten.

Der Umsatz wird sich entsprechend erhöhen und prozentual deutlicher ausfallen, nachdem eine Preiserhöhung Anfang 1986 vom Markt akzeptiert wurde. Sie betrug beim Faß nach vier Jahren Preisabstimmung neun Mark je Hektoliter und bei der Halbliterflasche etwas über einen Pfennig. Die Flaschenbier-Preiserhöhung wurde jedoch nahezu kompensiert durch Verbesserung der Konditionen des Handels. 1985 war der Umsatz von Bit um 5,9 Prozent auf 264 Mill. Mark gestiegen.

Im Gegensatz zum Trend der Branche erhöht Bit den Absatz von Faßbier. Er liegt zur Zeit bei 41 Prozent des Ausstoßes. Hier kommt die seit Jahrzehnten gepflegte Orientierung zur Gastronomie zum Ausdruck.

Die Erfolge in diesem Bereich werden von Dietzsch vor allem auf die Philosophie konsequenter Qualitätswachstums zurückgeführt. Bit besteht in der sechsten Generation. Die Geschäftsführung liegt ausschließlich in Händen von Familienmitgliedern. Verkauft wird dieses Premiumbier zu 95 Prozent über den Getränke-Fachgroßhandel. Rund 750 solcher Großhändler vertreiben das Erzeugnis im Faß und in Flaschen. Au-

ßer dem Pilsener Bit erzeugt die Brauerei kein-Bier. Separat geführt wird die Mehrheitsbeteiligung Gerolsteiner Sprudel, einer der wenigen lukrativen Brunnen der Bundesrepublik mit einem Ausstoß von rund 3 Mill. Hektoliter 1986 nach 2,7 Mill. im Jahr zuvor.

Bit bemüht sich nun auch ernsthaft um Exportpositionen. 1985 wurde die Marke von 80 000 Hektoliter überschritten. Nach Dietzsch erreichte der Exportanteil zum 30. Juli 1986 ein Plus von 14 Prozent. Neben den traditionellen Nachbarmärkten Belgien und Luxemburg richtet sich das Exportinteresse auf die USA, auf Österreich, Italien und Spanien.

Seit 1984 rüstet Bit auf das zylindrische Keg-Faß um. In diesem Jahr wird diese Entwicklung im wesentlichen abgeschlossen. 1985 investierte die Brauerei 50 Mill. Mark, 1986 werden es nach Dietzsch über 60 Mill. Mark sein.

Die Bitburger Brauerei verzichtet auf den Vertrieb von Bier in Dosen kleiner Gebinde. Michael Dietzsch will das Umweltproblem beim Einwegbier gar nicht hervorkehren. Er lehnt diese Vertriebsweise aus betriebswirtschaftlichen Gründen ab. Seine Meinung hat er sich darüber am Markt gehildet. Geringe Mengen Einwegbier gehen von Bit in den Export. Und da auch im Inland eine kleine Nachfrage vom Heimkonsum besteht, bedient auch Bit diesen Bedarf. Obwohl Einweg teurer sei als Mehrwegbier in Flaschen, seien die Erträge unbefriedigend und daher ohne Attraktion.

Die Katastrophe in Tschernobyl war programmiert

Von ERWIN MÜNCH

Nun liegt der Bericht des Staatskomitees für die Nutzung der Kernenergie der UdSSR über den Unfall in dem Kernkraftwerk von Tschernobyl und seine Folgen einer Expertenkonferenz der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) in Wien vor. Und dieser Bericht macht deutlich, daß sich die Bundesrepublik vier Monate lang völlig umsonst einer intensiven, emotionalisierten und nahezu hysterischen Diskussion über die Sicherheit der Kernenergie hingeeben hat.

Folgt man den Ausführungen der russischen Techniker, so haben unterschiedliche Fehlbedienungen, aber insbesondere die Blockierung von wesentlichen Sicherheitseinrichtungen zu dem folgenschweren Unfall geführt.

Beim Test der Möglichkeiten für die elektrische Eigenbedarfsdeckung beim Auslaufen des Turbogenerators waren verschiedene Bedingungen für die Abschaltung des Reaktors überbrückt worden, das Notkühlungssystem war für die Dauer des Versuchs unwirksam gemacht.

Man könnte daher zu der Aussage

kommen, daß es ja nur natürlich sei, daß ein Reaktor, der seiner Schutz-einrichtung beraubt ist, auch leicht katastrophal versagen kann. Doch gerade hier zeigt sich erneut die Schwäche der Systemtechnik des RBMK-1000.

Ein Turbinenausfall wird von deutschen Anlagen problemlos ertragen, und selbst das zusätzliche Versagen der Reaktorabschaltung bei einem derartigen Fall gehört zu den Störfällen, die nach den Störfällelinien von den deutschen Anlagen beherrscht werden.

Zudem kann die Überbrückung von Schutzvorrichtungen nicht von der Steuerzentrale aus vorgenommen werden. Die Schnellabschaltung ist ohnehin fail-safe konstruiert, so daß bei Eingriffen die Absorber in den Reaktor einfallen und ihn abschalten. Außerdem sind die Einrichtungen redundant, also mehrfach ausgelegt und selbstkontrollierend.

Der markante Unterschied zwischen Tschernobyl und deutschen Anlagen ist offenbar doch in der unterlegenen Anlagentechnik des RBMK-Typs zu suchen. So sehen denn auch die Russen kurzfristige

Verbesserungen bei der Regel- und Abschaltbarkeit ihrer Anlagen und eine Änderung der Brennstoffeigenschaften, um die Möglichkeit temperaturbedingter Leistungsüberschläge zu verringern. Langfristig sollen passive Sicherheitssysteme konzipiert und entwickelt werden.

Fast vier Monate hat sich die deutsche Bevölkerung, haben sich die deutschen Reaktor-Experten und natürlich auch die politischen Parteien mit der Frage herumgeschlagen, ob ein gleicher Unfall, wie er im russischen Tschernobyl passierte, auch in einem Kernkraftwerk der Bundesrepublik Deutschland auftreten könnte. Wegen fehlender Informationen aus der UdSSR wurde auf der Basis der in der Literatur verfügbaren Anlagenkenntnisse, aufgrund einiger Hinweise russischer Offizieller und aus dem Wissen über reaktorphysikalische und sicherheitstechnische Zusammenhänge der Störfällelauf in Tschernobyl analysiert.

Dabei wurde deutlich, daß reaktorphysikalische Auslegungsschwächen, sicherheitstechnische Mängel und konstruktive Unzulänglichkeiten der Anlage zu einem derartigen

Unfall geführt haben. Denn bei Temperaturerhöhungen steigt die Leistung noch weiter an, die Notkühlung würde die Forderung der deutschen Sicherheitsrichtlinien nicht erfüllen, und ein dichter Sicherheitsbehälter zur Rückhaltung der Radioaktivität fehlt völlig.

Die Angst unter der Bevölkerung im Angesicht der Folgen eines solchen Unfalls war absolut verständlich. Die Befürchtungen gegenüber einer Technik, die Gefahren nicht absolut auszuschließen in der Lage ist, müssen wohl auch von Technikern akzeptiert werden. Die politischen Parteien, allen voran die Grünen, die schon immer gegen die Kernenergie waren, aber auch die Sozialdemokraten, die wohl auch einen wahlaktiven Vorteil witterten, forderten vehement den Ausstieg aus der Kernenergie oder zumindest einen Einstieg in diesen Ausstieg.

Man kann sicher behaupten, daß Tschernobyl nicht überall ist, vor allem nicht in der Bundesrepublik.

Der Autor ist Leiter der Programmgruppe Technik und Gesellschaft der Kernforschungsanlage Jülich GmbH.

Investoren ziehen Kapital aus Südafrika ab

DW, Johannesburg

Mehr als an offiziellen Sanktionen leidet die südafrikanische Wirtschaft seit dem letzten Jahr an der Kapitalflucht, stellte Zentralbank-Chef, Gerhard de Kock, fest. Letztes Jahr zogen Investoren trotz verschärfter Devisenbestimmungen rund 3,55 Mrd. Dollar aus Südafrika ab, im ersten Halbjahr 1986 war es eine weitere Mrd. Durch gleichzeitige Schuldenerückzahlungen ins Ausland schrumpften die Netto-Reserven des Landes um eine Mrd. Dollar, was einen Kursverfall des Rand nach sich zog. Ausländischen Geldgebern warf de Kock vor, die innenpolitische Situation nicht realistisch einzuschätzen und sich durch Besorgnis über die Art, den Umfang und die möglichen Konsequenzen der internen politischen Probleme leiten zu lassen. Dies fügte zudem dazu, daß das Klima der

Berlin ist „Partner des Fortschritts“

th, Berlin

Zum Schaufenster der Dritten Welt wird das Berliner Messengelände unter dem Funkturm vom dritten bis siebten September. Rund 700 Aussteller aus 60 Ländern sowie etwa 450 zusätzlich vertretene Firmen werden auf der 24. Übersee-Import-Messe „Partner des Fortschritts“ ihr Warenangebot präsentieren.

Wie Geschäftsführer Dr. Manfred Busche von der AMK Berlin mitteilte, kommen größere Beteiligungen unter anderem aus Ägypten, Brasilien, den Philippinen und aus Zypern. Als Anreiz für die Ausstellung, die Treffpunkt der Exportwirtschaft aus den Entwicklungsländern und der europäischen Importeure ist, haben die Europäische Gemeinschaft und die Bundesregierung erweiterte handelspolitische Maßnahmen beschlossen.

So hat der EG-Ministerrat Sonder-Zollpräferenzen für die Übersee-Import-Messe in Höhe von vier Prozent zu den gegenwärtig geltenden Höchstgrenzen der Gemeinschaft genehmigt. Diese Vergünstigung war erstmals 1985 in Höhe von drei Prozent gewährt worden. Sie ist wieder an Lieferfristen (bis 30. Juni 1987) gebunden. Die Bundesrepublik stellt außerdem mit Zustimmung der EG-Kommission erneut Sonderimportkontingente auf dem Textil- und Bekleidungssektor zur Verfügung. Diese Messerkontingente haben ein Einfuhrvolumen von rund 300 Mill. DM. Mit den beiden Vergünstigungen soll die Messe, die in ihrer Konzeption einmalig in der Welt ist, sowohl für die Aussteller als auch für die europäische Importwirtschaft noch attraktiver gemacht werden.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Belebung reicht nicht

Hamburg (dpa/VWD) - Eine Konjunkturbelebung allein kann nach einer Studie des HWVA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, die Beschäftigungsprobleme nicht lösen. In einem Gutachten für das Bundeswirtschaftsministerium über die Beschäftigungsentwicklung in den westlichen Industriestaaten zwischen 1973 und 1983 führt das Institut die unterschiedliche Beschäftigungsentwicklung in den USA und der EG vor allem auf die Entwicklungen der Reallohne, der Lohnstruktur, der Flexibilität der Arbeitsmärkte und den ordnungspolitischen Rahmen zurück.

Höherer Verlust bei Voest

Wien (freis) - Höher als noch in der ersten Budgetvoranschau erwartet, werden 1986 die Verluste des angeschlagenen österreichischen Stahlkonzerns Voest-Alpine ausfallen. Der vor dem Sommer neu formierte Unternehmensvorstand erhöhte jetzt den ursprünglich erwarteten Fehlbetrag von 2,6 Mrd. Schilling fast auf den dreifachen Wert von 7,2 Mrd. Schilling. Davon entfallen 3 Mrd. auf alte Industrieanlagenprojekte und Beteiligungen im Ausland. Weitere 1,2 Mrd. Schilling entstehen in der Hütte, 0,6 Mrd. im Industrieanlagenbau, 1,2 Mrd. in der Stahlindustrie und 1 Mrd. in der Verarbeitung. Gleichzeitig wurde erklärt, daß 2400 Arbeitsplätze abgebaut werden.

Agrar-Bündnis

Cairns (VWD) - Eine Gruppe von 14 Agrarexportländern hat in der australischen Stadt Cairns ein Bündnis gegen die protektionistische Agrarpo-

litik der EG und der USA gegründet. In einer „Erklärung von Cairns“ kündigten die Staaten an, in Zukunft gemeinsam für die Liberalisierung des Weltagrarmarktes zu kämpfen.

Darlehen bereitgestellt

Brüssel (Ha) - Für ein gemeinsames von drei Unternehmen aus den Niederlanden, Großbritannien und der Bundesrepublik beschlossenes Projekt zur Entwicklung eines neuen Verkehrsflugzeugs hat die Europäische Investitionsbank (EIB) ein Darlehen von 30 Mill. Pfund (rund 90 Mill. DM) mit einer Laufzeit von zwölf Jahren bereitgestellt. Darlehensnehmer ist die Firma Short Brothers in Belfast. Messerschmitt-Bölkow-Blohm übernimmt die Herstellung des Hecks und bestimmte Abschnitte des Rumpfes.

Gemeinschaftsgründung

Frankfurt (adh) - BASF und Degussa haben jetzt eine gemeinsame Tochter in den USA zur Fertigung des Kunststoffes Ultraform gegründet. An der Ultraform Company in Mobile (Alabama) sind die amerikanische Degussa Corp. und die BASF Corp. zu jeweils 50 Prozent beteiligt; die geplante Anlage mit einer Jahreskapazität von 11 000 Tonnen wird Anfang 1988 in Betrieb gehen. Auch in Europa stellen Degussa und BASF den Thermoplast in einer gemeinsamen Tochter (Ultraform GmbH, Ludwigshafen) her.

Besteuerung abgelehnt

Düsseldorf (AP) - Die Mehrheit der Bundesländer lehnt zusätzliche Steuern auf Preisschlässe für Jahreswagen, Deputatkohle oder ähnliche Zu-

wendungen von Unternehmen für ihre Mitarbeiter ab. Das ergab eine in Düsseldorf veröffentlichte Umfrage der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“. Der Bundesrechnungshof hatte eine Besteuerung vorgeschlagen.

Gelder gesperrt

Mailand (rt) - Im Zusammenhang mit Klagen italienischer Firmen auf Vertragserfüllung lyhischer Geschäftspartner sind auch Gelder des lyhischen Botschaft in Italien gesperrt worden. Ein Sprecher der Banca Nazionale del Lavoro (BNL) erklärte, bei der Zweigstelle in Rom sei Anfang dieses Monats ein Konto des Volksbüros gesperrt worden.

Hilfe für Dürreschäden

Paris (J. Sch.) - Die französische Regierung wird den von einer Dürreperiode geschädigten Bauern mit 1,3 Mrd. Franc (400 Mill. DM) helfen. Außerdem erhalten die Bauern Kredite zu Vorzugsbedingungen.

Geringeres Defizit

Paris (J. Sch.) - Der französische Haushaltsplan für 1987 soll ein Defizit von höchstens 130 Mrd. Franc aufweisen. Es würde damit um mindestens 14 Mrd. Franc niedriger ausfallen als das diesjährige Defizit, das im Nachtragshaushalt für 1986 von 145 auf 144 Mrd. Franc reduziert worden war. Nach dem gegenwärtigen Stand der Budgetplanung ist eine Zunahme der Staatsausgaben um nur 1,3 Prozent vorgesehen, während die Staatseinnahmen stärker steigen sollen. Der Haushaltsplan unterstellt eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um real 3 Prozent.

Anzeige

DekaDespa-Info Nr. 17

Deutsche Aktienbörse vor neuem Aufschwung?

DekaFonds, der Sparkassen-Aktienfonds, beteiligt Sie an einer Auswahl bester deutscher Aktien, die von Fachleuten gemanagt wird.

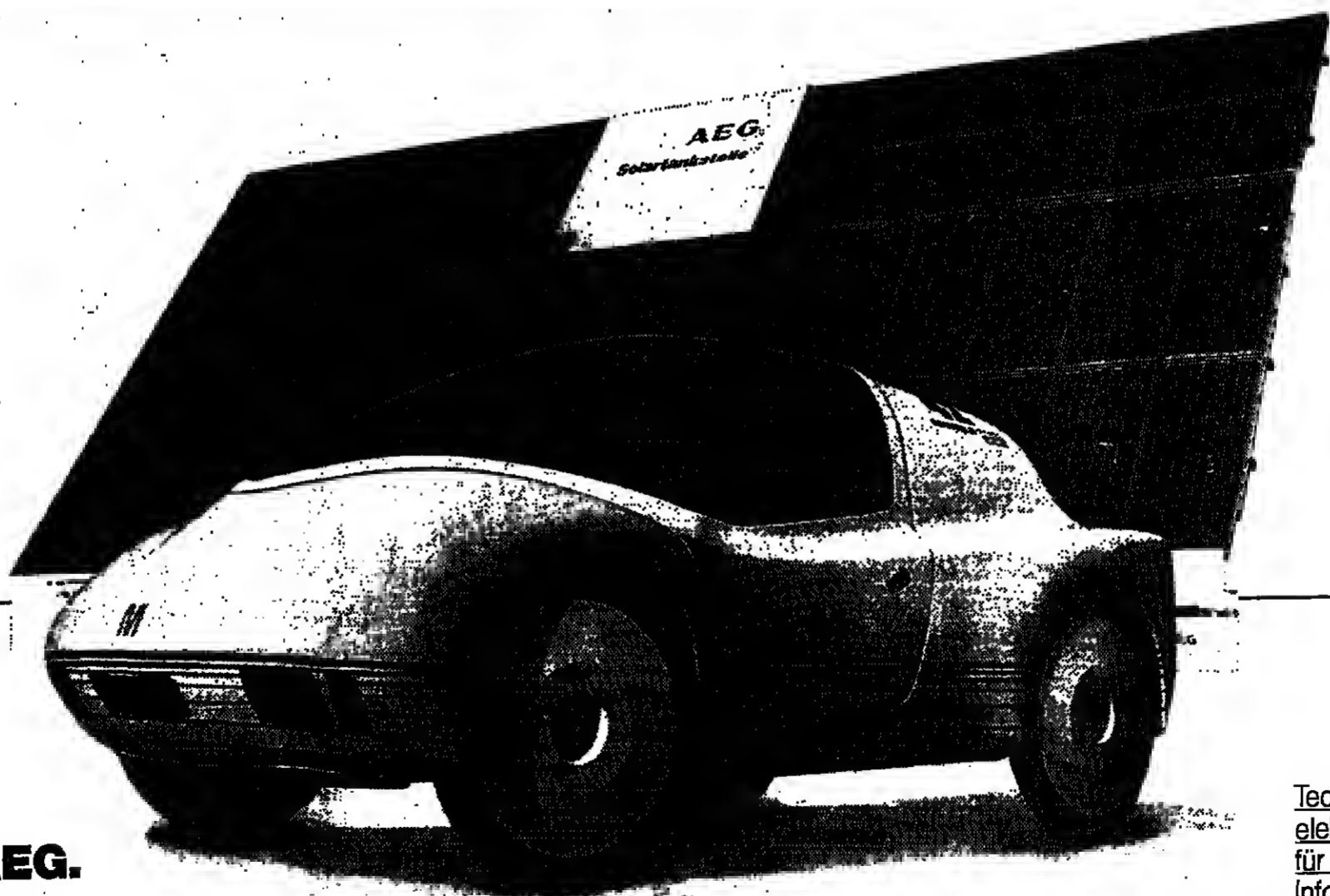
Mehr über Aktien und DekaFonds erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.

Deka

Unsicherheit jetzt auch auf südafrikanische Geschäftsleute übergreift, die von Investitionen Abstand nehmen.

Die Leistungsbilanz der Kaprepublik wird dennoch voraussichtlich in diesem Jahr ein Plus von vier bis fünf Mrd. DM aufweisen, das zur Erfüllung der Auslandsverpflichtungen ausreicht, sagte der Generaldirektor des südafrikanischen Finanzministeriums, Chris Stals. Das Land hatte 1985 für 14 der 24 Mrd. Dollar Auslandsschulden ein Moratorium erklärt, das zu einem Bankrott abgelehnt wurde. In diesem Jahr hat es bereits 400 Mill. Dollar an seine Gläubigerbanken zurückgezahlt. Bis Juni 1987 sind nur noch weitere 80 Mill. Dollar fällig. Auch an den internationalen Währungsfonds (IWF) habe Südafrika in diesem Jahr rund 640 Mill. DM zurückgezahlt. Die nicht unter das Stillhalteabkommen fallenden Schulden würden planmäßig beglichen. Behauptungen, Südafrika könne oder wolle seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, seien einfach bössartig.

SCOPEN/WW, 3286



Sonne, die man tanken kann. Von AEG.

Bei der „Tour de Sol 86“ stellte die AEG die erste mobile Solartankstelle der Welt vor. 5 Fahrzeuge können hier gleichzeitig „Sonne“ tanken. Ein Drittel aller Solarmobile, die an den Start gingen, waren mit Solargeneratoren von AEG ausgerüstet. Sie belegten in vielen Fahrzeugkategorien die vordersten Plätze.

Solartechnik von AEG - eine Technologie, die auch im Sport neue Energien freisetzt. Die solarelektrische Energieversorgung von Fahrzeugen ist zur Zeit noch eine Spezialanwendung. Im privaten und industriellen Bereich hat sie sich längst bewährt. Schlüssel der ökologisch unbedenklichen Solartechnik ist die „Photovoltaik“, die direkte Umwandlung von Licht in elektrische Energie. Eine von

der AEG entwickelte Solarmodulfamilie in Leichtbauweise wird im privaten Bereich zum Beispiel in Batterieladegeräten eingesetzt. Im industriellen Bereich wird die Solartechnik von AEG für die Energieversorgung von Anlagen zur Bewässerung und zur Trinkwasseraufbereitung, von Sendern, Empfängern und Verstärkern in der Nachrichtentechnik sowie in der Satellitentechnik angewendet.

Technologien von AEG: elektrische und elektronische Geräte, Systeme und Anlagen für Automation, Kommunikation und Information, für Industrie- und Energietechnik, für Verteidigung und Verkehr, für Büro und Haushalt.



Umsatzplus bei Steilmann trotz der Textilkrise

dpa/VVD, Bochum
Dem Bekleidungshersteller Steilmann in Bochum hat die Krise der Textilindustrie nichts anhaben können. Mit einem um acht Prozent gestiegenen Gruppen-Umsatz von 1,179 Mrd. DM im vergangenen Jahr ist das Unternehmen mit Abstand der größte Bekleidungsproduzent in der Bundesrepublik und einer der größten in Europa. Die Muttergesellschaft, die Klaus Steilmann GmbH & Co. KG, erzielte nach dem stürmischen Wachstum 1984 (23,6 Prozent) im „wenig rosigen“ Vorjahr noch eine Umsatzsteigerung von sieben Prozent auf 730 Mill. DM.

Im ersten Halbjahr 1986 habe das Unternehmen „gut pari“ abgeschlossen und erwarte für die nächsten Monate ein leichtes Plus. Nach Investitionen von 15,7 Mill. DM soll die eigene Produktionsbasis in der Bundesrepublik 1986 erneut erweitert werden, um der sich rasch wandelnden Nachfrage folgen zu können.

Bei der hohen Sättigung auf dem Inlandsmarkt rechnet der Bekleidungsproduzent mit weiteren Wachstumschancen vor allem im Auslandsgeschäft. Rund die Hälfte der 1985 in der Gruppe produzierten 23 Mill. Teile wurde exportiert, insbesondere in den Raum der Europäischen Gemeinschaft, aber auch nach Kanada und in die USA. 7072 Mitarbeiter (6530 und in den Steilmann-Werken der Gruppe beschäftigt, rund 20 000 arbeiten in den Lohnbetrieben im In- und Ausland. Auch in den „Billigproduktionsländern“ läßt das Unternehmen heute „mit Steilmann-Know-how“ fertigen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bonn: MFB Elektro-Schnelldienst GmbH; Nachl. d. Karl Dillmann, Bad Honau; Fähr: Kurtitt Mozart Betriebsges. mbH; Hammer Metall- u. Kunststoffverarbeitung W. Sporleder KG, Remmighausen; H. P. Markt GmbH Sonderposten u. Partiewaren, Wirt; München: Atlas Oteco- u. Küchen-Vertriebsges. mbH; ESW Energie-Systeme Vertrieb GmbH, Baldham; Nachl. d. Franz Dr. Karl Hans Jürgen Wallner; Münster: Nachl. d. Dr. Wilfried Reinhold Huber; Trier: Hilarius Pütz, Willinger; Waldshut-Tiengen: Nachl. d. Dr. Franz Alfred Nikolaus Kleinle, Thülingen-Birkendorf Ortsteil Erlenrieden.
Vergleiche eröffnet: München: Augustine Kasper.

Die wichtigste Tradition: Technischer Fortschritt

„Ein Unternehmen ist nur so gut wie seine Führung“ - Jürgen Heraeus, Vorsitzender der Familiengesellschaft

Jürgen Heraeus, Geschäftsführungs-Vorsitzender und -nach dem Ableben von Vater und Onkel im vergangenen Jahr - in der vierten Generation Alleinvertreter der Gründerfamilie in der Führungsspitze der W. C. Heraeus GmbH, Hanau, ist nicht eben anspruchlos: „Ein Unternehmen kann nur so gut sein wie seine Führung“, treibt er sich und seine vier Mitgeschäftsführer an. Das Konzerngebilde, dessen Besitz er sich mit rund 100 Familiengesellschaften teilt, stellt in dieser Hinsicht ganz besondere Anforderungen. Denn da gilt es, vieles unter einen Hut zu bringen, was auf den ersten Blick unvereinbar scheint: eine 135jährige Tradition und den Ehrgeiz, technisch die Nase vorn zu haben (Lösung: „Unsere Tradition ist es, an der Spitze des technischen Fortschritts zu marschieren“), den - auch vom Markt diktierten - Expansionsdrang und die Möglichkeiten einer Familiengesellschaft, die es vorerst auch bleiben möchte, den Wunsch nach der Konzentration der Forschung in Deutschland und die Partnerschaft mit wichtigen Abnehmern in Übersee und schließlich ein Produktspektrum, das jeder Branchenzuordnung trotzt.

Gemeinsame Klammer um zwanzig Produktbereiche

Zwischen dem Edelmetallhandel und der Quarzglaschmelze, zwischen dem Laser und dem Katalysatorfabrikanten, zwischen dem Metallpastenproduzenten (überhaupt dem Vormaterialzulieferer für die Elektroindustrie) und dem Medizingerätehersteller scheinen Welten zu liegen. Eine lose Klammer bilden vielleicht die Märkte: Die Elektronik stellt etwa ein Drittel von 1,5 Mrd. Mark Industriumsatz (was für einen US-Anteil von 34 Prozent und einen Fernanteil von 18 Prozent sorgt), High-Tech-Produzenten, Forschungsstätten und Universitäten sind wichtige Abnehmer.

Heraeus fertigt Berylliumteile für die Kernforschung, Sensoren, Simulationskammern für Umweltexperimente und Elektroniktests, Präzisionsöfen für Chips-Fabriken und Weltraumversuche, Keramikträger für die Hochleistungselektronik. Das Unternehmen beliefert Zahnärzte mit Speziallegierungen, Krankenhäuser mit Operationsleuchten und Bestrahlungsgeräten sowie die Che-

mie (wie auch andere Branchen) mit Sondermetallen und ist schließlich weltweit Marktführer im Geschäft mit Glasfaser-Rohlingen.

Zwanzig sehr unterschiedliche Produktbereiche sind nötig, um das Gesamtgebilde mit seinen weltweit etwa 7200 Mitarbeitern und rund 3 Mrd. Mark Umsatz (davon etwa die Hälfte Edelmetallhandel) in einen organisatorischen Rahmen zu fassen. Der Eindruck eines etwas wirren Gemischwarenladens täuscht indes: „Alles hat einen gemeinsamen Ursprung“, weiß der Urenkel des Firmengründers.

Es habe sich bewährt, auch beim Schritt in neues Terrain bei seinem Leisten zu bleiben: „Von drei Faktoren - technische Entwicklung, Produktionsverfahren und Vertrieb - müssen wir wenigstens zwei sicher beherrschen“, so der ältere Grundsatz bei der Entscheidung über neue Tätigkeitsfelder oder die Akquisition ganzer Unternehmen. Die meisten Produktbereiche haben sich aber logisch aus einander entwickelt.

Die Hochtemperaturtechnik zum Beispiel geht schon auf die Gründung im Jahr 1851 zurück. Erstmals gelang es damals in Deutschland, Platin nach einer neuen Methode bei 1800 Grad zu erschmelzen. Andere Edelmetalle kamen hinzu, und immer hieß es, hohe Temperaturen und höchste Reinheitsgrade im Griff zu behalten. Der Reinheitsanspruch führte schließlich zur Vakuumtechnik ebenso wie zum Quarzglas, das sich - wie heute wieder in der Halbleitertechnik - als Tiegel- und Gerätermaterial mit geringster Verunreinigung erwies.

Vom Quarzglas, das heute in seiner reinsten Form als Glasfaser neue Triumphe feiert, ging es dann über die Quecksilberhochdrucklampe (für die

Großflächenbeleuchtung) direkt zur Höhensohle, die vom Beginn des Jahrhunderts noch bis in die siebziger Jahre für den Namen Heraeus schlechthin stand.

An diesem Produkt zeigte sich auch, was man in Hanau unter einer organischen Unternehmensentwicklung versteht: Mangels eigener Vertriebsmöglichkeiten hatte man die Höhensohle schon seit 1906 im Joint-Venture mit der AEG vermarktet. Als in den siebziger Jahren der Quarzblemer durch einfache Leuchtstoffröhren ersetzt wurde, paßte die Konsumentenversion endgültig nicht mehr ins Heraeus-Konzept. Der ganze Produktbereich

ging - Tradition hin, Markenträger her - an Electro-lux.

Bei solcher Vielfalt ist man gezwungen, permanent sein Portfolio zu überprüfen“, meint Heraeus. „In Deutschland wird eigentlich viel zu wenig in Richtung Investitionen gedacht das gilt hier als unfrein.“ Die Trennung von Bereichen, die nicht mehr in den Unternehmensrahmen passen, komme aber meist beiden Seiten zugute. So wurde der Kölner Vakuumbereich Leybold-Heraeus mit Hilfe fremder Gesellschafter (Degussa, Metallgesellschaft) abgeben, als sein Wachstum die Möglichkeiten der Hanauer überstieg - heute kommt Leybold allein auf eine runde Milliarde Mark Umsatz.

Auch Bereiche, die mit 2 oder 5 Mill. Mark Jahresumsatz die ideale Bereichsgröße - „so zwischen 30 und 100 Mill. Mark, bei hohen Marktanteilen in relativ kleinen Produktsegmenten“ - verfehlt hatten, wurden selbstständig, teilweise von Heraeus-Mitarbeitern in Eigenregie übernommen. Auch sie arbeiten heute mit Gewinn, die im Firmenverbund nicht möglich wären.

Der scheinbaren Unregelmäßigkeit eines so vielfältigen Unternehmens-

gebildes setzt Heraeus nicht nur die ständige Überprüfung der Vertraglichkeit entgegen. Auch auf die richtige Verteilung der Kompetenz komme es an: „Die guten Leute müssen vor Ort sein, direkt in den Bereichen, nicht weit weg in der Zentralverwaltung“, meint der promovierte Diplom-Kaufmann, der sich in den ersten 20 Heraeus-Jahre „in allen Teilen des Konzerns herumgetrieben“ hat.

Es habe sich bewährt, jeden Bereich (vielleicht in Form einer eigenständigen GmbH) von nur einem Bereichsleiter führen zu lassen, der bis hin zum Ergebnis in voller unternehmerischer Verantwortung steht. Dem Trend zur Zentralisierung bei weiterem Wachstum müsse man so lange wie möglich durch weitere Zellteilung und gegebenenfalls auch Ausgliederung entgegenwirken.

Ein straffes Berichtswesen - jeder Bereichsleiter ist einem Geschäftsführer direkt unterstellt - sorgt dafür, daß es keine Ausreißer gibt. Aber auch die persönliche Betreuung sichert Führungsqualität: „Unser enger Führungskreis umfaßt 80 bis 90 Personen weltweit - die kenne ich hier alle noch persönlich“, betont Heraeus, der sich - wie schon sein Vater - auch in den Hanauer Werkstätten regelmäßig sehen läßt, gelungene Synthesen modernen Managements mit dem Patratat alter Prä-

Schritt an die Börse wird nicht erwogen

Vom Schritt an die Börse zur Unterstützung der weiteren Expansion hält Heraeus wenig. Wenn die Anteile zu Tageskursen bewertet werden, kommt auf die Gesellschafter eine enorme Belastung mit Vermögenswerten und im Ernstfall auch mit Erbschaftsteuern zu, so sein Hauptanwand. Und nachdenklich: „Ich habe auch den Eindruck, daß die Banken bei Emissionen häufig mehr an die Aktionäre als an die Unternehmen denken.“

Um das Unternehmen vor den gelegentlich fatalen Einwirkungen von Familienzwistigkeiten zu bewahren, hat man sich darum auf einen anderen Weg geeinigt. Eine Holding wird künftig der Puffer zwischen Eigentümern und Betrieben sein, ohne die Gesellschafterrechte wesentlich zu schmälern. JOACHIM WEBER



ZEICHNUNG: BÖHLE

Texas Air: Noch keine Fusion

Transportministerium lehnt Eastern-Airlines-Übernahme ab

VVD, Washington
Das US-Transportministerium hat die geplante Übernahme der in Schwierigkeiten geratenen Fluggesellschaft Eastern Airlines durch die Texas Air Corp überraschend doch verboten. Das Übernahmeangebot lautete über 600 Mill. Dollar. Zur Begründung teilte das Ministerium mit, die Fusion würde den Wettbewerb im Flugverkehr in Nordostamerika stark beeinträchtigen. Damit hat sich das Ministerium anders entschieden, als zunächst angedeutet worden war.

Aus der Fusion wäre die größte US-Airline-Holdinggesellschaft entstanden. Das Ministerium hatte früher eine Genehmigung der Fusion angedeutet, für den Fall, daß Texas Air Maßnahmen ergreift, die es Pan American World Airways erlauben, ein nennenswerter Wettbewerber für Eastern Airlines auf der Flugverbindung Washington-New York-Boston zu werden.

Die von Texas Air zur Beilegung der Wettbewerbsprobleme auf dem nordöstlichen Markt vorgelegten Vorschläge, wie etwa die entgeltliche Überlassung von Start- und Landeplatzlizenzen, hätten jedoch nicht ausgereicht, die Fusion zu erlauben, hieß es aus dem Ministerium. Man ließ jedoch die Möglichkeit für Texas Air offen, einen neuen Fusionsvorschlag vorzulegen, der dann geprüft und vorläufiglich auch angenommen werden würde, wenn das Konkurrenzproblem gelöst werden kann. Texas Air ist bereits im Besitz der New York Air und der Continental Airlines.

Als Folge der durch das Transportministerium nicht genehmigten Fusion der beiden Luftgiganten, fiel gestern an der Wall Street der Kurs der Eastern-Airlines-Aktien um 50 Cent auf 8,50 Dollar. Die Aktien der Texas Air mußten Kursverluste von mehr als 2,50 Dollar hinnehmen und schlossen bei knapp 28 Dollar.

Im Sog der Baufinanzierung

Wüstenrot Leben mit geringerem Neugeschäft

nl, Asperg
Aufgrund des hohen Gewichts der Bauparagruppen-Risikoversicherung (für die Darlehensnehmer der Bauparagruppen Wüstenrot) befindet sich die Wüstenrot Lebensversicherungs-AG, Ludwigsburg, gewissermaßen auch im Sog vermindelter Baufinanzierungen. Deshalb dürfte das gesamte Neugeschäft dieses unter den mehr als 100 deutschen Lebensversicherern nach Neubeschlüssen auf Platz 18 rangierenden Instituts nach Meinung des Vorstandsvorsitzenden Hans Laux im laufenden Geschäftsjahr 1986 wohl auch ein Minus ausweisen.

Der weitere Rückgang bei den Risikoversicherungen werde nicht durch den Zuwachs in der Großlebens-Einzelversicherung zu kompensieren sein. Hier verbuchte die Gesellschaft in den ersten fünf Monaten der Summe nach im Neugeschäft ein Plus von 2,4 Prozent, während die Risikoversicherung - auf diesem Feld ist Wüstenrot Leben Drittrüßler in der Branche - um 8,9 Prozent rückläufig war. Auch dieses Institut wird Anfang 1987 neue Tarife einführen.

Der Jahresabschluß 1985, der sich sehen lassen kann, brachte der Wüstenrot Leben einen nochmals um 10,8 Prozent auf 131 Mill. DM gestei-

gerten Überschuß, der damit 47,4 (45,4) Prozent der um 6,1 Prozent auf 276 (280) Mill. DM gewachsenen Beitragseinnahmen ausmacht und wiederum zu über 94 Prozent in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung geht. Aus dem mit 3,9 (3,8) Mill. DM ausgewiesenen Bilanzgewinn wird eine Dividende von unverändert 15 Prozent auf das eingezahlte Grundkapital von 7,2 Mill. DM ausgeschüttet, wovon 0,8 Mill. DM ab Jahresmitte 1985 dividendenberechtigt sind. Am Grundkapital sind die Bauparagruppen Wüstenrot mit 60 Prozent und die Allianz Leben mit 40 Prozent beteiligt. Die Eigenkapitalquote verbesserte sich auf 2,24 (2,17) Prozent.

Das Neugeschäft in der Einzelversicherung hat im Berichtsjahr um 24 Prozent auf 565 (455) Mill. DM zugenommen, während das Risikogeschäft um 19 Prozent auf 1,89 Milliarden DM zurückging. Die Stornoquote verringerte sich in der Großlebenssparte auf 5,1 (5,5) Prozent. Während der Abschlußkostenanteil auf 15,2 (11,8) Promille anstieg, reduzierte sich der Verwaltungskostenanteil auf 7,6 (7,8) Prozent. Bei um 17,1 Prozent auf 1,35 Milliarden DM erhöhten Kapitalanlagen nahmen die Erträge hieraus um 18 Prozent auf 106 Mill. DM zu.

FINANZANZEIGEN

HAMBURGER HOCHBAHN AKTIENGESELLSCHAFT
Dividendenbekanntmachung
Wertpapier-Kenn-Nr. 824 700
Gegen Vorlage des Dividendenscheines Nr. 75 wird aufgrund der Garantie der Freien und Hansestadt Hamburg für das Geschäftsjahr 1985 ein Betrag von
DM 4,- je Stück zu nom. DM 100,-
- ohne Erteilung einer Steuergutschrift unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer -
sowie ein Ausgleichsbetrag von
DM 1,- je Stück zu nom. DM 100,-
- bei Erteilung einer Steuergutschrift unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer auf DM 0,84 -
bei der Gesellschaftskasse oder bei einer der nachstehend aufgeführten Banken ausgehändigt
in Hamburg, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt/M., Hannover, München
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Hamburgische Landesbank - Girozentrale -
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Berenberg Bank
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Vereins- und Westbank AG
M. M. Warburg - Brückmann, Wirtz & Co.
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn eine inländische natürliche Person dem deponierenden Kreditinstitut eine Nichtveranlagungsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamtes eingereicht hat. In diesem Falle wird auch das Steuerurteil vom deponierenden Kreditinstitut gutgeschrieben.
Hamburg, den 27. August 1986 DER VORSTAND

HAMBURGER HOCHBAHN AKTIENGESELLSCHAFT
Zusammengefaßter Jahresabschluß 1985

Bilanz			
Aktiva	TDM		TDM
Schonlagen und immaterielle			
Anlagevermögen	261 019		
Finanzanlagen	22 288		
Vorräte	9 686		
Forderungen	57 569		
Flüssige Mittel	3 624		
Rechnungsabgrenzungsposten	203		
	354 389		
Passiva	TDM		TDM
Grundkapital	141 035		
Rücklagen	15 937		
Rückstellungen	56 205		
Lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten	78 828		
Kurzfristige Verbindlichkeiten	60 241		
Rechnungsabgrenzungsposten	2 145		
	354 389		
Gewinn- und Verlustrechnung		TDM	TDM
Umsatzerlöse		330 624	
Verminderung des Bestandes an In Arbeit befindlichen Aufträgen		340	
Andere aktivierte Eigenleistungen		6 386	
Gesamtleistung		336 670	
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren		135 474	201 196
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen, Erträge aus Beteiligungen und anderen Finanzanlagen		6 829	
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1 795	
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		381	
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		755	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		86	
Sonstige Erträge		33 604	
Erträge aus Verlustübernahme		168 755	212 203
			413 399
Personalkosten		326 798	
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen, immaterielle Anlagevermögen und Finanzanlagen		46 863	
Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten		239	
Verluste aus den Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens		253	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		7 237	
Steuern		1 906	
Aufwendungen aus Verlustübernahme		798	
Sonstige Aufwendungen		29 305	413 399
Bilanzgewinn			0

Der Jahresabschluß hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der DWT Deutsche Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, erhalten. Er wird in vollständiger Form im Bundesanzeiger veröffentlicht. Gegen Vorlage des Dividendenscheines Nr. 75 wird aufgrund der Garantie der Freien und Hansestadt Hamburg für das Geschäftsjahr 1985 ein Betrag von DM 4,- ohne und ein Ausgleichsbetrag von DM 1,- bei Erteilung einer Steuergutschrift unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer auf den Betrag von DM 0,84 ausgehändigt. Bei Vorlage einer Nicht-Veranlagungsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamtes erfolgt kein Steuerabzug.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL
9 1/2% Deutsche Mark-Anleihe von 1980/88
- WKN 467 121/24 -
Kündigung
Gemäß § 4 (1) der Anleihebedingungen kündigen wir hiermit alle ausstehenden Teilschuldverschreibungen dieser Anleihe zur Rückzahlung zum 1. Dezember 1986 zum Nennbetrag.
Zur Erlösung gelangen somit alle im Umlauf befindlichen Teilschuldverschreibungen der
Serie 1 - WKN 467 121 -
Serie 2 - WKN 467 122 -
Serie 4 - WKN 467 124 -
im Gesamtbetrag von DM 112 500 000,- ab 1. Dezember 1986 gegen Einreichung der Wertpapiere mit Zinsscheinen per 1. Dezember 1987 auf bei den nachstehend genannten Banken sowie deren inländischen Niederlassungen:
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Westfälische Landesbank Girozentrale
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Hypothek- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerz-Credit-Bank Aktiengesellschaft - Europartner
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank - Merck, Finck & Co.
Saf. Oppenheim jr. & Cie.
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Treuhaus & Burkhart KGaA
M. M. Warburg-Brückmann, Wirtz & Co.
Westfälische Bank Aktiengesellschaft
Die Verzinsung der gekündigten Teilschuldverschreibungen endet mit Ablauf des 30. November 1986. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.
Die zum 1. Dezember 1986 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.
Von den im Vorjahr ausgestellten Teilschuldverschreibungen der Serie 3 sind noch nicht alle Stücke zur Erlösung eingereicht worden.
Frankfurt am Main, im August 1986
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL
Kommission der Europäischen Gemeinschaften

ROBERT BOSCH GMBH STUTTGART
Bekanntmachung
Der Jahresabschluß und der Konzernabschluß zum 31. Dezember 1985 wurden im Bundesanzeiger Nr. 147 vom 13. 8. 1986 veröffentlicht. Der Geschäftsbericht über das Jahr 1985 kann bei der Robert Bosch GmbH, Frau Michel, Postfach 50, 7000 Stuttgart 1, angefordert werden.
Stuttgart, am 14. 8. 1986 Die Geschäftsführer

Mittelständisches Handwerksunternehmen
(Spezialgebiet Audio-Video- und Elektrotechnik) Sitz Großraum Hamburg, sucht Übernahme einer exklusiven Gebietsvertretung als Lager- und Servicestützpunkt für Norddeutschland. Umfangreiche und gut ausgestattete Werkstatt und Lagerräume stehen zur Verfügung.
Kontakt und Angebote erbeten unter D 4746 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ein starkes Produkt sucht Partner
Weil der Markt unser Produkt will, suchen wir für Teile der BRD weitere Vertriebspartner im Franchising-System mit vollem Gebietschutz.
Bei idealer Marktsituation für Sie, Sie verfügen ein Spitzenprodukt mit fest unbegrenzten Marktpotenzialen. Gibt es eine bessere Unterstützung, Ihre Zukunft ist sichergestellt? Wir erwarten, daß diese Chance Ihnen ganzen Einsatz herausfordert. Einmaliges Startkapital von ca. DM 40 000,- erforderlich.
Ihre Bewerbung richten Sie an die von uns beauftragte Agentur.

AFS Wochmann & Brandt Postfach 11 41 2357 830 Bramstedt Tel. 04192-757 57

Erbittet Angebot über Zusammenarbeit
mit laufender aktiver Mitarbeit, evtl. Übernahme einer Handelsvertretung oder mittelfristige Konzeptionsarbeit. Erfolgreiche Praxis in mittlerer Unternehmensführung, Industrie-, Labor- u. Feinchemikalien, städt. Güterhandelsverkehrs, erstklassige Referenzen.
Angeb. erb. u. X 4746 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Armer, kranker Frühlentener sucht Spitzen-Manager zwecks möglichen Milliardenprojekts. Der Wassermann, Tel. 06 61 / 4 97 44

008429853418
Aufstieg zum Geschäftsführer
In einem erfolgreichen mittelständischen Handelsunternehmen mit neuem Umsatz sollen Sie zunächst als Assistent der Geschäftsführung Vertriebsaufgaben übernehmen. Als Industrie- oder Großhandelskaufmann, der in der Lebensmittel- oder in der Verpackungsindustrie, im Import- oder Exporthandel ausgebildet ist, können Sie sich dann mittelfristig zum Geschäftsführer qualifizieren.
Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 30. August, im großen Stellenanzeiger der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Wir suchen mehrere schicke, moderne Zusatzartikel zur Belebung des Sortiments unseres Orientteppich-Einzelhandelsunternehmens. Die Artikel sollten unserer Branche nicht ganz fremd sein. Angebote richten Sie bitte unter F 4746 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir möchten unter konkurrenzloses Produkt bundesweit vertreiben und suchen
Handelsvertreter
mit freien Kapazitäten.
Kontakte zu Industrie, Speditionen, Heizungs- und sonstigen Gewerbebetrieben sind sicherlich von Vorteil. Gebiets- und werbliche Unterstützungen machen Bezüge von
DM 80 000,- p. a. und mehr
zur Realität.
Kontaktaufnahme erbiten wir unter Tel. 02 28 / 47 20 06, 9-10 Uhr.

Joy, 10/86

Bundesanleihen

Table of German federal bonds (Bundesanleihen) with columns for issue date, maturity, and price.

Industrieanleihen

Table of industrial bonds (Industrieanleihen) with columns for issuer, issue date, maturity, and price.

Bundespapier

Table of federal securities (Bundespapier) with columns for issue date, maturity, and price.

Länder - Städte

Table of state and municipal bonds (Länder - Städte) with columns for issuer, issue date, maturity, and price.

Sonderanleihen

Table of special bonds (Sonderanleihen) with columns for issuer, issue date, maturity, and price.

Bundesbahn

Table of federal railway bonds (Bundesbahn) with columns for issue date, maturity, and price.

Zinshoffnungen wurden vertagt

Zur Wochebeginn tendierten die bundesdeutschen Rentenmärkte überwiegend schwächer. Öffentliche Kapitalgeber lagen besonders gedrückt im Markt.

Frankfurt

Table of Frankfurt stock market data (Frankfurt) with columns for stock name, price, and change.

Düsseldorf

Table of Düsseldorf stock market data (Düsseldorf) with columns for stock name, price, and change.

Warenpreise - Termine

Table of commodity prices (Warenpreise - Termine) for various goods like wheat, oil, and metals.

NE-Metalle

Table of non-ferrous metal prices (NE-Metalle) for various metals like aluminum and copper.

Devisenmarkt

Table of foreign exchange rates (Devisenmarkt) for various currencies.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices of mortgage-backed securities (Pfandbriefen und KO).

New Yorker Finanzmärkte

Table of New York financial market data (New Yorker Finanzmärkte) including stock and bond indices.

Gollwitzer Biographie über Ludwig I. von Bayern

Herrscher mit Marotten

Seinen Enkel nannte man schon bald den „Märchenkönig“. Das es hingegen der Großvater war, der dem bayerischen Königtum seinen märchenhaften Altweltersommer beehrte, ist fast vergessen: Ludwig I., Bayerns zweiter König, wurde vor 200 Jahren, am 25. August 1786, in Straßburg geboren.

stößen in seinem Charakter hart auf einander.“ Doch nicht das Psychogramm des Herrschers ist Gollwitzer Thema, sondern der Mann, der wie keiner nach ihm die Physiognomie seines Staates prägte.



diese Beschreibung seines Lebens durch den Münsteraner Historiker Heinz Gollwitzer. Der emeritierte Ordinarius für Geschichte legt auf 951 Seiten eine Analyse des Ludovizianischen Königstums vor, die sich Theodor Schieders Friedrich- oder Lothar Galls Bismarck-Biographie ebenbürtig zur Seite stellt.

Im Gegensatz zu den Biographen der beiden Preußen näherte Gollwitzer sich seinem Helden nicht über eine problemorientierte, auf der Grundlage der bisherigen Forschung fußende Untersuchung, Aus seiner Zeit als Privatdozent in München mit der bayerischen Archiven gut vertraut, wählte er den Weg über das weitgehend unerschlossene Quellenmaterial. Dabei kam ihm zu Hilfe, daß er als erster Forscher von seiner Königlichen Hoheit, Herzog Albrecht von Bayern, die Erlaubnis erhielt, die mehrere hundert Bände Tagebücher auszuwerten, die Ludwig mit Akribie zusammengeschrieben hat.

„Noblesse, Zartgefühl und Rücksichtslosigkeit, Pedanterie und hochgemute Großzügigkeit, naive Gutgläubigkeit und übertriebenes Mißtrauen, das Bedürfnis zu idealisieren und zu sublimieren und handfester Realitätsinn. Exzentrität einschließlich Schrüllen und Marotten

Doch das ist - zugegebenermaßen gediegenes - historisches Handwerkzeug. Was das Buch zum Standardwerk macht, sind zum einen die vielen biographischen gesellschaftlichen Skizzen, mit denen der Autor die Elite Bayerns zeichnet. Zum anderen ist es die souveräne Einordnung von Ludwigs Herrschaft in die Epoche, in der sich die europäische Fürstenfamilie zur Staatengemeinschaft entwickelt. In diesem Spannungsverhältnis bezog Ludwig die entscheidende Position: Das „monarchische Prinzip“, die Vorstellung, daß der Herrscher mit der Fülle der Staatsgewalt ausgestattet war, war sein politisches Credo.

Die Erklärung, warum Ludwig mit seiner Vorstellung von Herrschaft scheiterte, ist der rote Faden durch diese Biographie. Da wird Ludwig fast zu einer tragischen Gestalt. Denn er erkannte nicht, daß das Ziel des von ihm mit großer Energie unterstützten deutschen Nationalgedankens auf den deutschen und europäischen Status quo revolutionierend wirken mußte. War Ludwig deswegen ein Reaktionsär, eine negative Gestalt der deutschen Geschichte, weil er den Zeitgeist nicht erkannte? Gollwitzer wendet sich gegen solche kritisch-emanzipatorischen Verurteilungen. „Persönliche Bewahrung und Entfaltung von Humanität läßt sich sehr wohl auch außerhalb des Engagements für die Sache des tatsächlichen oder vermeintlichen Fortschritts betätigen.“ Und: „Eine nur aus Progressiven bestehende Welt wäre vermutlich schon lange an sich selbst zugrunde gegangen.“

BERTHOLD SEEWALD
Heinz Gollwitzer: „Ludwig I. von Bayern, Königtum im Vormärz. Eine politische Biographie.“ Süddeutscher Verlag, München 1986, 951 S., 49,80 Mark.



Zum ewigen Leben verdammt: Christopher Lambert (links) als MacLeod und sein Mentor Ramirez (Sean Connery) in dem Film „Highlander“

Mulcahys Film „Highlander“ mit Christopher Lambert und Sean Connery

Die Unsterblichen sind unter uns

Großer Ruhm eilt ihm voraus, dem zweiten Spielfilm des 32jährigen Australiers Russel Mulcahy: „Highlander“. Das liegt nicht etwa an dem Regisseur, von dem man bislang nur weiß, daß er einige hervorragende Pop-Musik-Videos herstellte. Es liegt vor allem am Hauptdarsteller und Titelhelden der Geschichte: Christopher Lambert.

Weltruhm errang der heute 29jährige Lambert 1983 als jüngster Tarzan der Kinogeschichte in Hugh Hudsons Urwald-Epos „Herr der Affen“. In „Subway“ war er der Mitternachts-Yuppie der Pariser Metros neben Isabelle Adjani. Jetzt ist er - wiederum unwiderstehlich und eindringlich präsent - Connor MacLeod, 1518 in Schottland geboren und seitdem durch aller Herren Länder vagabundierend; denn Connor MacLeod ist unsterblich; und das wird er auch bleiben. Es sei denn, seinem Todfeind Kurgan (Clancy Brown), Inbegriff aller Bösen, gelingt es, ihm das Haupt mit dem Schwert vom Leibe zu trennen.

Das schicksalhafte Duell zwischen den beiden Männern, zwischen Gut

und Böse, findet im New York unserer Tage statt. Der Ausgang ist gewiß. Wie könnte Lambert alias MacLeod denn unterliegen? Vor Kurgan sterben jedoch eine Reihe anderer „Unsterblicher“ durch des Highlanders Hand. Besagt doch eine alte Fama: „There can be only one“, und dieser eine wird unbegrenzte Macht besitzen. Natürlich ist die New Yorker Polizei dem Mann aus Schottland bald auf der Spur. Es gibt einschlägige Action-Szenen mit wilden Verfolgungsjagden. Daneben aber führen uns raffinierte Rückblenden in ein anderes Ambiente: ins schottische Hochland des Mittelalters.

Im Jahre 1536 beispielsweise kämpft MacLeod erstmals gegen Kurgan, wird tödlich verwundet, steht aber wenig später quicklebendig wieder auf, was seinem Clan wie Hexerei erscheint. Der junge Mann, nicht wissend, wie ihm geschieht, wird verführt. Erst der weise alte Ramirez klärt ihn über seine „Unsterblichkeit“ auf.

Sean Connery ist Ramirez. Er hat hier nur einen kleinen, aber äußerst einprägsamen Part als Lehrer

und Mentor Mac Leods. Die kurze Begegnung dieser beiden Mimen ist ein rares Bravourstückchen dieses Films, dessen Geschichte - bei Licht besehen - banal und flach daherkommt. Zwar gibt es atemberaubende Momentaufnahmen - etwa aus dem nächtlichen New York - doch immer haften ihnen ein Hauch von Video-Clip an. Den Film können diese „Highlights“ nicht retten.

„Highlander“ ist ein Film, der sich modisch zwischen alle Stühle setzt: Action-Reißer und Thriller, Lovestory, Märchen und Ritterlegende, schließlich sogar philosophisches Traktat über Leben und Tod. Doch er wird keinem Genre gerecht.

Nur Fans von Christopher Lambert kommen auf ihre Kosten: MacLeod bleibt - dem Film zum Trotz - ein altmodischer Held, ein Mann, der nicht sterben kann und alle Menschen überlebt, die er liebt. Der einsame Wolf MacLeod, Ahasver im launigen Spiel der Jahrhunderte, ist ein weiterer wichtiger Markstein in der Karriere dieses brillanten jungen Schauspielers. DORIS BLUM

Die 8. Tagung der Hofmannsthal-Gesellschaft

Jedermann im Kloster

Die im Herbst 1988 von dem damaligen Frankfurter Ordinarius Martin Stern gegründete Hugo-von-Hofmannsthal-Gesellschaft hatte zu ihrer achten Tagung diesmal nach Lothringen eingeladen. Die Wahl des ehemaligen Prämonstratenser-Klosters im zwischen Metz und Nancy malerisch an der Mosel gelegenen Pont-à-Mousson erwies sich in vieler Hinsicht als glücklich. Das touristisch kaum überfremdete Städtchen bot einen geschichtsträchtigen und kunsthistorisch bemerkenswerten Hintergrund.

Neben den Tagungsteilnehmern aus den beiden einladenden Ländern waren Wissenschaftler und begeisterte Hofmannsthal-Leser aus allen Kontinenten angereist - heimlicher und ehrwürdiger Mittelpunkt unter den nahezu zweihundert Tagungsteilnehmern war Christiane Zimmer, die Tochter des Dichters.

Die Themen der wissenschaftlichen Vorträge und der mit Fleiß und Ausdauer frequentierten Arbeitskreise kreisten naturgemäß, dem auch schon von Hofmannsthal selbst geschätzten genius loci entsprechend, um die deutsch-französischen Beziehungen im Spektrum des Hofmannsthalschen Werks.

Der Dichter, der über französische Lyrik des 19. Jahrhunderts promovierte und sich mit einer Arbeit über Victor Hugo habilitieren wollte, verdankt seine wichtigsten poetischen Anregungen zweifellos der französischen Literatur - trotz Calderon und „Everyman“. Er sah in Frankreich ein literarisches Volk; er bewunderte im geistigen Leben der Nachbarn die Geselligkeit und Kontinuität, Tugenden, die er im Bereich deutschsprachiger Literaturtradition schmerzlich vermißte.

In seinem geistvollen, wohlwollend empathisch differenzierenden Einführungsvortrag stellte Claude David, als Mentor der französischen Germanistik lebhaft begrüßt, diese Begriffe in den Mittelpunkt. Das von Bewunderung, Liebe und nur selten artikulierter leiser Kritik geprägte Frankreich-Bild Hofmannsthals wurde nachgezeichnet, indes von David und seinen französischen Kollegen behutsam relativiert - vor allem im Blick auf die heute eingeholten Zukunftsvorstellungen des Dichters, speziell über die Geschichte Mitteleuropas. Dabei blieb der fast zu Tode diskutierte Begriff der „konservativen Revolution“ leider wieder so

polyperspektivisch wie letztlich un-erklärt. Ein Arbeitskreis beschäftigte sich mit Hofmannsthals Rezeption in Frankreich - ein schwieriges Kapitel, denn der Dichter ist selbst in Paris noch (oder wieder) ein Unbekannter, den zu entdecken sich nach Meinung der französischen Medien lohnen sollte. Die Tagung wird auf ihre Weise dazu beigetragen haben. Und das wäre den tatkräftigen Veranstaltern, vorab den Professoren Kötterwisch, Valentin und Mauser, wohl auch der schönste Lohn.

Daß trotz - oder wegen - aller geäußerten Strömungen der modernen europäischen Literatur eine Hofmannsthal-Gemeinde wächst, erweist nicht nur das durchaus überdurchschnittliche Interesse an der Tagung, sondern noch eindrucksvoller die stetig steigende Zahl der Mitglieder dieser literarischen Gesellschaft, die zwischen über 600 Hofmannsthal-Leser vereint, und zwar in einer bemerkenswerten, sonst höchstens noch in den Goethe oder Shakespeare-Gesellschaften zu konstatierenden Internationalität.

Es steht zu hoffen, daß dieses engagierte Interesse auch einmal dem Absatz der im Erscheinen begriffenen kritischen Ausgabe sämtlicher Werke zugute kommt, denn noch haben sich die inzwischen vorgelegten zwölf Bände (einschließlich des gerade jetzt erschienenen „Rosenkavalier“) weder auf dem Buchmarkt noch im Bewußtsein der Lesewelt so recht durchgesetzt. Vielleicht wäre dem auch eine Konzentration der Veröffentlichungen der Gesellschaft förderlich, die sich nach den ungewöhnlichen Luxus zweier Publikationsorgane leistet: die seit 1968 erscheinenden „Hofmannsthal-Blätter“ und die „Hofmannsthal-Forschungen“.

Eine vom Österreichischen Kulturinstitut in Paris auch hier gezeigte Ausstellung zu Hofmannsthals populärstem Werk „Jedermann in Europa. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart“ fand lebhaftesten Zuspruch, auch wenn zu diesem Thema keine französischen Anregungen auszumachen und eine nur sehr zögerliche Aufnahme des Salzburger Mysterienspiels in Frankreich zu konstatieren sind. Doch stimmte gerade die „Jedermann“-Welt zur charakteristischen Atmosphäre des Centre culturel de l'ancienne Abbaye de Prémontrés. HEINZ RÖLLEKE

Wo die Düne für die ZDF-Invasion entschädigt

Das kann die Timmendorfer in ihrem Selbstgefühl stärken: Gleich nach Mallorca hat das ZDF als zweiten sommerlichen Ausstrahlungsort seiner Hitparade Timmendorfer Strand gewählt! Das schöne Ostseebad wird „in“ bei jungen Leuten. Bisher stand es eher im Ruf, ein wenig „tutig“ zu sein.

Tatsächlich verschreiben die Ärzte gegen Gicht, Blasenleiden und andere Altersgebreten gern eine Kur in Timmendorfer Strand. Das Kurmittelhaus direkt am Seeufer ist mit allen

Sommerhitparade - ZDF, 20 Uhr

Raffinessen ausgestattet und zieht viele ältere Patienten an, die man jeweils am Morgen in Kompaniestärke ihre Freijungeln machen sieht. Mit dem Jetset von Syll möchte Timmendorfer Strand nicht konkurrieren. Zwar gibt es seit einiger Zeit ein mondänes „Goldhotel“, aber zurückhaltende Exklusivität ist dort Trumpf. Die beiden eleganten Strandhotels leben überwiegend von älteren Kurgästen, die jedes Jahr wiederkommen, egal wie das Wetter ist.

Ist das Wetter schön, bricht freilich die „Hamburgische Invasion“ über

Timmendorfer Strand herein. Der Ort ist die erste Strandkorb-Zusammenballung hinter Lübeck und für die bedehungrigen Elb-Hanseaten bequem zu erreichen. So füllen sich also die Wegränder mit abgestellten Motorrädern, und an der weit in die See hinausragenden Landebücke ballen sich Schwärme jugendlicher Eintags-gäste.

Die Stammgäste werden nicht recht froh darüber, mindert der Betrieb doch ihr schönstes Kurvergnügen: den Spaziergang auf der Düne. Diese Düne ist ohne Frage der eigentliche Schlager von Timmendorfer Strand, absolut einmalig an deutschen Küsten. Kilometerlang ist sie mit herrlichen riesigen Eichen bestückt, deren saftiges Grün wunderbar zum Weiß des Sandes kontrastiert. Man kann unter ihnen wandeln wie Sarastro in seinen heiligen Hallen.

Ein Spaziergang auf der Timmendorfer Düne entschädigt für vieles: für das meist kühle Wetter, für den vielen verfallenden Tang am Ufer, für die knarrenden Gymnastik-Kompanien, für die jugendliche Subkultur an der Brücke - und sogar für die Sommerliche Hitparade des Fernsehens. ANDREAS WILD



Schönberg, Strawinsky und Bartók sind Taylors Vorbilder - und dann spielt er mit Händen und Füßen, um Kopf und Kragen

Cecil Taylor sprengt die Grenzen der Tonalität

Brüche des Tellerwäschers

Der 53jährige amerikanische Pianist spielt Klavier mit Händen und Füßen. Er ist riskiert dabei alles. Auch seine Existenz. In Europa scheint er allerdings mehr bereitwillige Zuhörer für seine radikal-atonale und perkussive Musik zu finden als in den USA. Allein in diesem Jahr trat er viermal in der Bundesrepublik auf.

Von seinen musikalischen Ausbrüchen konnte Taylor in New York nicht leben. Noch 1968 mußte sich der experimentierfreudige und musikalisch kompromisslose Avantgardist mit zwei festen Engagements pro Jahr und Sozialfürsorge zufriedengeben. Taylors Klaviermonologe galten als unzumutbar. Als Koch bei „Macy's“ und als Tellerwäscher in Restaurants, aus deren Lautspre-

cheren John Coltrane drang, verdiente er sich seinen Lebensunterhalt. Saxophonist Archie Shepp veranlagte ganz drei Jahre, um sich mit dem eigenwilligen Stil Taylors vertraut zu machen. Die Musiker, die ihre Tonsignale auf der Wellenlänge Taylors senden, kann man an zwei Händen abzählen: der Bassist Buell Neidlinger, die Schlagzeuger Sunny Murray, Dennis Charles und Andrew Tyrille, die Saxophonisten Jimmy Lyons, Steve Lacy und Sam Rivers. Die schwierige Zusammenarbeit mit Taylor liegt in seiner eigenen, noch unbefriedigt geliebten Suche nach einer bestimmten Klangkonzeption begründet. Doch mittlerweile ist Taylor selbst zu einer Legende geworden. Diejenigen, die seiner Musik zuhören,

Cecil Taylor - NORD III, 22 Uhr

ern John Coltrane drang, verdiente er sich seinen Lebensunterhalt.

Saxophonist Archie Shepp veranlagte ganz drei Jahre, um sich mit dem eigenwilligen Stil Taylors vertraut zu machen. Die Musiker, die ihre Tonsignale auf der Wellenlänge Taylors senden, kann man an zwei Händen abzählen: der Bassist Buell Neidlinger, die Schlagzeuger Sunny Murray, Dennis Charles und Andrew Tyrille, die Saxophonisten Jimmy Lyons, Steve Lacy und Sam Rivers. Die schwierige Zusammenarbeit mit Taylor liegt in seiner eigenen, noch unbefriedigt geliebten Suche nach einer bestimmten Klangkonzeption begründet. Doch mittlerweile ist Taylor selbst zu einer Legende geworden. Diejenigen, die seiner Musik zuhören,

Der Künstler begnügt sich mit den Grundstrukturen, verzichtet darauf, ihnen ein harmonisches Beziehungssystem überzustülpen. Jede bequeme, vorgefertigte Klangvorstellung lehnt er ab. Da der Flügel aber nur ein beschränktes Tonrepertoire umfaßt, greift Taylor immer wieder zu Clouren, Sprechgesang und Umlauten, die jede konventionell geprägte Eindeutigkeit leugnen. Er entwirft die Musik der Semantik und nähert sich damit an die moderne E-Musik an.

ASTRID PRANGE

KRITIK

Ein Elefant strickt eine Legende

Am Ende des kleinen, kulturfilmhaften Fernsehspiels Der Fall des Elefanten (ZDF) war man zwar nicht viel schlauer als vorher, aber man konnte wenigstens die Frage einer Schülerin zu Beginn des Films beantworten: „Was will denn ein Elefant in der Schwebebahn?“ Er mußte mitfahren, weil sich der Zirkus Althoff davon Werbung versprach. Der Fall ereignete sich 1960. Tuffi hielt es in der Bahn nicht aus, durchbrach mit seinen 700 Kilo Gewicht die Fensterwand und stürzte in die nur 1,2 Meter tiefe Wupper - wie durch ein Wunder blieb er unverletzt.

Volker Anding unternahm den Versuch herauszufinden, warum Tuffi die Schwebebahn daran vor-schriftswidrig verlassen hatte. Er tat's mit viel Verständnis für die Mentalität der Dickhäuter und erinnerte mit historischen Bildern an berühmte Tuffi-Verwandte.

In Ermangelung authentischen Filmmaterials inszenierte Anding den Elefanten-Fall raffiniert: Ein immer wieder in Großaufnahme zwischen eingeblenndes Elefantentauge schien

Tuffis tierische Angst vor der Höhe zu dokumentieren. Andings Sammel-sorium an Interviews Wuppertaler Bürger und prominenter Tier-Experten entsprach der Verwirrung, die es auch heute noch um Tuffis Sensationssprung gibt. Geradezu erheitend waren die Aussagen einiger Augenzeugen, die den Vorfall wider-spruchsvoll schilderten.

Der wie ein Puzzle zusammengesetzte Film machte klar, wie Legenden entstehen und sich im Bewußtsein phantastisch ausweiten. Treuherzig bekundete ein Werbemanager, wie bedeutend der Name Tuffi noch für den Verkauf einer Joghurt-Marke („ein spritziges Produkt“) sei. Selbst die nahe der Absturzstelle befindliche Elefant-Apotheke zehrt immer noch von der ungebrochenen Popularität des sympathischen Kolosses.

Anding kam es wohl nicht darauf an, in die Tuffi-Szene Klarheit zu bringen. Ob Wuppertals Lieblingstier noch lebt, blieb offen. Daß in Paris ein Elefant heute noch als Tuffi gezeigt wird - eine gute Schlusszene -, spricht eher für das Verkaufstalent seines Besitzers. G. RUDORF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM. Includes sections for WEST, SÜDWEST, NORD, and BAYERN with program listings for various channels and times.

Sensibler Provokateur

P.D. - Dichter sind sensibel und leicht zu verletzen - besonders die, die andere so gern provozieren. Günter Rüber gehört zu dieser Spezies. Zwei Jahre brauchte er, um sich von einem schweren Schlag zu erholen, daß ein Theaterstück von ihm keine Premiere erlebte. Die Pressemitteilung eines Rechtsanwalts läßt uns dazu wissen: „Nachdem Günter Rüber Jahre benötigte, um die Absetzung des Stücks persönlich zu verarbeiten, hat er sich nunmehr entschlossen, um sein Stück zu kämpfen“.

Dabei ging es seinerzeit - wie auch heute wieder - nicht um ein Werk der zarten Poesie, sondern um Schlagzeilen. Das Stück, für das Stuttgarter Theater unter Hans-Günther Heyme nach Maß geschrieben, trug den Arbeitstitel „Der Lieblingssnazi“. Gemeint war damit der General Erwin Rommel, der Vater des Stuttgarter Oberbürgermeisters. Und wie es sich für einen sensiblen Provokateur gehört, verlag sich der Autor hinter dem beziehungsreichen Pseudonym Martin Luder.

Der Stuttgarter OB, auf das Theater seiner Stadt nicht ohne Einfluß, wußte dieses läppische Spiel zu verhindern. Eigenartigerweise fand sich auch kein anderes Theater, das es trotzdem spielte, oder ein Verlag, der den Text druckte, obwohl solcher skandalträchtigen Publizität viele sonst nicht widerstehen können. So schien die Sache inzwischen vergessen und begraben.

Aber weit gefehlt. Die Rechtsanwältin argumentieren, Heyme hätte dem Autor öffentlich und intern eine Aufführungsgarantie gegeben. (Von einem Aufführungsvorgang ist allerdings nicht die Rede.) Außerdem habe man mit der Verpflichtung eines Regisseurs für 20.000 Mark dokumentiert, daß das Stück aufführungswürdig sei.

Der Kadi soll also die Stuttgarter verdonnern, etwas aufzuführen, was sie nicht mehr für bühnenwürdig halten. Aber da es mit der Premiere ja nicht getan ist, müßten auch Zuschauer dazu verurteilt werden, sich das Stück anzusehen. Denn wenn - wie die Rechtsanwältin argumentieren - der Autor in seiner „Kunstfreiheit“ beeinträchtigt ist, weil sein Stück nicht gespielt wird, wären es die Schauspieler auch, wenn sie kein Publikum hätten. Aber die Stuttgarter Bürger werden dieses kleine Opfer sicherlich gern bringen, um die Psyche eines der ihnen, eines Dichters zumal, zu stabilisieren.

Höhepunkt der Rossini-Renaissance: „Bianca e Falliero“ beim Pesaro-Festival

Die Königin der Adria regiert

Rossini zum Nachschick: Wie auf Verabredung treffen sich die Festivaliers aus Profession und Laune, nachdem sie Aix und München, Bayreuth und Salzburg abgehakt haben, dieses Jahr in Pesaro. Dort hat sich für den Spätsommer das jüngste Opernfestival von Weltgeltung eingestellt. Das Rossini-Festival von Pesaro findet gerade zum sechsten Male statt. Und doch leuchtet es auf eigene, unverwechselbare Art.

Eine merkwürdige Synthese: Zunächst war da die ortsansässige Rossini-Stiftung, die endlich etwas für den größten Sohn der Stadt Pesaro tun wollte, und dann war da Geld aus der Region und auch aus Rom; schließlich läuft das Tourismus-Geschäft an der Adria nicht mehr von allein. Aber dann ist Pesaro eben doch kein Verona oder Macerata geworden, nicht einmal, wenn Luciano Pavarotti ein Konzert auf der Piazza del Popolo gibt oder die Caballe zu einem Ariens-Abend anreist.

Denn zur selben Zeit, als sich in Pesaro die Pläne eines Rossini-Festivals konkretisierten, war beim Verlagshaus Ricordi in Mailand ein längst überfälliges Projekt auf den Weg gebracht worden: die quellenkritische Gesamtausgabe des Werkes von Giacchino Rossini.

Genialer Rösselsprung auf dem Musikmarkt

Eben dieser Punkt ähnelt der Frage, ob nun erst das Hühn oder das Ei da war. Ricordis Rossini-Projekt traf sich nämlich mit jener völligen Neuentdeckung des Belcanto-Repertoirs, die im vergangenen Jahr in Bayreuth, grob gesagt: jenes Halbjahr, bunderts wagt Mozart und Verdi, das heute Spielpläne und Plattenproduktionslisten immer stärker prägt. Das neue Rossini-Festival zum Ort der Erstaufführungen der kritischen Neu-Editionen zu machen, diese Aufführungen zugleich über die Schallplatte zu multiplizieren und damit wiederum Interpreten der Spitzenklasse zu mobilisieren, das ist einer der genialsten Rösselsprünge des heutigen Musikmarktes.

Man muß sich vergegenwärtigen: Beethoven war kaum tot, da war sich die musikalische Welt einig darüber, daß Giacchino Rossini der größte lebende Komponist sei. Daß man Rossini Rang später überhaupt jemals anzweifeln konnte, hängt zusammen mit der einseitigen Fixierung auf ein paar Opera-Butta-Spässe wie den „Barbier von Sevilla“. Wer heute einen Rossini aus der Schmelde von Pesaro, Ricordi und Plattenindustrie

hört, der kann sich nur noch darüber wundern, was im 19. Jahrhundert nach Rossini an Orchesterfarbe, an Kompositionskunst, ja an künstlerischer Intelligenz verlorengegangen ist.

So beim diesjährigen Pesaro-Festival bei der Wiederaufführung von „Bianca e Falliero“ aus dem Jahre 1819, der letzten Oper Rossinis für die Mailänder Scala, entstanden in Rossini produktivster Schaffenszeit. Sie war für Rossini dermaßen mit Aufträgen angefüllt, daß er trotz seiner sagenhaften Geschwindigkeit beim Komponieren ein paar Anleihen bei früheren Werken aus der eigenen Feder machen mußte. So übernahm er Biancas herrliches Schlussduo aus der erst wenige Monate zuvor in Neapel uraufgeführten „Donna del Lago“. Andererseits hat Rossini ja auch nicht einfach sich selbst beklagt, sondern die Zitate weiterentwickelt.

„Bianca e Falliero“ ist zwar auf den ersten Blick auch nur eine jener beinahe tragischen Liebesgeschichten, die damals nicht nur für Felice Romani das beste Holz waren, um ein Libretto daraus zu schreiben. Bianca und der Feldherr Falliero lieben sich, aber Biancas Vater Contarino will eine Hochzeit mit dem reichen Capello an, die denn auch fast bis zu dessen Hinrichtung führt. Aber eben nur fast, weil Bianca die Schurkerin des Vaters aufdeckt und das berühmte Jubelduo anstimmt, das einen Seufzer der Erleichterung nach dem eigentlichen Finale, eine Einzigtätigkeit, die allein schon reichte, diese Oper in einen Ausnahmestück zu heben.

Aber ebenso sehr wie um die verkinderte Liebesgötze geht es in diesem Werk doch auch, 25 Jahre vor Verdi, um einen Hyminus auf Venedig und Italien, auf Adria und italienische Freiheit, auf Schönheit der Frauen und Tüchtigkeit der Männer, auf Recht und politische Klugheit. Kein Wunder, daß „Bianca e Falliero“ damals ein ganz überragender Publikumserfolg war.

Doch dafür gibt es einen noch gewichtigeren Grund: den Gesang. Was Gesang im frühen 19. Jahrhundert musikalisch bedeuten konnte, das läßt sich eben nur an diesen großen, ersten Stücken Rossinis messen, die eben einer ganz anderen Konzeption von Oper huldigen als zur gleichen Zeit etwa Spontini, Weber und kurz vor noch Beethoven. Es geht bei Rossini ja tatsächlich um den Plot, ganz einfach mit den Stimmen musiziert. Daß dies der musikalischsten Ideologie des späten 19. Jahr-

bunderts widerspricht, ist ja überflüssig, was im 19. Jahrhundert nach Rossini an Orchesterfarbe, an Kompositionskunst, ja an künstlerischer Intelligenz verlorengegangen ist.

Das Werk mit über drei Stunden Musik teilt sich nur noch in elf Nummern plus Ouvertüre. Das zeigt schon, zu weich stätlichen Format hier Arien und Duette, erst recht aber die größeren Ensembles angeschwollen sind. Die Hochzeitsszene beginnt Rossini als Duett, erweitert sie zum Terzett, zum Quartett und schließlich zum großen Concertato mit Chor und allen Solisten. Eine Kunst, die nicht einmal mehr Verdi so vollendet beherrscht.

Altistin in Hosen als venezianischer Feldherr

Der Falliero, nicht für einen Kastraten, sondern für eine Altistin entworfen geschrieben, hat zwei große Arien zu singen, bei denen man seinen Ohren nicht mehr traut. In Pesaro ist Marilyn Horne dieser Falliero, und da folgen dann auf die rund zwanzig Minuten des „Tu non sai“ rund zwanzig Minuten Beifall und (unerhörte) Da-Capo-Rufe. Die Horne im späten Glanz ihrer Stimme zeigt hier, was es denn heißt, singend zu musizieren, nämlich nicht nur, die schwindelerregenden Koloraturen zu meistern, sondern mit Atem und Akzenten, Färbungen und Phrasierungen Musik darzustellen. Ihre Bianca ist Katia Ricciarelli, ein bißchen kühl, aber doch sehr anhörens-wert. Und in der Schurkerrolle des Contarino läßt Chris Merritt seinen Tenor bis weit über das hohe C hinaus spielen, daß es eine Lust ist. Mit ihm scheint die Oper wieder einen jener fulminanten Feuerwerker der Spitzentöne zu gewinnen.

Unter Donato Ranzzettis Leitung spielte das Orchester (London Sinfonietta) konzentriert und guter Laune, trotz fast unerträglicher Hitze im Theateraal des Conservatoriums, auf dessen Bühne Pier Luigi Pizzi das Stück als Regisseur und Ausstatter auf Kostbarste angerichtet hatte; Er kopiert nämlich aus der venezianischen Accademia Paolo Veroneses „Gastmahl im Hause Levis“ und erzielt damit eine so schöne wie dramatische Bühnenwirkung.

REINHARD BEUTH
Neben Konzerten und Liedabenden bringt Pesaro (bis 17. Sept.) Wiederaufnahmen des „Türken in Italien“ (mit Lucia Aliberti und Ruggero Raimondo) sowie des „Comte Ory“, Wiederholungen von „Bianca e Falliero“ am 29. August sowie 1. und 4. Sept.; die Schallplattenaufnahme soll schon in diesem Spätherbst erscheinen.



Gesichter voller Geheimnisse: Buddha aus grauem Schiefer. 2./3. Jhd. n. Chr. Aus der Kölner Ausstellung. FOTO: KATALOG

Berlins Museum für indische Kunst zu Gast in Köln

Was die Götter erzählen

Ein Museum für Indische Kunst gibt es nur einmal in Europa und zwar in Berlin im Verband der Staatlichen Museen Preussischer Kulturbesitz seit 1963, als die Sammlung indischer Kunst aus dem Völkerkundemuseum herausgelöst und selbständig wurde. Seitdem hat es seine Bestände nicht nur durch Neuerwerbungen, sondern auch durch eigene Expeditionen und Grabungen systematisch erweitert, so daß es heute im Bestand über fast alle Bereiche der Kunst im indischen Kulturkreis zu bieten. Seit einigen Tagen ist es zu Gast in der Kölner Kunsthalle, mit 123 Einzelwerken aus Stein, Terrakotta, Bronze, Messing, Elfenbein sowie Miniatur- und Textilmalereien aus rund zwei Jahrtausenden.

„Schätze indischer Kunst“ nennt sich die Ausstellung. Der Titel wurde mit Recht und Bedacht so formuliert; denn sie zeigt in der Tat erlesene und kostbare Kunstwerke in Einzeldarstellungen, allesamt als „Schätze“ zu betrachten und in ihrer formalen Vollkommenheit, technischen Perfektion und rätselhaften Fremdheit zu bewundern. Viel mehr freilich können und wollen sie auch nicht bieten; viel mehr kann der abendliche Normalbesucher auch nicht mit ihnen anfangen.

Natürlich können wir die indische Kunst nicht verstehen. Die Ausstellung macht uns diese Tatsache nur noch tiefer bewußt, und von indischer Kunstgeschichte kann sie bestenfalls eine Ahnung vermitteln. Doch zu bewundern gibt es genug.

Hinzu kommt, daß die indische Kunst nur über die indischen Religionen zu verstehen ist. Ein Inder findet sich gewiß nur schwer, wenn überhaupt, in der germanischen Wallhalla oder im christlichen Heiligenschein zurecht. Aber was in dieser Beziehung die indischen Religionen und damit die indische Kunst aufzubieten haben, ist bei weitem verwirrender, um nicht zu sagen: chaotischer. Dennoch genügt es nicht, das Leben Buddhas in allen Einzelheiten und das indische Pantheon mit all seinen Splitterlingen, Spaltungen und Metamorphosen zu kennen.

Das alles ist vielerorts nachzulesen, nicht zuletzt auch in dem vorzüglich

ausgestatteten, instruktiven Katalog, der die dargestellten Figuren und Vorgänge genau beschreibt - ohne sie für den Betrachter zu enträtseln oder begreiflich zu machen. Freilich wissen wir jetzt, daß mehrere Köpfe mehr Wissen oder Weisheit, mehrere Arme oder Beine mehr Macht ausdrücken; wir wissen die unterschiedlichen Körperhaltungen und Attribute und andere Zeichen der religiösen Bildersprache zu deuten. Aber einen Zugang ins Innere der indischen Kunst öffnen uns diese Kenntnisse immer noch nicht. Denn hinter dem sichtbar Dargestellten, dem „adrishtam“, verbirgt sich das „adrishtam“, das mit unseren Sinnen nicht mehr erfassbar, sondern nur mit dem geistigen Auge erschaubar ist.

Mit anderen Worten: Das eigentliche Verständnis dafür ist an Meditationen gebunden, die dem Europäer fremd sind. Wir haben es nicht allein mit Mythologen zu tun, sondern mit Kosmologen und magischen Kräften, die in der indischen Plastik und Malerei zum Ausdruck drängen - wobei wir uns nicht sicher sind, ob diese Formulierung zutreffend ist. Häufig gewinnt man den Eindruck, als dränge in dieser Kunst nichts nach außen, als ruhe sie in sich selbst und erwarte vom Betrachter nichts anderes als seine Identifizierung.

Der Europäer, im allgemeinen, muß hier passen. Doch was verschlägt es? Hat er mit der Mona Lisa nicht auch seine Schwierigkeiten? Ihr Lächeln ist so rätselhaft wie das des Gautama. Es bleibt, auch in dieser Kölner Ausstellung, noch genug, was unser formales Empfinden direkt anspricht und fasziniert, und zwar nicht nur bei der hellenistisch beeinflussten Gandhara-Kunst. Es ist die ungeheure Vielgestaltigkeit, der Formenreichtum dieser Kunst, ihre Plakazität und Eleganz, der Zauber der Buddha- und Götterbildnisse, die uns fesseln, nicht zuletzt die künstlerische, die „bildende“ Kraft, die uns spüren läßt, wie Blut und Leben die Plastik durchströmen, und die unbeschreibliche Anmut, die immer wieder die erzählfröhlichen Miniaturen zu köstlichen Kleinodien verzaubert. (Bis 2. 11. 86; Katalog 22 Mark.)

EO PLUNJEN

JOURNAL

Bohumil Hrabal unter Polizeiaufsicht

AFP, Prag
Der tschechoslowakische Schriftsteller Bohumil Hrabal (72) steht seit dem Erscheinen seines jüngsten Werkes im Juli in der Untergrundpresse (Samizdat) unter Polizeiaufsicht. Bei dem Werk handelt es sich um eine Autobiographie mit dem Titel „Pruklesty“ (Beschneidung), in der der Autor seine schmerzlichen Erfahrungen während der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 schildert. Hrabal, seine Frau und die Bekannten des Ehepaares wurden wiederholt von der Polizei verhört. Unter dem Druck der Polizei unterschrieb Hrabal eine Erklärung, in der er bestreitet, der Verfasser des Buches zu sein.

Das Musical „Rags“ soll wiederaufstehen

SAD, New York
Das Musical „Rags“ mit Teresa Stratas in der Starrolle, das vorige Woche am Broadway Premiere hatte und nach vier Vorstellungen wegen lauer Kritiken und Interesslosigkeit des Publikums abgesetzt wurde (vgl. WELT von gestern), soll am 12. September wiederaufstehen. Die Produzenten glauben, daß es gute Chancen hat, sich doch noch durchzusetzen, denn die Kritiker hatten die Stratas einstimmig gepriesen, und die meisten fanden Gefallen an der Musik von Charles Strouse. Das Buch und die Zeichnung der Charaktere wurden aber als banal verurteilt. Da eine Wiederaufnahme von „Rags“ in der bisherigen Form kaum erfolgversprechend ist, wird das Produktionsteam vermutlich das Buch neu schreiben und das Musical neu inszenieren.

Streichung Büchners: ein Lustspiel-Fragment

dpa, Düsseldorf
Eine unleserliche, merkwürdige Streichung auf einem philosophischen Manuskript Georg Büchners hat sich als Fragment aus dem Lustspiel „Leonce und Lena“ entpuppt. Die „akribisch übermalten Zellen“ hatte der Düsseldorf-Büchner-Forscher Jan-Christoph Hauschild auf einer Handschrift des Dichters im Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar entdeckt. Nur der Name Valerio, die zweite männliche Hauptrolle des Lustspiels, sei klar erkennbar gewesen und habe die Zellen eindeutig dem 1836 niedergeschriebenen Stück zugeordnet, so der Germanist. Der Fund erlaubt, Büchners Beschäftigung mit philosophischen Themen nun genauer zu datieren und bestätigt den engen Zusammenhang zwischen dessen poetischer und wissenschaftlicher Arbeit.

Erstmals Auszug aus einem Roman Nabokows

AP, Moskau
Erstmals ist in der Sowjetunion offiziell ein Auszug aus einem Werk des russisch-amerikanischen Schriftstellers Vladimir Nabokow veröffentlicht worden. Die Schachzeitschrift „Magazin 64“ brachte in ihrer Augustnummer ein 2000 Worte umfassendes Kapitel aus seinem letzten Roman „Sieh doch die Harlekine“ (1974), einer selbstronischen Parodie seines Gesamtwerks. In der veröffentlichten Episode greift der Romanheld über eine Schachaufgabe, die zur Allegorie für seine persönliche Lage in einem dunklen und betäubten Paris zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wird. Dem Ausschnitt liegt, wie dem gesamten Roman, Nabokows eigenes Erleben zugrunde.

Trierer Römerbauten als „kulturelles Erbe“

epd, Mainz
Die aus der Römerzeit stammenden Baudenkmäler in Trier haben gute Chancen, in die Liste des kulturellen Welt-Erbes, die bei der Unesco geführt wird, aufgenommen zu werden. Zu den empfohlenen Baudenkmälern gehören Porta Nigra, Amphitheater, Basilika, Kaiser und Barbarathermen, Römerbrücke, St. Irminen-Speicher sowie Dom, Liebfrauenkirche und Igeler Säule.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Zum ersten Mal Respekt gehabt vor meinem dramatisch-episch sich ergießenden Talent.“ Diese Worte notierte Hebbel nach Abschluß der Novelle „Arma“ im Jahre 1836. Diesen Respekt mag der Leser öfters empfinden, wenn er die gesammelten Novellen und Erzählungen des Dichters liest. Zwischen 1828 und 1851 entstanden, sind sie mehr als bloße Fingerübungen zu seinen großen literarischen Arbeiten, wenn ihm auch, wie bei dem Märchen „Der Rubin“, die Bearbeitung nach der Veröffentlichung schon nicht mehr gefiel und er wenige Jahre später eine Bühnenumfassung des Stoffes vorlegte. no
Friedrich Hebbel: „Das erzählerische Werk.“ Sämtliche Novellen und Erzählungen. dtv klassik, 300 S., 12,90 Mark

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Kunstmagazin „art“

Hummer an der Leine

Das Kunstmagazin „art“ (Grüner+Jahr, Warburgstr. 50, 2000 Hamburg 30) hat bei der Boulevardpresse gelernt, was es bei der Boulevardpresse zu lernen gibt. Die stets bunt gemischten „art“-Hefen verlieren nie den Unterhaltungswert der Kunst aus dem Auge, setzen sich gleichwohl kulturpolitisch in Szene und gestalten es ihren Lesern, sich aufgrund des eingestreuten Kunstklatsches so recht als Insider zu fühlen. Die eigene tolle Fahrt immer hart am Wind des Zeitgeistes nötig „art“ mitnichten zum Verzicht auf die kulturkritische Attitüde gegenüber dem „Kunstbetrieb“, der zunehmend zu einem Unterhaltungsfaktor einer Mediengesellschaft mutiert.

„Kunst“, trompetet so „art“-Chefredakteur Axel Hecht in der August-Nummer, „das müssen wir alle wieder lernen, schafft auch die stillen Sensationen.“

Den Künstlern würde es allerdings übel bekommen, wenn sie sich auf das Axel-Hecht-Diktum verlassen würden. Einer von ihnen, Hans Platschek, macht deutlich, daß der Künstler nicht umhin könne, auf sich aufmerksam zu machen, wie einst Gerard de Nerval, der mit einem Hummer an der Leine den Boulevard hinunterspazierte. Doch dürfte der Künstler nicht vergessen, wie das spanische Sprichwort sagt, stets die eine Kerze dem Teufel, die andere Gott anzuzünden. Versäumt er über der „Öffentlichkeitsarbeit“ das Werk, bleiben ihm nur die bereits in der nächsten Woche vergilbten Schlagzeilen.

Es rügt sich da gut, daß der Hauptbeitrag (von Uwe M. Schneede) der gleichen August-Nummer von „art“ der großen Futurismus-Ausstellung im Palazzo Grassi am Canal Grande gewidmet ist, die am 12. September ihre Pforten schließen wird. Denn die

explosive Mischung von Propaganda und Kunst besitzt im Futurismus nicht nur ihr erstes, sondern auch ihr theoretisch und ästhetisch am gründlichsten durchdachtes Modell. F. T. Marinetti war so etwas wie der Prophet des Zeitalters der Massenkommunikation.

Der Futurismus entstand 1909 mit einem in Paris „Figaro“ abgedruckten Manifest des Dichters und Vortragskünstlers Marinetti (1876-1944). Diesem schlossen sich im folgenden Jahr die Maler Boccioni, Carrà und Russolo an, die ein Manifest über die Malerei verfaßten und in rasender Eile ein dementsprechendes Opus schufen. Das Beispiel des italienischen Futurismus, der die Kunst des Zeitalters der Technik und der Massen sein wollte, machte internationale Schule.

Der Futurismus Marinettis strebte die Neudefinition aller Bereiche, die „futuristische Rekonstruktion des Universums“ an. Nicht nur Literatur und Malerei, auch Plastik, Architektur, Musik, Theater und dann auch Politik wurden einbezogen. Es handelte sich nicht um eine künstlerische Bewegung, die isoliert betrachtet werden kann, sondern um die Durchführung jener Kulturrevolution, über die der italienische Kommunismusführer Antonio Gramsci lediglich theoretisierte.

„art“ weist darauf hin, daß die glanzvolle Ausstellung im Palazzo Grassi die „Verbrüderung von Futurismus und Faschismus“ vertusche. Bezugspunkte zwischen dem italienischen (nicht etwa dem deutschen, wie Schneede fälschlich behauptet) Faschismus und dem Futurismus gab es in der Tat, doch wann hätten sich jemals eine kulturpolitische Richtung und ein Regime auf einen Nenner bringen lassen?

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Marler Schau: Oxidierender Stahl in der Kunst

Wirklich nichts als Rost?

Kaum ein Material hat in der Auseinandersetzung mit moderner Kunst die Gemüter mehr erregt als oxidierender Stahl. Beispiele hierfür sind etwa die befähigen Anfeindungen gegen die Arbeiten von Richard Serra in Bochum und jüngst auch in New York, aber auch weniger spektakuläre und teure Beispiele hierzulande sind noch nicht vergessen. Der Anstoß richtete sich in all diesen Fällen nicht gegen die Form oder den Inhalt (oder die Inhaltlosigkeit), sondern in erster Linie gegen das Material, gegen den Rost.

Dennoch wird in Künstlerlabors immer wieder damit laboriert - mit offensichtlicher Zustimmung von Seiten der Museen. Warum? Welche sind die spezifischen Möglichkeiten dieses Materials? Welche ästhetischen Qualitäten und Assoziationen verbinden sich mit ihm? Diese Fragen stellt zur Zeit das Skulpturenmuseum in Marl mit einer Ausstellung von 54 oxidierenden Stahlobjekten.

Neben den Katalogbeiträgen sind vor allem auch die Aussagen der Künstler zum Thema ein wichtiger Bestandteil des Projektes. Eingeleitete „Rostgespräche“ können natürlich auch damit nicht bekehrt werden, doch bietet es in einem mehr oder weniger international abgesteck-

ten Rahmen die Möglichkeit, ein Fazit zu ziehen. Caro, Serra, Spagnolo, Rabinowitsch sind neben deutschen Bildhauern wie Lechner, Niehoff, Frager, Bauhage und dem Schweizer Paul Suter vertreten.

Vollständigkeit oder gar ein historischer Überblick sind nicht angestrebt gewesen. Vielmehr sind die ausgestellten Arbeiten durchweg in den letzten zehn Jahren entstanden. Dies ist insofern schade, als dadurch nicht eindeutig belegt wird, was man beim Rundgang zu vermuten beginnt, daß nämlich das Material beständig für eine ganz bestimmte Art von Skulptur wird.

Picasso hat als erster verrostete Bleche für Skulpturen verwendet, für die „Gitarre“ von 1912 etwa. Diese Arbeit aber ist gewiß auch eine der ersten geübten, konstruierten und nicht modellierten Skulpturen. Rost ist dabei Farbe, die Farbe des Holzes, aber auch die bestimmende Tönung nicht nur seiner, sondern der kubistischen Bilder dieses Jahres.

Abstrakt geometrische Körper, geschlossene und durchbrochene Volumina beherrschen die optische Wahrnehmung in dieser Ausstellung: Skulpturen, an denen Arbeitsprozesse wie Krümmen, Knicken, Schneiden, Schweißen ablesbar sind. Rost an sich ist kein Thema, sondern lediglich eine dem Material inhärente Nebenerscheinung, die künstlerisch insofern aufgegriffen wird, als sie Farbe, Oberfläche ist und in ihrer Sprödigkeit der Skulptur Authentizität verleiht.

Man ist in Marl bemüht gewesen, eine Kontinuität in der Verwendung von oxidierendem Stahl als Bildhauermaterial rücklos in die Gegenwart fortzuführen. Junge Künstler wie Ingo Ronkholz, Mario Reis oder Jo Schöpfer sind ins Ausstellungskonzept eingegliedert worden. Sicher ist aber der Höhepunkt dieser Konzentration im Zusammenhang mit der Corten-Stahl- und Sichtbetonarchitektur der sechziger und siebziger Jahre zu sehen. Neben jener „sozialen“ Architektur, die das Zentrum von Marl mit Rathaus, Museum, Schwimmbad und Warenhäusern bestimmt. Von Rost überzogen sind hier nicht nur die derzeit ausgestellten Kunstwerke, auch die monumentale Stahlkonstruktion, die inmitten des Ganzen einen Uhrenkubus mit Iifa Ziffern trägt. (Skulpturenmuseum Glaskasten Marl und Rathaus bis 7. Sept., Katalog 20 Mark.)

MARIANA HANSTEIN



Pablo Picasso: „Die Frau im Garten“ (Eisen, 1929), aus der Marler Ausstellung. FOTO: KATALOG

KULTURNOTIZEN

Ein Wettbewerb für Barock-Cello findet erstmals vom 2. bis 6. September in Paris statt.

Fritz Cremer, Bildhauer aus Ost-Berlin, ist mit Werken im West-Berliner Haus am Lützowplatz bis zum 14. September zu sehen.

„Ein Bauer auf der Rast“, ein Ölgemälde von Roelant Savary aus der Zeit um 1615, gehört zu den Neuerwerbungen der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe.

„Gespräch mit der Erde“ heißt eine Ausstellung, mit der sich das geologisch-paläontologische Institut der Universität Münster vom 29. 8. bis 30. 11. dem Rheinischen Schiefergebirge widmet.

Das druckgraphische Werk von Barnett Newman (1902-1970) zeigt nach Mönchengladbach jetzt bis zum 5. Oktober der Westfälische Kunstverein Münster.

